



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2018



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Die Tschechen waren mein Schicksal – Zur persönlichen und historischen Bedeutung des „Prager Frühlings“ 1968	1
Wolfram Tschiche	
Im Gedenken an die Opfer des ehemaligen deutschen Kriegsgefangenenlagers STALAG IV B Mühlberg/Elbe 1939 – 1945 und des sowjetischen Speziallagers Nr. 1 Mühlberg/Elbe 1945 – 1948	17
Pfarrer Matthias Taatz	
Rede des Alt-Bürgermeisters, Ehrenbürgermeisters und Ehrenbürgers der Stadt Schöningen, Siegfried E. Pause, anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer des Grenzregimes der DDR am Grenzdenkmal Hötensleben am 26. Mai 2018	26
Siegfried E. Pause	
„Kalter Krieg“ im Sport zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Olympischen Spiele 1968	31
Berno Bahro	
Das Denkmal für Zivilcourage in der Lutherstadt Wittenberg zur Erinnerung an die Schmiedeaktion „Schwerter zu Pflugscharen“ im Jahre 1983	42
Wolfgang Kristof	
Das „Auschwitz von Belorussland“ – ein vergessener Ort? Zur Einweihung der Gedenkstätte Trosteneč bei Minsk am 29. Juni 2018	49
Kai Langer	
Die Reichspogromnacht in Wittenberg	68
Reinhard Pester	
Gedenk- und Begegnungsstätte Wansleben am See. Vom Außenlager des KZ Buchenwald zum Zwischenlager des NKWD	80
Hartmut Lauenroth unter der Mitarbeit von Maria Hahn und Andreas Tautrim	

Edgar und Ernestine Koch, stille Helden aus Halle – eine überfällige Ehrung
Heidi Bohley 90

Fahrten in Gedenkstätten im Profil der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
Peter Wetzel 97

**„Kinder des Krieges“ – Deutsch-Ukrainische Erinnerungen
Ein wichtiges Buch für den transnationalen zeitgeschichtlichen Dialog der Generationen**
Peter Wetzel, Maik Reichel und Kai Langer 104

Historisch-politische Bildungsangebote und Gedenken entlang der Erinnerungslandschaft
Mira Keune 114

Mark Schiefer: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971 – 1989
Rezensiert von André Gursky 122

Jean-Pierre Valantin / Nicolas Bertrand: Der Todesmarsch der Häftlinge des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge
Rezensiert von Dominique Durand 127

Aus der Arbeit der Stiftung

„Ein Meilenstein für die Erinnerungskultur“ – Rückblick auf die Grundsteinlegung für das neue Besucher- und Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen
Andreas Froese 130



Protest gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ in der DDR. Mylau in Sachsen, 23. August 1968

Die Tschechen waren mein Schicksal – Zur persönlichen und historischen Bedeutung des „Prager Frühlings“ 1968

Wolfram Tschiche

1. Weltpolitik am Familientisch: Zwischen Hoffnungen und Befürchtungen

Das Jahr 1968 war weltweit von politischen Protesten und höchst umstrittenen kulturellen Innovationen geprägt. Wie viele DDR-Bürger hatte auch ich meine Antennen Richtung Westen ausgerichtet, um so viele Informationen wie möglich über auf- und anregende Ereignisse zu bekommen. So sympathisierte ich u. a. mit den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg in den USA und in Europa, mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA, der westdeutschen Studentenbewegung mit Rudi Dutschke an der Spitze, der Pariser Revolte, in der ein gewisser Cohn-Bendit eine für mich wahrnehmbare Rolle spielte. Besonders die studentische Kritik an der verdrängten NS-Vergangenheit großer Teile der Elterngeneration im Wirtschaftswunderland BRD der 50er und 60er Jahre fand mein Einverständnis.

Auch las ich damals schon – weitgehend zustimmend – die Schriften der „Frankfurter Schule“, vor allem die Adornos, Horkheimers und Marcuses. Solche Literatur musste in der DDR über illegale Kanäle besorgt werden, weil sie als verbotene Literatur nur mit einer besonderen Genehmigung zu beziehen war. Jedoch hatte ich auch den heftigen Angriff des jungen Jürgen Habermas auf den linken Totalitarismus radikalierter Studenten, denen er einen „roten Faschismus“ vorhielt, registriert. Dieser Angriff machte mich darauf aufmerksam, dass ein Teil der westlichen Linken auf dem linken Auge blind waren und z. T. auch die Zustände in den kommunistischen Diktaturen rechtfertigten.

Insgesamt schien mir die Rebellion gegen überkommene und bestehende Autoritäten geboten und der libertäre Lebensstil wünschenswert. Doch als Bewohner der DDR, dem westlichsten Teil des sowjetischen Imperiums, war für mich der „Prager Frühling“ von größerer existentieller Bedeutung als die skizzierten geistigen, kulturellen und politischen Verlockungen der westlichen Hemisphäre im Jahr 1968. Obwohl ich meinen Lebensschwerpunkt in der DDR hatte und somit die politischen und gesellschaftlichen Vorgänge im sowjetischen Machtbereich für mich bedeutsamer waren, kann ich mich rückblickend gleichermaßen als einen Ost- und West-Achtundsechziger bezeichnen. Ich kann mich gut erinnern: In der ersten Hälfte des Jahres 1968 spielten sich am häuslichen Familientisch – es war der eines evangelischen Pfarrhauses – Debatten um die Erfolgsaussichten eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ab, der die Chance zu haben schien, sich unter der Führung der Kommunistischen Partei der ČSSR (KPČ) durchzusetzen. Wir befürchteten, daß die Exponenten des „realen Sozialismus“ niemals Reformversuche dulden würden, da sie sich als gefährlicher politischer Virus über die tschechoslowakischen Grenzen hinaus ausbreiten und somit die sozialistischen Nachbarländer infizieren könnten. In den Augen der kommunistischen Führungsriege des sowjetischen Machtbereichs fand in der ČSSR in der ersten Hälfte des Jahres 1968 schlicht eine Konterrevolution statt, womit die Machtfrage gestellt war. Somit erschien ein gewaltsames Vorgehen unausweichlich.

Als dann am 21. August 1968 die „Bruderstaaten“ der ČSSR mit Panzern den „Prager Frühling“ niederwalzten, zerstoben nicht nur meine damaligen Hoffnungen auf eine Demokratisierung der sozialistischen Staaten, vielmehr hatten diese in meinen Augen jegliche moralische und politische Legitimität verloren. Mein Vater, damals Landpfarrer im Norden des heutigen Sachsen-Anhalts, protestierte öffentlich gegen die Invasion

und ich schrieb meinen ersten Protestbrief an die DDR-Führung. Staatliche Repressalien setzten ein.

Einen Teil der entsprechenden Vorgänge schildert mein Vater in seinem autobiographischen Buch „Nun machen Sie man, Pastorche“. Im Frühjahr 1968 hatte er den Friedensforscher Robert Jungk auf einer Berliner Tagung persönlich kennengelernt und dieser berichtete von den Bestrebungen der tschechoslowakischen Kommunisten unter der Führung Alexander Dubčeks, die kommunistische Partei, Staat und Gesellschaft zu demokratisieren. Mein Vater schreibt: „Der Prager Frühling war meine Hoffnung zu jener Zeit. Ich dachte, jetzt bekommt der Sozialismus das Gesicht, das ich mir immer gewünscht habe, jetzt tut sich zum Westen wirklich eine Alternative auf.“¹

Hier möchte ich anmerken, dass sowohl mein Vater als auch ich lange Jahre auf einen „Dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus setzten. Diese Haltung war noch 1989 unter DDR-Bürgerrechtlern weit verbreitet. Man mag dies heute für eine Eselei halten, allerdings bin ich der Meinung, dass die erheblichen Defizite des westlichen Zivilisationsmodells dringend einer tiefgreifenden Korrektur bedürfen.

Die Militärintervention der sozialistischen „Bruderstaaten“ am 21. August 1968 löste bei meinem Vater zugleich Trauer und Zorn aus. Während eines regionalen Kirchentages in Stendal im September 1968 machte er seiner Enttäuschung mit folgenden Sätzen Luft: „Beide Systeme, sowohl im Westen als auch im Osten, sind nicht in der Lage, friedlich zu koexistieren. Diese Systeme sind lebensbedrohend. Sie sind Kinder des Kalten Krieges. Wir müssen sie von innen her zersetzen. Lasst uns Sand im Getriebe sein!“² Diese Sätze hatten Folgen.

Der Staat hatte offensichtlich Einfluss auf die kirchlichen Vorgesetzten meines Vaters dahingehend genommen, dass er den Bezirk Magdeburg und damit seine Landgemeinden verlassen sollte. Vertreter des Magdeburger Konsistoriums erschienen im Altmärkischen Pfarrhaus in Meßdorf und erklärten meinem Vater: „Bruder Tschiche, wir raten Ihnen dringend zu gehen. Sieben Jahre Haft können Sie unter Umständen erwarten.“³

Nach einigem Zögern entschloss sich mein Vater trotz des staatlichen und kirchlichen Drucks zu bleiben. Er wurde nicht verhaftet, galt aber den staatlichen Behörden fortan als einer der gefährlichsten Staatsfeinde in der DDR und in seiner Kirche als unsicherer Kantonist.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und Erkenntnisse war mein Weg in die spätere Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR weitgehend vorgezeichnet. In die-

sem Zusammenhang ist es nicht überraschend, dass ich etwa Mitte der 80er Jahre zusammen mit einer kleinen Gruppe von DDR-Dissidenten nach Prag reiste, um dort mit einigen Protagonisten der „Charta 77“ auszuloten, welche Art der Zusammenarbeit möglich wäre.

Wir trafen eindrucksvolle Persönlichkeiten, wie z. B. Jiri Hajek, Ladislav Hejdanek, Jiri Dienstbier, Pavel Seifter. Als unmittelbare Folge dieser Reise durfte ich die DDR später gar nicht mehr verlassen – auch nicht in Richtung Osten. Der Westen war für mich ohnehin versperrt. Wichtiger war aber, dass sich – zunächst unmerklich – bei mir unter dem Einfluss der „Charta 77“ mit ihrer Kritik am Menschenrechtsstandard der sozialistischen ČSSR ein argumentativer Paradigmenwechsel einstellte: In der Geschichte des Christentums ist immer wieder von Ketzern im Namen eines authentischen Christentums die verdorbene Kirche kritisiert worden. In argumentativer Analogie wurde von mir im Namen eines authentischen Marxismus ketzerische Kritik am verkommenen realen Sozialismus vorgetragen. Diese Argumentationsweise war unter DDR-Dissidenten nicht selten. Ich suchte zunehmend nicht mehr nach einem „wahren Sozialismus“, sondern kritisierte den „vormundschaftlichen Staat“⁴ im Namen der Menschenrechte. Somit haben sowohl der „Prager Frühling“ als auch die „Charta 77“ mein politisches Denken und Verhalten nachhaltig geprägt.

Mein kritisches Verhalten gegenüber den politischen Zuständen in der DDR blieb für mich nicht ohne Folgen. Die erste wirklich gefährliche Situation stellte sich ein, als ich im November oder Dezember 1973 im Keller des Berliner St. Hedwig-Krankenhauses, in dem ich als Heizer arbeitete, von drei Mitarbeitern der Staatssicherheit festgenommen, im Auto nach Halle gefahren und dort im „Roten Ochsen“ über Nacht verhört wurde. Der Ton der Verhöre war rüde und bedrohlich und ich begriff, dass es um die politischen Delikte der „staatsfeindlichen Hetze“ und des „verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses“ ging. Wer wegen eines solchen Vorwurfs vor Gericht gestellt und verurteilt wurde, musste mit einer längeren Haftstrafe rechnen.

Die Vorhaltungen der Staatssicherheit bezogen sich auf eine Gruppe Hallenser Studenten, die sich in unregelmäßigen Abständen traf, um staatskritische Debatten zu führen und verbotene Bücher zu lesen. Zu dieser Gruppe gehörte auch ich. Dieser an sich harmlose Freundeskreis wurde von den staatlichen Behörden zu einer staatsgefährdenden Unterwanderung aufgeblasen. Mich ließ man am nächsten Morgen laufen, zwei meiner Mitstreiter wurden zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

2. Haltung der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“

Cornelia von Ruthendorf-Przewoski hat eine Studie vorgelegt, in der sie akribisch der Frage nachgeht, wie die acht Evangelischen Landeskirchen der DDR auf die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ am 21. August 1968 reagierten.⁵ Die Autorin der Studie verweist darauf, dass weder die oberste Leitungsebene, die Konferenz der Kirchenleitung, noch die kirchenleitenden Gremien der acht evangelischen Landeskirchen zum Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR öffentlichen Protest erhoben hätten. Mit Ausnahme einer Kanzelabkündigung der Landeskirche Berlin-Brandenburg habe allenthalben das Schweigen der Amtskirche geherrscht.

Die Kirche in der DDR befand sich zu dieser Zeit in einer schwierigen Situation. Eine neue Verfassung verschlechterte den Rechtsstatus der großen Religionsgemeinschaften. Selbst die Glaubens- und Gewissensfreiheit war im ursprünglichen Entwurf nicht mehr als grundlegendes Menschenrecht enthalten. Mein Vater lehnte die neue Verfassung aufgrund ihrer Defizite zusammen mit anderen Pastoren öffentlich ab.⁶

Im Gegensatz zur SED suchten die reformsozialistischen Kräfte in Prag ein neues Verhältnis zu den Kirchen und beschnitten die Kompetenz des staatlichen Kirchenamtes, das bislang einen rigiden Repressionskurs verfolgt hatte. Diese Veränderungen weckten bei den Kirchenführern der DDR Hoffnungen auf Verbesserungen in ihrem eigenen Land. Dabei ging es jedoch nur um ein „gutes Verhältnis“ zwischen Staat und Kirche und nicht um bürgerliche Freiheiten oder eine lebendige Zivilgesellschaft.

Als die Militäraktion der „sozialistischen Bruderstaaten“ gegen die ČSSR erfolgte, hüllten sich die evangelischen Kirchen der DDR in betretenes Schweigen. Auf der unteren Ebene gab es aber durchaus vereinzelt Proteste durch Pastoren und Theologiestudenten, welche den Einmarsch öffentlich verurteilten. Jedoch versicherten bereits am ersten Tag des Einmarsches der Ökumenische Rat der Kirchen, der Lutherische Weltbund, der Reformierte Weltbund und die Konferenz evangelischer Kirchen in Europa in einem Telegramm, dass sie ihren Brüdern „im Gebet verbunden“ seien. Eine Woche später sandte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf eine Solidaritätsbotschaft an die tschechoslowakischen Mitgliedskirchen, in der er nicht nur die Invasion als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR verurteilte, sondern auch seine Unterstützung des gewaltlosen Widerstandes gegen die geistige und politische Unterdrückung erklärte.

Auf dieses Schreiben reagierten verschiedene Kirchen aus dem Ostblock mit staatlicherseits verordnetem Unverständnis. Der orthodoxe Patriarch von Moskau rechtfertigte den Einmarsch sogar als Bekundung der Solidarität mit dem tschechischen Volk. Ruthendorf-Przewoski bilanziert in ihrer Veröffentlichung ein generelles Schweigen der Kirchen und religiösen Gemeinschaften in der DDR. Der Thüringische Landesbischof Moritz Mitzenheim hintertrieb sogar eine öffentliche Stellungnahme der Bischofskonferenz. Er telefonierte unmittelbar vor der Sondersitzung am 24. August mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und legte sein Veto gegen die Verabschiedung einer bloßen Fürbitte ein. Diesen Vorgang konnte die SED-Führung als großen Erfolg ihrer Strategie werten, innerhalb der Kirche zwischen „negativ feindlichen“ und „positiv-progressiven“ Kräften zu differenzieren.

Alein Bischof Albrecht Schönherr, der den Einmarsch in Prag selbst erlebt hatte und von der SED zu den „progressiven Kräften“ gerechnet wurde, trotzte dem enormen Druck auf allen Ebenen. Von der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg wurde am 5. September eine vorsichtig formulierte Solidaritätsbekundung verabschiedet, die – was die SED besonders erboste – von den Kanzeln öffentlich verlesen wurde. Sie bedauerte den Einsatz militärischer Gewalt zur Lösung politischer Probleme und erklärte: „Wir wissen und verstehen, dass es Euch besonders verletzt hat, dass unter den einrückenden Truppen Deutsche und auch Christen gewesen sind.“ Mit dieser indirekten Anspielung auf das Münchner Abkommen von 1938 und der folgenden Zerschlagung der Tschechoslowakei kritisierte die Kirchenleitung die SED-Politik, deren Propaganda die Beteiligung der Nationalen Volksarmee als „brüderliche Hilfe“ im Kampf gegen die Konterrevolution deklarierte. Wenngleich Walter Ulbricht die Invasion im Vorfeld befürwortet hatte, haben ostdeutsche Soldaten auf Betreiben der Sowjetunion tschechoslowakischen Boden nicht betreten.

Gegen Bischof Schönherr erwog man ein Strafverfahren wegen staatsfeindlicher Hetze und weitere Repressalien, die sich auch auf Familienangehörige bezogen hätten. An diesem Beispiel und anderen Fallstudien zu den Vorgängen in den einzelnen Landeskirchen können wir die Verlogenheit der offiziellen SED-Kirchenpolitik ablesen. Einerseits beschwor sie das angebliche gemeinsame Anliegen von Christen und Sozialisten zum Erhalt des Weltfriedens und zum Aufbau einer gerechten Gesellschaft; andererseits wandte sie gegenüber unliebsamen Kirchenvertretern und Laien massive Repressalien an.

3. Vorgeschichte, Verlauf und Akteure des „Prager Frühlings“ 1968 – der Versuch eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der ČSSR

Bevor ich auf die Auseinandersetzung um das Erbe des „Prager Frühlings“ eingehe, will ich rückblickend auf die Vorgeschichte, den Verlauf und die wichtigen Akteure des „Prager Frühlings“ verweisen.⁷

Innerhalb des Ostblocks sehnte sich nicht nur in der Tschechoslowakei das Volk nach Freiheit. Anfang März 1968 rebellierten in Polen Studenten und Arbeiter. In Warschau und Krakau kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei. Im Gegensatz zur Tschechoslowakei wurde in Polen das Aufbegehren gegen die kommunistische Herrschaft brutal im Keim erstickt.

In der langen Reihe der Krisen, Aufstände und unterdrückten Reformversuche in den Ländern des Sowjetimperiums nahm der „Prager Frühling“ einen besonderen Platz ein. Anders als 1956 in Ungarn, wo ein nationaler Aufstand das kommunistische Regime für kurze Zeit hinwegfegte und im Unterschied zur polnischen „Solidarność“-Bewegung 1980/81, die sich als systemsprengende Opposition entwickelte, handelte es sich im Fall des tschechoslowakischen Reformprozesses 1968 um den ersten Versuch, eine friedliche Systemreform von oben zu erreichen.

Zunächst kann man konzedieren, dass während der Ereignisse im Jahre 1968 tieferliegende Konflikte zwischen Slowaken und Tschechen zum Ausbruch kamen. Die Unzufriedenheit der Slowaken richtete sich gegen den Prager, sprich tschechischen Zentralismus; sie verlangten eine Föderation und eine angemessene Beteiligung an der Führung des Landes. Mit Alexander Dubček übernahm im Januar 1968 ein Slowake die Parteiführung.

Zur unmittelbaren politischen Vorgeschichte des „Prager Frühlings“ gehören der Tod Stalins im März 1953, die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und die folgende Entstalinisierung. Man muss jedoch wissen, dass die KPČ mit dem Projekt eines eigenen Weges zum Sozialismus auf ihre Programmatik von 1945 zurückgriff. Denn im Gegensatz zu den anderen kommunistischen Parteien des Ostblocks kam die KPČ 1946 über freie Wahlen an die Macht, um sie allerdings 1948 ganz für sich zu okkupieren und einen stalinistischen Staat einzurichten.

Die besondere Brisanz der Reformkonzeption des „Prager Frühlings“ bestand in der Gleichzeitigkeit von Wirtschaftsreformen und dem Umbau des politischen Systems. Zwar sollten die Produktionsmittel im Staatseigentum bleiben, jedoch sollte ein ge-

wisses Maß an Marktmechanismen wirksam werden. Der Einfluss des Parteiapparates wurde zurückgedrängt. Diesen Vorgang begründete der Leiter der Regierungskommission für die wirtschaftlichen Reformen, Ota Sik, mit den Worten „Unter den heutigen Bedingungen ist es nicht möglich und auch nicht nötig, dass die Partei den gesamten Macht- und Führungsapparat im Detail lenkt und kontrolliert“. ⁸ Er prägte den Begriff der „sozialistischen Marktwirtschaft“. ⁹

Befürworter einer freieren Gesellschaftsordnung waren vor allem eine Reihe von Schriftstellern, die mehr als nur eine Fortführung der Entstalinisierung verlangten. Auf dem 4. Tschechoslowakischen Kongress des Schriftstellerverbandes im Juni 1967 kritisierten sie – u. a. Vaclav Havel und Pavel Kohout – die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zustände im Land und griffen die Parteiführung der KPČ offen an.

Am 27. Juni 1968 wurde schließlich von 68 Intellektuellen das sogenannte „Manifest der 2000 Worte“ veröffentlicht. Diese Abrechnung mit 20 Jahren kommunistischer Herrschaft in der ČSSR stellte fest, dass eine weitere Demokratisierung des Landes nur außerhalb der KPČ durchgeführt werden könne, womit der Sozialismus als Gesellschaftsform überhaupt in Frage gestellt wurde. ¹⁰ In Moskau brachte das in der Bevölkerung der ČSSR sehr populäre Manifest das Fass zum Überlaufen. Angesichts der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen verlangte der sowjetische KP-Chef Leonid Breschnew von Dubček ein sofortiges staatliches Eingreifen, was dieser nicht veranlasste. Schon im Dezember 1967 hatte Breschnew einen überraschenden Besuch in Prag unternommen, was als sanktionierende Maßnahme angesichts sich verschlechternder tschechoslowakisch- sowjetischer Beziehungen gedeutet wurde.

Was wir gemeinhin als „Prager Frühling“ bezeichnen, spielte sich in den wenigen Monaten zwischen Januar und August 1968 ab. Den Ablauf hat Zdenek Mlynar in drei Phasen eingeteilt. ¹¹ Die erste Phase dauerte bis März 1968 und wurde mit einem Paukenschlag eröffnet: Am 5. Januar 1968 musste Novotny von seinem Posten als Erster Sekretär der KPČ zurücktreten. Ihm folgte der slowakische Parteichef Alexander Dubček nach. Von Beginn an versuchte Dubček, seine Vorstellung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ durchzusetzen, und brüskierte bereits Anfang März 1968 den Kreml, indem er die Einladung einer Militärdelegation nach Moskau ablehnte. Bereits in dieser Phase kam es innerhalb des Warschauer Paktes zur Bildung einer Anti-Reform-Allianz und zur Charakterisierung der tschechoslowakischen Entwicklung als „Konterrevolution“.

Während der zweiten Phase bis Juni wurden das Aktionsprogramm der KPČ veröffentlicht und neue Mechanismen des politischen Systems erprobt. Nach Maßgabe der Reformkommunisten unter Führung Dubčeks sollte die radikale Trennung der Macht- und Führungsebene von der Bevölkerung durch neue Möglichkeiten der Artikulation und Teilhabe gesellschaftlicher Interessengruppen ersetzt, das niedrige Niveau der staatsgelenkten Wirtschaft durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente gehoben, die Autonomie von Kultur und Wissenschaft garantiert und eine unabhängige, auf Verständigung mit dem Westen ausgerichtete Außenpolitik etabliert werden.

Es wurden über tausend politische Gefangene amnestiert und per Gesetz die Abschaffung der Zensur und die Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Säuberungen beschlossen. Diese Maßnahmen begünstigten die Entstehung einer unabhängigen Öffentlichkeit und damit die Entfaltung einer zivilen Gesellschaft, was zu einer starken Solidarisierung weiter Teile der Bevölkerung mit den tschechoslowakischen Reformkommunisten führte.

Schließlich konzentrierte sich die Führung in der dritten und letzten Phase zwischen Juni und August auf die Abwendung des drohenden Konflikts mit der Sowjetunion und den Verbündeten. Dubček, ursprünglich geschult in den sowjetischen Partei- und Kadenschmieden, hatte sich bereits weitgehend vom sowjetischen Modell entfernt.¹² Mit dem Reformprojekt des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ rief er seine Feinde auf den Plan. Der Druck entfaltete zunehmend sich von zwei Seiten: Von den Hardlinern in Moskau, wo man nach einer hastig einberufenen ZK-Sitzung am 10. April 1968 verkündete: „Wir werden die Tschechoslowakei nicht aufgeben!“ und den KP-Chefs Walter Ulbricht und Wladyslaw Gomulka einerseits und von den restaurativen, orthodoxen Kräften in der ČSSR andererseits. Letztere konnten sich aber nicht gegen die Reformer in der KPČ durchsetzen.¹³

Als dann in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 die Truppen der „Bruderstaaten“ in die ČSSR einfielen und das Land besetzten, kam es zu weit verbreitetem passivem Widerstand sowohl auf der institutionellen Ebene als auch durch die Bevölkerung. Darüber hinaus gelang es der Sowjetunion nicht, eine Kollaborationsregierung einzusetzen, obwohl Kollaborateure in der KPČ vorhanden waren. Somit verlief zwar die militärische Aktion nach Plan, aber politisch hatten Moskau und seine Satelliten ein Desaster mit internationalen Dimensionen angerichtet.

Dubček und fünf weitere führende Köpfe des „Prager Frühlings“ wurden nach Moskau verschleppt und unter Waffengewalt und Einschüchterung¹⁴ gezwungen, am 26. August 1968 das „Moskauer Protokoll“¹⁵ zu unterzeichnen; lediglich der Vorsitzende der Nationalen Front, Frantisek Kriegel, verweigerte seine Unterschrift. Mit jenem Protokoll wurde der Grundstein für die „Normalisierung“ der politischen Verhältnisse gelegt, welche die Zurücknahme aller Reformen, Beschlüsse und Personalentscheidungen beinhaltete. Damit war der reformkommunistische Versuch gescheitert, mehr als nur eine kosmetische Verbesserung des Regimes zu erreichen. Es folgten massenhafte Parteiauswürfe, Berufsverbote und Inhaftierungen. Die politische Eiszeit dauerte ca. 20 Jahre, bis im Jahr 1989 durch die „samtene Revolution“ die kommunistische Allmacht hinweggefegt wurde.¹⁶

Der Kreissekretär der Kommunistischen Partei in Brno und später einer der Initiatoren und Sprecher der „Charta 77“, Jaroslav Sabata, kritisierte die Unterzeichnung des „Moskauer Protokolls“: „Hätten diejenigen in der Partei und in der Bevölkerung, die sich den Absichten der Besatzungsmacht verweigerten, wenigstens eine relative Unterstützung von oben erhalten, hätten sie bis zur Revolte der Arbeiter an der polnischen Küste Ende 1970 durchhalten können. (...) Dann hätte schon Anfang der 70er Jahre ein neuer Anlauf zur Verankerung einer Reform- Konstellation in der Mitte Europas versucht werden können. Das hätte selbstverständlich auch nach Moskau ausgestrahlt. So kam es erst Ende der 80er Jahre dazu.“¹⁷ Das Potential des „Prager Frühlings“ wurde allerdings von den Reformern selbst verkannt und nicht genutzt.

4. Proteste in der DDR

Was die Proteste in der DDR gegen die militärische Besetzung der ČSSR anbetrifft, möchte ich meine persönliche Erinnerung an eine Berliner Freundin erwähnen, die unmittelbar nach dem Einmarsch zusammen mit anderen in Berlin Flugblätter gegen die Militärintervention in Briefkästen geworfen hatte. Als das Ministerium für Staatssicherheit bei ihrer vorübergehenden Festnahme feststellte, dass sie die Tochter von verdienten Antifaschisten und der Vater ein höherer SED-Funktionär war, ließ man sie mit Ermahnungen laufen, jedoch der Vater verlor seinen Posten. Dies war nur eine Aktion von vielen.

Denn die Protestwelle in der DDR hatte ein beträchtliches Ausmaß. Der ostdeutsche Historiker Stefan Wolle berichtet, dass die Rechtsorgane der DDR in diesem Zusammen-

hang im Zeitraum vom 21. August bis zum 30. November 1968 gegen 1.290 Personen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hatten. Gegen 506 der Beschuldigten ermittelte das MfS, gegen weitere 784 die Deutsche Volkspolizei, die Transportpolizei und der Militärstaatsanwalt.

Laut einer Auswertung des MfS waren 60 % der beschuldigten Personen jünger als 24 Jahre alt. Nur acht Prozent waren älter als 45 Jahre. Auch die soziale Zusammensetzung dieser Gruppe ist interessant. Über 70 % gehörten der Schicht der Arbeiter und Angestellten an; weniger als fünf Prozent der Beschuldigten waren Studenten und Intellektuelle. Dieser Befund widerspricht der Vermutung, die Proteste gegen den Einmarsch vom 21. August 1968 seien von Studenten, Künstlern und Intellektuellen getragen worden.¹⁸

Bei Wollé lesen wir: „Das MfS registrierte ein ‚Ansteigen negativer Diskussionen und Gerüchte, deren wesentlicher Inhalt ist: Die Hilfeleistung wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR betrachtet und mit 1938 verglichen; es bestehen Zweifel in der Anforderung des Hilfeersuchens; die Genossen Breschnew, Kossygin und Gretschkow wären von ihren Positionen zurückgetreten; Befürchtungen über den Ausbruch eines Krieges wurden zum Ausdruck gebracht“.¹⁹

Insgesamt war die Wirkung der Protestaktionen gering und das Risiko für die Protestierenden hoch. Dennoch war auf längere Sicht die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ einer der Sargnägel, der schließlich 20 Jahre später zum Untergang der sozialistischen Regimes führte.

5. Robert Havemanns unüberhörbare Stimme

Überaus deutlich hatte sich Robert Havemann kritisch über die Zerschlagung des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ geäußert. Havemann, der im „Dritten Reich“ als kommunistischer Widerstandskämpfer sein Todesurteil überlebt hatte, nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR als stalinistischer Multifunktionär etabliert war und sich schließlich zu einem der bekanntesten DDR-Dissidenten entwickelte, war ein enger Freund des kommunistischen Barden Wolf Biermann. Beide hatten nachhaltigen Einfluss auf DDR-Oppositionelle. Das galt auch für mein Denken und Verhalten.

Die Schriften Havemanns und die Lieder Biermanns wurden unter der Hand weitergegeben. Die Texte wurden im Samisdat fabriziert, auf Tonbänder kopiert oder aus dem Westen eingeschmuggelt. „Was verboten ist, das macht uns gerade scharf!“, war nicht nur mein Motto. In Havemanns Aufsatz „Sozialismus und Demokratie“ heißt es: „In der

ČSSR erleben wir heute den grandiosen Versuch eines radikalen und kompromisslosen Durchbruchs zur sozialistischen Demokratie. Gelingt dieser Versuch, so wird dieser Erfolg von einer historischen Tragweite sein, die sich nur mit der russischen Oktoberrevolution vergleichen lässt. Eins der Haupthindernisse für die weitere Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus wird dann beseitigt sein: die tief deprimierende Erfahrung der vergangenen Etappe der Weltrevolution, dass Demokratie nur unter den Bedingungen des bürgerlichen Kapitalismus möglich, aber mit dem System des Sozialismus unvereinbar sei.⁴²⁰

Havemann teilte uneingeschränkt den reformkommunistischen Ansatz der maßgebenden Prager Politiker. Die Partei sollte sich auf das Volk stützen und der Gesellschaft dienen. Darin sah Havemann einen praktischen Weg, der seine Vorstellungen von einer demokratischen Erneuerung der SED direkt bestätigte. Um ihre Anhängerschaft müsse die Partei unter Bürgerinnen und Bürgern, ausgestattet mit allen demokratischen Grundrechten und Freiheiten, demokratisch ringen. Insofern traf das Aktionsprogramm der KPČ die Praxis der totalitären Machtausübung durch die kommunistischen Parteiapparate zentral. Es ging im Kern um die berühmt-berüchtigte „Machtfrage“.

Als die Warschauer Pakt-Staaten dem „Prager Frühling“ ein gewaltsames Ende setzten, fiel Havemanns Kritik an diesem Vorgehen sehr heftig aus. Für ihn war der Überfall ein Verbrechen, das auf die Aggressoren zurückschlagen würde. Weil Havemann von der Macht der Vernunft und der Wahrheit auch gegenüber Gewalt und Willkür überzeugt war, konnte er in der militärischen „Ultima Ratio“ des Warschauer Pakts gegen die ČSSR zugleich eine Schwäche sehen und sich die Hoffnung erhalten, dass der Rückschlag nur zeitweiligen Charakter trage.

In der Folgezeit gründeten sich Havemanns Hoffnungen besonders auf die Formierung des „Euro-Kommunismus“ in den großen westeuropäischen kommunistischen Parteien, welche ihrerseits deutliche Kritik am Vorgehen der „sozialistischen Bruderstaaten“ geübt hatten. Er meinte, dass eine wirkliche innere Reform der moskautreuen, kommunistischen Parteien möglich sei und dass aus einer gestärkten westlichen Linken den Reformkräften im Osten Europas eine Unterstützung zuwachsen könne.

Diese Sichtweise entsprach mit abnehmender Tendenz im Großen und Ganzen auch meiner damaligen Ansicht. Denn spätestens unter dem Einfluss der „Charta 77“ setzte ich nicht mehr auf die Demokratisierung des realen Sozialismus, sondern kritisierte ihn im Namen der Demokratie auf menschenrechtlicher Basis. Nach meinem Dafürhal-

ten hat Pauer zutreffend darauf aufmerksam gemacht, dass der 21. August 1968 das Scheitern des ersten Versuchs einer umfassend friedlichen Systemreform im damaligen Ostblock markiert.²¹

6. Zur Auseinandersetzung um des Erbe des „Prager Frühlings“

Einleuchtend hat Pauer²² mit Blick auf die gegenwärtigen tschechischen Kontroversen um den „Prager Frühling“ darauf aufmerksam gemacht, dass weder die reformkommunistische Formel gelte, „er sei der direkte Vorläufer der ‚samtenen Revolution‘, noch die neoliberale Gegenüberstellung von Interessen des Volkes, das Demokratie statt Demokratisierung wollte, auf der einen Seite und den Reformkommunisten, die nur eine Modernisierung ihrer Herrschaft anstrebten, auf der anderen“. Noch viel weniger können wir ihn als „integralen Bestandteil eines verbrecherischen und totalitären Regimes“ verstehen, wie es das „Gesetz über den verbrecherischen und rechtswidrigen Charakter des kommunistischen Regimes von 1948 bis 1989“ aus dem Jahre 1991 und das „Gesetz zur Errichtung des nationalen Instituts für das Studium totalitärer Regime“ von 2007 nahe legen.²³

Pauers Begründung für die reflexhafte antikommunistische Abwertung des „Prager Frühlings“ in der Tschechischen Republik ist ebenfalls einleuchtend. Sie ist unmittelbar mit der Erinnerung an die politische Selbstdemontage der Reformkommunisten verbunden: „Wäre die Front gegen die schleichende Restauration nicht von den Reformern selbst demobilisiert worden, hätte die spätere machtvolle Bewegung der ‚Solidarność‘ möglicherweise ihren historischen Vorläufer gehabt. (...) Das beschämende Zeugnis der Zersetzung reformkommunistischer politischer Substanz stellten die sog. ‚Knüppelgesetze‘ am ersten Jahrestag der Okkupation des Landes dar. Diese Sondergesetze ‚zum Schutz öffentlicher Ordnung‘ vom 22. August 1969, nach denen u. a. die Demonstranten im Schnellverfahren verurteilt wurden und die einem vorübergehenden Kriegsrecht im Kleinformat gleichkamen, wurden von drei Idolen des „Prager Frühlings“, Ludvík Svoboda, Oldřich Cerník und Alexander Dubček, unterzeichnet.“ Die Repressionen und Demütigungen, die mit den ca. 20 Jahren des Husak-Regimes einhergingen, seien derart erniedrigend gewesen, dass „hier die Ursache für die zeitweilige Abwertung des Erbes des ‚Prager Frühlings‘ zu suchen“ seien.²⁴

Die damaligen kommunistischen Reformer hielten die durch Verstaatlichung und soziale Umwälzung nach 1948 entstandene Gesellschaftsstruktur nicht mehr für revidier-

bar. Sie glaubten, gerade in dem sie an der sozialistischen Option festhielten, mehr Demokratie wagen zu müssen. Darin können wir den Doppelcharakter des Reformkommunismus erblicken, der systemerhaltend und systemverändernd zugleich war. Trotz gewisser programmatischer und ideologischer Beschränkungen stellte der gesellschaftspolitische Prozess des Jahres 1968 in der ČSSR eine Systemtransformation dar, die ohne Gewalt nicht mehr aufzuhalten war.

So unterschiedliche Menschen wie der marxistische Philosoph Ivan Svitak oder der nichtkommunistische Dramatiker Vaclav Havel übten Kritik an der beschränkten Perspektive der damaligen Reformkommunisten, in dem sie schließlich Demokratie und nicht nur Demokratisierung forderten. Denn tatsächlich war es zu keiner Zeit des „Prager Frühlings“ zu einer wirklich demokratischen Vertretung im Sinne einer ausgebildeten parlamentarischen Demokratie gekommen.

Trotz solcher Beschränkungen konzedieren wir jenem Reformprozess die historische Möglichkeit, eine friedliche Überwindung der kommunistischen Diktatur zu bewerkstelligen. Insofern sehen wir im reformkommunistischen Projekt des Jahres 1968 auch einen Ausdruck der fortdauernden demokratischen Tradition des Landes. Im „Prager Frühling“ erblicken wir ein Glied in der langen Kette von Revolten und Reformversuchen im sowjetischen Machtbereich, die niedergetreten wurden und begreifen sie als Beleg für die Reformunfähigkeit eines Sozialismus sowjetischen Typs.

Der historische Verdienst des „Prager Frühlings“ bestand nicht nur darin, totalitäre Verhältnisse in der ČSSR auf friedlichem Weg beseitigen zu wollen, sondern auch darin, einen originären Beitrag zur Demokratisierung und Überwindung des sowjetischen Herrschaftssystems generell und der europäischen Spaltung geleistet zu haben.

Anmerkungen

- 1 Tschiche, Hans-Jochen: Nun machen Sie man, Pastorche! Erinnerungen, Halle 1999, S. 21.
- 2 Tschiche, Hans-Jochen: Pastorche (wie Anm. 1), S. 22 f.
- 3 Tschiche, Hans-Jochen: Pastorche (wie Anm. 1), S. 24.
- 4 Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Leipzig 1990.
- 5 von Ruthendorf-Przewoski, Cornelia: Der Prager Frühling und die evangelische Kirche in der DDR, Göttingen 2015.
- 6 Tschiche, Hans-Jochen: Pastorche (wie Anm. 1), S. 19 – 21.
- 7 Bisher umfangreichste Dokumentation und Kommentierung: Karner, Stefan / Tomilina, Natalja / Tschubarjan, Alexander (Hrsg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. 2 Bände, Köln, Weimar, Wien 2008.
- 8 Hejzlar, Zdenek: Reformkommunismus. Zur Geschichte der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln, Frankfurt/ a. M. 1976, S. 146.
- 9 Sik, Ota: Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988; Sik, Ota: Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg 1972; Sik, Ota: Die sozialgerechte Marktwirtschaft – Ein Weg für Osteuropa, Freiberg i. B., 1990.
- 10 Segert, Dieter: Der Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, S. 35 – 41.
- 11 Mlynar, Zdenek: Prager Frühling 1968 und die gegenwärtige Krise des politischen Systeme sowjetischen Typs, in: Mlynar, Zdenek (Hrsg.): Der Prager Frühling. Ein wissenschaftliches Symposium, Köln 1983. Vgl. Mlynar, Zdenek: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Köln 1978.
- 12 Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993.
- 13 Zur Sichtweise eines Reformgegners vgl. Bilak, Vasil: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten, Berlin 2006.
- 14 Dubček, Alexander: Leben (wie Anm. 12), S. 405 ff.
- 15 Entsprechende Protokolle: Karner / Tomilina / Tschubajan (Hrsg.): Prager Frühling (wie Anm. 6): Bd. 2, S. 789 – 1103.
- 16 Spiritova, Marketa: „Im Inland begann eine Hexenjagd“. Die Auswirkungen der Niederlage auf den Alltag von Intellektuellen, in: Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, S. 61 – 70.
- 17 Sabata, Jaroslav: Eine postimperiale Konstellation, in: Richter, Mathias / Thuncke, Inka (Hrsg.): Metamorphosen der Utopie. Rückblicke und Ausblicke nach Europa, Mössingen-Talheim 2005; S. 189.

- 18 Wollé, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, S. 158 – 167.
- 19 Wollé, Stefan: Traum (wie Anm. 18), S. 163 f.
- 20 Havemann, Robert: Sozialismus und Demokratie, in: Havemann, Robert (Hrsg.): Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten“, München 1971, S. 131.
- 21 Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe-Planung-Durchführung, Bremen 1995.
- 22 Pauer, Jan: Der Streit um das Erbe des „Prager Frühlings“, in: Karner / Tomilina / Tschubajan (Hrsg.): Prager Frühling (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 1203 ff.
- 23 Pauer, Jan: Streit (wie Anm. 22), S. 126 f., S. 1205 – 1207.
- 24 Pauer, Jan: Streit (wie Anm. 22), S. 1207.

Im Gedenken an die Opfer des ehemaligen deutschen Kriegs- gefangenenlagers STALAG IV B Mühlberg/Elbe 1939 – 1945 und des sowjetischen Speziallagers Nr. 1 Mühlberg/Elbe 1945 – 1948

Ein persönlicher Bericht zum Entstehen und Wirken der Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.

Pfarrer Matthias Taatz

Manchmal passieren unscheinbare Dinge, die einen das ganze Leben nicht wieder loslassen. Als gläubiger Mensch spreche ich dann von Fügung. Im Jahre 1988 widerfuhr mir eine solche Fügung: Meine Kirchenleitung entschied, daß ich meine erste Pfarrstelle in Mühlberg an der Elbe antreten sollte. Die Menschen, die mir dort begegneten und die Arbeit, die ich dort tat, prägten mein ganzes Leben. Allerdings enthüllte sich mir in Mühlberg auch ein familiäres Schicksal, das über lange Zeit verschwiegen werden musste.

Als ich die Pfarrstelle in Mühlberg antreten sollte, freute ich mich, dass nun endlich mein Berufsleben losgehen würde. Er war mein Herzenswunsch Pfarrer zu werden und die Ausbildung lag erfolgreich abgeschlossen hinter mir. Mit meiner Mutter fuhr ich im Sommer 1988 nach Mühlberg und wir besahen uns das Pfarrhaus hinterm Elbdeich. Wir berieten, was alles nötig sei, um es einzurichten. Schon zum Erntedankfest im Oktober hielt ich – noch in Halle wohnend – meine ersten Gottesdienste und am 17. November 1988 war Einzug. Es war der Donnerstag vor dem Totensonntag und der kommenden Advents- und Weihnachtszeit.

Ich selbst stamme aus einem evangelischen Pfarrhaus, hatte von klein auf miterlebt, wie erfüllend das Leben eines Pfarrers ist. Dieses Leben wollte ich auch. Viele meiner Vorfahren mütterlicherseits waren dieser Berufung gefolgt, väterlicherseits waren mein Vater und sein Bruder die ersten Pfarrer in der Familie. Wir wuchsen als drei Geschwister behütet auf und unsere Eltern suchten uns durch den Alltag der sozialistischen Schule zu führen, ohne dass wir uns zu sehr verbiegen sollten. Die Mitgliedschaft in den sogenannten Massenorganisationen war nicht vorgesehen; wollten wir auch nicht! Das führte dazu, dass uns drei Geschwistern der Weg zum Abitur verwehrt wurde. „Unser Elternhaus ist für die sozialistische Gesellschaft nicht tragbar«, so hieß es. Zwar waren wir auf diese Situation vorbereitet. Für meine Geschwister, die nicht

den Weg zum Beruf des Pfarrers gehen wollten, wogen die Konsequenzen jedoch viel schwerer, als für mich.

Unsere Eltern bereiteten uns auf das Leben im Sozialismus vor, indem sie uns zu kritischen, politisch denkenden Menschen formten, im eigenen Haus die freie Rede pflegten und uns mit Literatur umgaben, die es sonst nicht gab. Wir lebten mit einer Sehnsucht nach Freiheit, nach Gerechtigkeit und mit der Prägung, dass man dort bleibt und lebt, wo einen der liebe Gott hingestellt hatte.

Unsere Großmütter waren für uns sehr wichtige Menschen. Meine Großmutter väterlicherseits lebte mit ihrer 1900 geborenen, alleinstehenden Schwester zusammen. Im Kaiserreich aufgewachsen, gut gebildet und fest im Glauben war sie für uns als Kinder sehr prägend. In der Wohnung dieser beiden Frauen hing das Portrait meines Großvaters, gemalt von meinem Vater. Von diesem Mann wussten wir nur, daß er seit dem Kriege als verschollen galt. Außer einem Fotoalbum aus der Kindheit meines Vaters und seines Bruders, gab es keine Erzählungen über ihren Vater. Er war einfach nicht existent. Ich erinnere mich, nur einmal nach ihm gefragt zu haben und erhielt die Antwort: „Wir wollen Oma nicht traurig machen!“ Daran hielten wir uns.

Ich war nun Neubürger Mühlbergs und wie man das als jungen Pfarrer so tut, begann ich mich in der Gemeinde zu orientieren, besuchte die Verantwortlichen in der Kirchengemeinde und die ersten älteren Gemeindeglieder. Ich hörte ihnen zu und fragte nach den Befindlichkeiten. Da ich mich schon immer für Geschichte interessierte, fragte ich auch nach jenen Dingen, die man über Mühlberg wissen sollte. Schon in diesen ersten Gesprächen wurde erwähnt, dass es während des Krieges hier in der Nähe ein großes Kriegsgefangenenlager gab, das auch nach dem Krieg benutzt wurde. Nachfragen aber blieben unbeantwortet. Nur Ahnungen – ich war ja in der DDR groß geworden – stellten sich ein.

Jedoch forderte mich in der nächsten Zeit die Arbeit sehr: Adventsgottesdienste, Krippenspiele, Weihnachtsfeiern; alles zum ersten Mal in Mühlberg und deshalb nahm es den entsprechenden Raum in diesen Wochen ein. Nach dem ersten Weihnachtsfest ging es zum Weihnachtsbesuch zu meinen Eltern. Und wie das so zwischen Vater und Sohn ist, fragte der Alte den Jungen, wie es ihm denn so ergangen sei. Ich erzählte von den ersten pastoralen Erfahrungen und schnell kam ich auf die Geschichten von den Lagern zu sprechen. Ich fragte meinen Vater danach, denn davon hatte ich bewusst noch nie gehört.

Ich höre es heute noch, als würde es eben ausgesprochen: „In dem Lager ist dein Großvater, mein Vater umgekommen.“ Im nächsten Moment herrschte Stille im Raum. Noch nie hatte ich von meinem Vater oder seinem Bruder, bei dem ich oft die Ferien verbracht hatte und dem ich manches verdanke, auch nur eine Bemerkung über diese Umstände gehört. Mein Vater sagte: „Wie hätte ich Dir denn das erzählen sollen? Wie hättest Du mit Deiner großen Klappe in der Schule mit diesem Wissen umgehen sollen? Es reichte, dass ich schweigen musste; ihr doch nicht auch noch!“ Um über Einzelheiten zu sprechen, war in diesem Moment keine Zeit. Meine Kinder kamen dazu und meine damals neunjährige und sehr wissbegierige Tochter ging in Mühlberg zur Schule, die immer noch eine sozialistische war. Sie war sich des ganzen Dilemmas der deutschen Teilung schon sehr bewusst, durfte sie doch ihre vielen bayerischen Cousinen und Cousins nicht kennenlernen. Wie hätte Sie mit einem solchen Wissen umgehen sollen? Sie ist heute Historikerin und hat als Studentin den ersten Entwurf eines Informationspfades für Mühlberg mit erarbeitet.

Die Weihnachtstage gingen vorüber. Das Gespräch mit meinem Vater noch im Kopf, fuhr ich zurück nach Mühlberg. Der Samen war gelegt und er verlangte danach, aufzugehen. Plötzlich berührten sich mein junges Pfarrerdasein und meine Familiengeschichte. Ich fing langsam an, nach den Zusammenhängen zu fragen. Die Verslossenheit war groß. Viel mochten die Menschen im Ort selbst dem Pfarrer nicht anvertrauen, denn er war jung und sie wussten ja noch nicht, ob sie ihm vertrauen konnten. Immerhin beschrieb man mir die ehemalige Lage des Speziallagers und ich erfuhr vom Soldatenfriedhof in Neuburxdorf. Erst nach den politischen Ereignissen im Herbst 1989 habe ich erfahren, dass es in Mühlberg ein Ehepaar gab, das im Lager inhaftiert war. Ich denke auch heute noch, dass die Gemeinschaft in ihrer Verschwiegenheit die beiden gleichsam schützte.

Im Februar 1989 wollte ich mit einem Schwager das ehemalige Lagergelände erkunden, das völlig zugewachsen war. Zur Tarnung unserer Absichten nahmen wir unsere jüngsten Kinder im Kinderwagen mit und mussten diese nun durch den Schnee über Büsche und Bäume hieven. Wir fanden die Gruben, von denen wir später erfuhren, dass sie eine Art Vorratskeller waren, fanden den alten Kugelfang, entdeckten an unterschiedlichen Stellen Vertiefungen, bei denen wir rätselten, ob das wohl die von meinem Vater erwähnten Massengräber wären. Wir fanden die verlandeten Teiche, die alten Fundamente der Latrinen und gingen auf der alten Lagerstraße.

Wenige Wochen später fügte es sich, dass ich am Rande eines Trauergesprächs die Bekanntschaft eines alten Försters machte, der sich im Vieraugengespräch auf das Lager ansprechen ließ. Er bat um absolute Verschwiegenheit und lud mich ein, mit ihm bei Vegetationsbeginn ins ehemalige Lager zu gehen. Es wird Ende März gewesen sein, als wir uns verabredeten und nun zeigte er mir anhand der Vegetation die Stellen und Bereiche, von denen wir heute wissen, dass es die Massengräber sind. Auch Jahrzehnte nach den Ereignissen reagieren die Pflanzen auf den im Boden befindlichen Chlorkalk, den man zwischen die Leichen gestreut hatte.

Im späten Frühjahr des Jahres 1989 – es rumorte ja schon kräftig in der DDR – nahm ich all meinen Mut zusammen und fuhr nach Bad Liebenwerda zur Abteilung Inneres des Rates des Kreises. An den dortigen Ansprechpartner für Kirchenfragen konnte man sich wenden, wenn irgendetwas fehlte, zum Beispiel Material für eine Reparatur. Wir wussten zwar, dass diese Leute gleich neben der Staatssicherheit saßen und dennoch: Die Angst begann zu schwinden.

Unser kurzes Gespräch verlief in etwa so: Ich sagte ihm: „Ich bin ja aufgewachsen und gebildet in der sozialistischen Schule und nun höre ich hier von einem Lager nach 1945. Wie habe ich das denn einzuordnen?“ Daraufhin stand der Mitarbeiter des Rates des Kreises hinter seinem Schreibtisch auf und erklärte mir freundlich, aber bestimmt: „Danach fragen wir nicht!“ Als gelernter DDR-Bürger wusste ich, was das bedeutet und verabschiedete mich nach einem belanglosen, kurzen Gespräch.

Im Sommer 1989 blieb keine Zeit für weitere Nachforschungen. In Ungarn wurde der Eisernen Vorhang geöffnet und zehntausende DDR-Bürger verließen das Land. Die folgenden Ereignisse im Herbst des Jahres überrollten uns regelrecht und forderten den vollen Einsatz des jungen Pfarrers bei den vielfach anberaumten Konflikt-Gesprächen zwischen dem Staatsapparat und Bürgern, die ihrem Unmut Ausdruck verliehen. Es wurden die „runden Tische“ eingerichtet und bald die ersten freien Wahlen abgehalten, die mich in das Amt eines Stadtpräsidenten brachten.

Während dieser turbulenten Monate brachte im Januar 1990 die Post eine Karte nach Mühlberg. In jener Postkarte – in Sütterlin geschrieben – fragte eine ältere Dame, ob sie etwas über den Verbleib eines Angehörigen erfahren könne. Das war der Anfang einer wahren Flut von Briefen; teilweise waren sie an das Rathaus gerichtet, teilweise an das Pfarramt. In diesen ereignisreichen Tagen war es unmöglich, auf all die Anfragen sachgemäß zu antworten. Außerdem lagen uns keinerlei Unterlagen vor, um wirk-

lich Auskunft geben zu können. Um der Sache irgendwie Herr zu werden, wurde aus Gemeindegliedern und interessierten Bürgern, darunter auch einige Jugendliche, ein Arbeitskreis gebildet.

Das war auch dringend notwendig, denn im erwachenden Frühjahr, um Ostern herum, kamen Scharen von Besuchern, die nach dem Lager fragten. Mitglieder unseres Arbeitskreises begleiteten die Besucher ins Lagergelände, wo kaum noch Spuren der Geschichte sichtbar waren. An den vermuteten Gräbern wurden von ihnen Blumen niedergelegt. Oft saßen sie zuerst in meinem Amtszimmer im Pfarrhaus und erzählten ihre Schicksalsgeschichte, manchmal – so wie ich es auch erlebte – zum ersten Mal vor ihren Kindern. Es war bewegend, es war tränenreich und auch ich hatte oft Tränen in den Augen. Nachdem diese Erlebnisse, die so lange verschwiegen werden mussten, aus dem Inneren der Menschen hervorgebrochen waren, gab es nicht selten eine lange Stille zwischen den Menschen im Raum. Oft war das Gebet die einzige Möglichkeit, wieder loszulassen und weiterzugehen.

Neben eindrücklichen Begegnungen und Gesprächen, über die ich wegen der pastoralen Schweigeverpflichtung nicht reden kann, ist mir ein Besuch persönlich in tiefer Erinnerung geblieben. Es muss zum Anfang des Sommers 1990 gewesen sein, als ich eine Familie ins Lager begleitete, die den für einen Pfarrer eindrücklichen Namen Teufel trug. Wir standen im Bereich des alten Kugelfanges, von dem wir damals schon wussten, dass er von den Häftlingen wegen seiner Lage außerhalb des Lagerzauns als „Sehnsuchts Hügel“ bezeichnet wurde. Die Familie bat mich, ein Vaterunser zu beten. Nichts hätte mir leichter fallen sollen. Doch dann geriet mir das Gebet vor lauter innerer Bewegung völlig durcheinander. Mit Tränen in den Augen wurde mir bewusst, daß hier tausende Tote lagen. Mein eigener Großvater war unter ihnen; ich hatte ihn nie kennen gelernt und doch war er mir plötzlich ganz nah. Ich war gerade erst dreißig Jahre alt und stand an diesen Gräbern.

Zu dieser Zeit ahnte unser Arbeitskreis nicht, dass sich parallel zu unserem Tun ehemalige Insassen und ihre Angehörigen zu einem Treffen im Lager verabredet hatten, das gewissermaßen als das Urtreffen der später organisierten Gedenktreffen gelten kann. Den Sommer über wurde es dann vorbereitet und fand am 1. September 1990 statt. Der Arbeitskreis hat sich ins Zeug gelegt, hat organisiert und gestaltet; die Mühlberger waren mit dabei. Unvergesslich die lange Reihe von Kaffeemaschinen im Zelt auf dem Rathausplatz. Unvergesslich auch der erste Gottesdienst in der Frauenkirche:

Nach 42 Jahren erzwungenen Schweigens konnte endlich öffentlich getrauert werden. Endlich durfte geweint werden unter den Worten der Offenbarung: „Gott wird abwischen alle Tränen...“ Mein Vater hielt die Predigt, es war die Trauerpredigt für die tausenden Toten der Lager. Keiner sollte vergessen sein. An alle wurde gedacht und erinnert. Für alle wurde gebetet. Es war auch die Trauerpredigt für seinen Vater.

Wir wussten natürlich nicht, wie viele Menschen kommen würden, denn die Information über das Gedenktreffen verbreitete sich hauptsächlich von Mund zu Mund. In die kleine Stadt an der Elbe mit gut 3.000 Einwohnern kamen 1.500 Besucher. Ich bin noch heute voller Dankbarkeit und auch Stolz, dass wir diese logistische Herausforderung gemeistert haben – gerade acht Wochen nach der Währungsumstellung! Besucher berichteten damals voller froher Dankbarkeit, wie sie an den Straßen nach Mühlberg von jungen Leuten begrüßt worden waren. Es waren die Mitglieder der Jungen Gemeinde; junge Mühlberger, kaum 16 Jahre alt. All jene, die dabei waren, werden es sicher nicht vergessen, es war für alle bewegend.

Überall lagen Informationshefte aus, die mühsam kopiert worden waren. Sie enthielten eine erste Chronik der Lager und Berichte von Zeitzeugen aus den vielen Briefen, die uns zugegangen waren. Busse pendelten zwischen Stadt und Lagergelände, auf dem man immer mehr Blumen und auch erste kleine Kreuze sah. Es gab Tränen der Trauer über den erlittenen Verlust, Tränen der Freude über ein Wiedersehen und es wurden feste Versprechen eines Wiederkommens gegeben, die Toten nicht zu vergessen, die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, sei sie noch so bitter.

Vor allem sollte der Opfer zweier totalitärer Gewaltherrschaften unterschiedlichen Regimes im Geiste der Versöhnung gedacht werden – differenziert, aber nicht getrennt, verbunden in den Katastrophen der Zeitereignisse. Die Besonderheit des Gedenkens in Mühlberg – an einem Tag und an einem Ort wird aller in den beiden unterschiedlichen Lagern gestorbenen und geschundenen Menschen gedacht – wurde bereits beim ersten Gedenken begründet.

Auch wenn nach so vielen Jahrzehnten des erzwungenen Schweigens und wegen der größeren Zahl der Betroffenen der Schwerpunkt auf den Opfern des sowjetischen Speziallagers Mühlberg lag, so wurde der Toten des deutschen Kriegsgefangenenlagers auch damals mit einem gleichartig gestalteten Kranz auf dem Friedhof in Neuburxdorf gedacht. So war es gut in der Vergangenheit, so ist es heute und so wird es bleiben.

Diese Gleichbehandlung der Opfer stieß zu Beginn auf Unverständnis von vielen Seiten und musste durchgekämpft werden. Die Initiativegruppe Lager Mühlberg e. V. wurde darin bestärkt vor allem auch durch Freunde aus den über 40 Ländern, die der 300.000 Gefangenen und 3.000 Toten des deutschen Kriegsgefangenenlagers gedenken.

Im Jahre 1991 vereinigten sich der Arbeitskreis und die Initiativegruppe Lager Mühlberg e. V., um die bis dahin im losen Kontakt koordinierten Aktivitäten zusammenführen zu können. Seit dem ruht die Arbeit auf vielen Schultern.

Den ehemaligen Insassen der Lager ist großer Dank für ihre Mitarbeit auszusprechen. Immer wieder mussten sie sich dem für sie schmerzhaften Thema stellen. Keiner kann ermessen wie viel Kraft, Zeit und persönlicher Einsatz investiert wurden. Zu denken ist dabei an die Arbeitseinsätze auf dem ehemaligen Lagergelände, die Errichtung des Hochkreuzes, das Organisieren der Gedenktreffen und des Volkstrauertreffens. Es ist natürlich auch zu denken an die mehr als 50 Rundbriefe, die an über 1.000 Adressen verschickt werden mussten. Zu der Vielzahl an Aktivitäten gehören die Beratung von Angehörigen von Lagergefangenen und das Verfassen von Beiträgen für Veröffentlichungen – insbesondere das Totenbuch ist hierbei zu erwähnen, für das mühsam Informationen aus russischen Unterlagen gewonnen werden mussten. Nicht vergessen werden dürfen bei dieser Aufzählung die Führungen über das Lagergelände, die Wanderausstellungen und unzähligen Vorträge an Schulen.

Spontane Besucher des historischen Ortes bei Mühlberg können sich heute anhand von Tafeln gut über das Geschehen informieren. Seinerzeit musste von den Aktiven mit staatlichen Stellen um die Veröffentlichung der Namen der Opfer langwierig gerungen und um jedes Wort auf den Tafeln gefeilscht werden.

Es wurden historische Objekte und Bodenfunde gesichert und ein wissenschaftliches Archiv geschaffen, damit die Erinnerungen und biographischen Notizen für die Nachwelt erhalten bleiben. Bei der Koordinierung der Aufgaben leistet die Geschäftsstelle mit einer Mitarbeiterin wertvolle Dienste. Nicht zuletzt sicherten eingeworbene Spenden viele Aktivitäten. Das in der Vergangenheit Geleistete wurde durch ergänzende Projektförderungen des Landes und des Bundes unterstützt. Dankbar sind wir für das persönliche Engagement des Ministerpräsidenten Woidke für die ehemaligen Speziallagerhäftlinge und ihre Angehörigen und die immer wieder neubelebte Zusammenarbeit mit den Städten Bad Liebenwerda und Mühlberg sowie dem Landkreis Elbe-Elster.



Hochkreuz auf dem Gelände der Gedenkstätte Mühlberg/Elbe im Jahre 2004

Das, was sich nun so leicht aufschreiben lässt, verdankt sich dem unermüdlichen Wirken so vieler, die hier ungenannt bleiben. Doch sie haben ihren Dank und ihren Platz in den Herzen tausender Familien im In- und Ausland.

An all dem mitgetan haben zu dürfen, ist ein Stück meiner Lebensgeschichte geworden und wird mich nicht mehr loslassen. Neben der Erfüllung des Vermächtnisses meines Großvaters ist es vor allem das Vertrauen, das ich bei jenen fand, die ein hartes Schicksal tragen mussten, das mein Leben so bereichert hat. Bei ihnen erfuhr ich, wie man mit diesem Schicksal ohne Groll gegen die Menschen leben, Freundschaften begründen und den Gedanken der Versöhnung in die Welt tragen kann.

27 Jahre nach dem ersten Gedenktreffen, am 9. September 2017, sind wieder fast vierhundert Menschen nach Mühlberg an der Elbe gekommen. Ich darf durch die Gedenkfeiern führen. Hinter uns liegt das erste Gedenken mit geistlichem Wort, mit Gedenksprache, Musik und Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof in Neuburxdorf, im großen Festzelt haben wir Gottesdienst gefeiert, in einer Stunde des Gedenkens und des Aufbruchs haben junge Leute musiziert. Jetzt stehen wir am Hochkreuz, hören die Worte des Gedenkens von Frau Staatsministerin Dr. Münch aus Potsdam, Schüler aus

Mühlberg legen an den gut vierhundert symbolischen persönlichen Kreuzen von Familien weiße Rosen nieder und bilden einen großen Kreis um das Hochkreuz, fassen sich an den Händen. Dabei stehen die nun neunzigjährigen, letzten Zeitzeugen des Speziallagers, ihre altgewordenen Angehörigen und die nachwachsende Generation, die die Älteren hierher begleitet hat. Blumen liegen auf den Namenstafeln für die 6.765 bekannten Toten des Speziallagers. Unser Blick geht über die Sichtachse mit dem Hochkreuz hinüber nach Neuburxdorf zum Soldatenfriedhof; wie oft waren in den letzten Jahren auch Angehörige von Kriegsgefangenen unter uns.

In diesem Moment frage ich mich, ob der Wunsch nach einer Versöhnung über die Gräber hinweg erfüllt ist – nicht nur zwischen den Menschen, auch persönlich mit dem eigenen Schicksal?



Altbürgermeister Siegfried E. Pause während der Gedenkstunde für die Opfer des Grenzregimes der DDR am Grenzdenkmal Hötensleben am 26. Mai 2018

Rede des Alt-Bürgermeisters, Ehrenbürgermeisters und Ehrenbürgers der Stadt Schöningen, Siegfried E. Pause, anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer des Grenzregimes der DDR am Grenzdenkmal Hötensleben am 26. Mai 2018

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich begrüße es ausdrücklich und voller Respekt, dass die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt diese Gedenkstunde für die Opfer des Grenzregimes der DDR durchführt und dazu eingeladen hat. Eine solche Veranstaltung befördert zwangsläufig eine traurige Vergangenheit in die Gegenwart. Und vor diesem Hintergrund mag manch einer die Frage stellen: „Muss das sein?“

Solche Leute beziehen sich gern auf Bert Brecht, der einmal gesagt hat: „Halte deine Gedanken von allem, was aus und basta ist, denn das Denken an die Vergangenheit weckt Bedauern!“¹ Nur haben diese Leute Bert Brecht völlig missverstanden. Diese

Aussage war von ihm als Provokation gedacht und sollte den Menschen zu der Einsicht verhelfen, dass derjenige blind für die Gegenwart wird, der die Augen vor der Vergangenheit verschließt. Und ich meine auch, wer sich so verhält, verhält sich wie die Kinder, die meinen, dass keiner sie sieht, wenn sie sich die Augen zuhalten.

Also keine Frage: Diese Gedenkstunde ist ein wertvoller Beitrag. Sie ist verdienstvoll, weil sie ein Stein des Anstoßes sein kann. Sie kann unser Gewissen anstoßen und uns vor Vergesslichkeit und Oberflächlichkeit in der Beurteilung der Geschichte bewahren. Denn unser Gedächtnis ist nicht nur eine Instanz des Erinnerns, sondern auch eine des Vergessens. Die Gedenkstunde soll und kann uns ein Anstoß sein, nicht nachzulassen in unserem Bemühen, für das freiheitliche und demokratische Recht unseres Gemeinwesens einzustehen und es zu bewahren.

Ich finde es gut, dass diese Veranstaltung auf dem Boden des Grenzdenkmalvereins Hötenleben stattfindet. Ich denke dabei besonders an die Jugend. Natürlich muss die Jugend ihren eigenen Weg gehen, aber ein paar Wegweiser können nicht schaden. Einer zeigt hierher.

Ich selbst habe die Abriegelung der Westgrenze als Folge des sogenannten Deutschlandvertrages und den Ausbau zu einem nahezu unüberwindlichen Sperrsystem nicht unmittelbar miterlebt. Ich bin erst 1970 nach Schöningen gezogen. Deshalb habe ich mir im Archiv des Rathauses die Braunschweiger Zeitung vom 27. Mai 1952 rausgesucht. Die Schlagzeile lautet, wie erwartet: „Vertrag über Deutschland feierlich unterzeichnet“. In diesem Kreis erlaube ich es mir, den Inhalt dieses Vertrages zu vernachlässigen. Allerdings möchte ich auf die Einwände eingehen, die damals gegen das Vertragswerk erhoben wurden. Diese kann ich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Der Vertrag gewährt der Bundesrepublik keine volle Souveränität und keine echte Gleichberechtigung.
2. Er verhindert die Wiederherstellung der deutschen Einheit.
3. Die Aufstellung deutscher Streitkräfte im Rahmen der Europaarmee provoziert die Sowjetunion.

Ich will diese drei Vorbehalte nicht kommentieren, sie wurden von allen Kommentatoren genannt und von allen zuständigen und nicht zuständigen Seiten interpretiert. In der gleichen Zeitung vom 27. Mai 1952 stand auch ein Artikel mit der Überschrift: „Das 32. Opfer der Zonengrenze“, Unterzeile: „Beim Grenzübertritt von der Volkspolizei er-

schoßen.“ Wohlgermerkt: Der Reporter hatte nicht die gesamte Zonengrenze im Blick, sondern nur den Abschnitt im Kreis Helmstedt.

Der Anlass für die tödlichen Schüsse war nichtig. Ein junger Mann aus Essen wollte zur Silbernen Hochzeit seiner Eltern nach Magdeburg fahren. Nach dem Grenzübertritt bei Beendorf wurde er von einem Volkspolizisten angerufen und obwohl er sofort von seinem Fahrrad absteigen wollte, wurde er durch einen Brustschuss getötet. Es kam, wie nicht anders zu erwarten, zu Unruhen in der Bevölkerung bis hin zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Nach dem 26. Mai 1952 wurde die Grenze noch undurchlässiger. Sehr nachdrücklich hat das Achim Walther in seinem Buch „Die eisige Naht“ beschrieben.² Unter dem Decknamen „Ungeziefer“ wurden einige tausend Menschen umgesiedelt. Der DDR gingen viele Arbeitnehmer verloren, die in der Bundesrepublik beschäftigt waren, und nicht in das Sperrgebiet zurückkehrten. In einem 5 km tiefen Sperrgebiet waren die Menschen auf DDR-Seite in ihrem täglichen Leben sehr eingeschränkt. Die Sprache ist ja entlarvend: So war sofort von einem Todesstreifen die Rede, in dem bei Betreten sofort geschossen würde. Gemeint war der gepflügte Kontrollstreifen unmittelbar vor der Grenzlinie.

Sowohl die Haager Landkriegsordnung von 1899 als auch die Genfer Konvention von 1949 verbieten es, Gefangene zu quälen und zu demütigen. Zivilisten sollen geschont, unnötige Opfer vermieden werden. Man möchte schon erwarten dürfen, dass Gesetze, die die elementaren Menschenrechte betreffen, eine längere Lebensdauer haben als eine Topfblume. Nach diesen Regelungen hätten die Zwangsaussiedelungen nie stattfinden dürfen, von der tödlichen Grenze ganz zu schweigen.

Es kann diesen einen Moment im Leben eines Menschen geben, der alles unterteilt in ein Davor und Danach. Einen Augenblick, der alle Uhren auf null stellt. Bei jemandem, der gegen seinen Willen zwangsausgesiedelt wurde, muss das so gewesen sein.

Diese Gedenkstunde soll das Unrecht der Anonymität entreißen und hier ist auch der Geschichtsunterricht an unseren Schulen aufgefordert, zu informieren – und zwar zu beiden Seiten der ehemaligen Grenze. Denn manchmal habe ich das Gefühl, es gibt kaum noch ostdeutsche Geschichte. Die DDR wird zusammengezurr auf zwei Daten: den Mauerbau 1961 und den Mauerfall 1989.

Ich will an die Worte von Karl Marx im Kommunistischen Manifest erinnern: „Die freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entwicklung aller.“ Dieser An-

spruch ist weder entehrt noch überholt und keineswegs abgegolten, um mit Ernst Bloch zu sprechen. Nicht nur in dieser Hinsicht wurde Karl Marx schändlich missachtet.

Der 26. Mai 1952 ist wie eine Zwiebel – je weiter man sie schält, desto stärker muss man weinen. Es hat auch keinen Sinn zu fragen, ob die Zwangsaussiedlungen in das Hinterland sein mussten. Sie haben stattgefunden mit all ihren Nebenwirkungen: dem Verlust der Heimat und dem Verlust der familiären und freundschaftlichen Bindungen.

Muss man daran erinnern? Man muss! Ludwig Marcuse hat in seiner wunderbaren Studie „Der Philosoph und der Diktator“ über Platon geschrieben: „Das Erstaunliche in seinem Leben ist nicht, was er erreicht hat, sondern was er versucht hat. Das Traurige an unserer Zeit ist aber nicht, was sie nicht erreicht, sondern was sie nicht versucht.“

Ich möchte auf die Zwangsaussiedlungen zurückzukommen. Man hat damals die Menschen, die davon betroffen waren, als Geiseln genommen und Geiselnahme gilt als schweres Verbrechen. Wenn wir ganz tief in uns hineinhorchen, in unser absolutes Ich, dann wissen wir, was zu tun ist: standhalten, nicht flüchten; sich einmischen, nicht stillhalten; stark sein und nicht schwach. Das sind gute Worte, aber was braucht man, um sie umzusetzen? Zum Beispiel diese Gedenkstunde.

Auch das habe ich eingangs schon erwähnt: Dieser Ort ist gut gewählt. Wir wähen uns hier nicht mehr im Wetterwinkel der Geschichte, sondern in der Mitte eines Kontinents im Aufbruch. Und wir hoffen doch auch, gerade an dieser Stelle, dass die Wirklichkeit manchmal ist wie ein guter Western, wo das Böse am Ende bestraft wird. Der Western fand sein Happy End am 9. November 1989, als ein gewisser Herr Schabowski mehr stammelte als verkündete: Die Grenze ist ab sofort passierbar.

Es war ja bis zu diesem Moment unvorstellbar – so etwas passiert nur im Western – dass wir über diese Brücke hier in unmittelbarer Nähe am 19. November nach Hötensleben gehen würden. Was heißt gehen? Wir schwebten in Hötensleben ein, ohne den Boden unter unseren Füßen zu verlieren, denn dazu war er zu kostbar!

Natürlich bleibt die Frage: Wie konnte es zur Überwindung, ja zur Auflösung der innerdeutschen Grenze kommen? Eine Frage, über die bis heute noch am Stammtisch genauso leidenschaftlich gestritten wird wie unter Historikern. Denn die eine, die letztlich schlüssige Antwort, die gibt es nicht. Nur eines steht fest: Der Widerstand ging von Menschen in der DDR aus und wir in den alten Bundesländern tun gut daran, von diesem Verdienst nichts abhaben zu wollen.

Als ich 1970 nach Schöningen kam, da stand die Grenzmauer in Hötensleben noch nicht. Die Grenze war durch Stacheldraht und Zäune gesichert. Die Mauer wurde – wie wir alle wissen – erst nach 1976 errichtet. Doch es waren im übertragenden Sinne Risse in der Grenze sichtbar. Denn kein Land kann ewig so vorgehen wie jener Angelus Novus von Paul Klee: Mit dem Rücken zur Zukunft und den Blick auf die Trümmer der Vergangenheit, denn Hötensleben wird bewohnt von Menschen, die ihre Freiheit nicht bloß aushalten, sondern sich daran erfreuen. Und die Menschen in Hötensleben stehen für uns alle.

Wie wird es weitergehen? Das einzige Instrument, die Zukunft zu gestalten und die Welt zu verändern, ist die Vernunft. Der Geist der Aufklärung stirbt nicht. Das ist die Hoffnung. Und zum Gedenken an die Opfer, die das Grenzregime der DDR gefordert hat, schließe ich mit dem Satz: Gott will, dass wir vergeben. Aber da hat er uns an einer empfindlichen Stelle getroffen. Wir vergeben gern, doch hin und wieder haben wir die Erfahrung gemacht, dass es dafür Grenzen gibt.

Anmerkungen

- 1 Brecht, Bertolt: *Journals 1934 – 1955*, London 1993, S. 336
- 2 Walther, Achim: *Die eisige Naht. Die innerdeutsche Grenze bei Hötensleben, Offleben und Schöningen 1952 – 1990*, Halle 2010.

„Kalter Krieg“ im Sport zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Olympischen Spiele 1968

Berno Bahro

Politik und Sport

Während sich in der Bundesrepublik nach dem Kriegsende ein freies Vereinswesen etablierte, das Autonomie und politische Neutralität zu seinen Grundsätzen zählte, sollte nach dem Willen der Sozialistischen Einheitspartei in der DDR der Sport niemals ohne Politik gedacht werden.¹ Erich Honecker hatte den Sport bereits 1948 „nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck“ genannt.² In diesem Sinne wurde im Osten von Anfang an auf Lenkung und politische Kontrolle des Sports nach sowjetischem Vorbild gesetzt und schon im März 1951 erstmals eine Fokussierung auf den Leistungssport beschlossen: Deutsche Bestleistungen sollten ermöglicht und der Anschluss an die internationale Spitzenklasse erreicht werden.³

Obwohl das Sportverständnis in der DDR eher auf Egalität und Kollektivismus basierte, zog diese Forderung eine Reihe von Reformen nach sich, die zu einer herausgehobenen Stellung des Leistungssports führten und den Grundstein für eine erstaunliche Entwicklung legten.⁴ Dieser Fokus verstärkte sich mit der deutschlandpolitischen Wende zur „Zwei-Staaten-Theorie“ ab 1955. Über sportliche Höchstleistungen sollten einerseits ein DDR-Nationalgefühl erzeugt,⁵ andererseits außenpolitische Zielsetzungen verfolgt werden. Es galt, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der die DDR außenpolitisch einschränkte, im kulturellen und insbesondere im sportlichen Bereich zu unterlaufen.⁶ So deklarierte Walter Ulbricht in seiner Rede auf der III. Sportkonferenz in Karl-Marx-Stadt 1955 den Sport offiziell als Feld der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus: Es sollte „... die Überlegenheit der Deutschen Demokratischen Republik, die unser gesellschaftliches System bereits bewiesen hat, auch auf dem Gebiet der Ökonomik, der kulturellen Entwicklung, des Sports usw. zu beweisen.“⁷ Der Sport wurde damit zu einem Aushängeschild für die Leistungsfähigkeit der gesamten Gesellschaft erklärt. Die Sportler sollten als „Diplomaten im Trainingsanzug“ sportliche Erfolge erringen, die dann zu nationalen Taten umgedeutet wur-

den.⁸ Für die Bundesregierung dagegen sollte auch im Sport nichts darauf hindeuten, als würde man die DDR als eigenständigen Staat anerkennen. Entsprechend der seit 1955 geltenden „Hallstein-Doktrin“ bestand man auf dem Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen und versuchte die DDR außenpolitisch zu isolieren. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen durch Drittstaaten mit der DDR wurde deshalb als „unfreundlicher Akt“ eingestuft. Diese Haltung wirkte sich auch auf den internationalen Sportverkehr aus.

Das Ringen um Aufnahme in die olympische Familie

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) der Bundesrepublik hatte sich nach Kriegsende als NOK für Deutschland wiedergegründet. Vor allem Karl Ritter v. Halt, seit 1929 IOC-Mitglied, bereitete mit seinen Kontakten die Anerkennung durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) 1951 vor.⁹ Seinem Argument, dass es in jedem Land nur ein NOK geben könne und als ein solches betrachtete er das geteilte Deutschland, folgte das IOC und versagte dem ostdeutschen Pendant die gleichberechtigte Aufnahme. Um eine Teilnahme der DDR an den Spielen 1952 zu ermöglichen, trafen sich Vertreter aus Ost und West mit dem IOC am 22. April 1951 in Lausanne. IOC-Vizepräsident Avery Brundage stellte den beiden Vertretungen dabei zwei Fragen: „1. Sind Sie Deutsche? 2. Wünschen und erwarten Sie ein wiedervereinigtes Deutschland?“¹⁰ Da die Fragen von beiden Seiten bejaht wurden, erhielt das bereits anerkannte NOK der Bundesrepublik die Verantwortlichkeit für die Aufstellung der deutschen Olympiamannschaft. Mit der Zustimmung zur Lausanner Vereinbarung und der damit verbundenen Anerkennung der westdeutschen Führung in olympischen Fragen hatten die DDR-Vertreter ihren Verhandlungsspielraum jedoch deutlich überschritten. Die Rücknahme brüskierte das IOC und führte dazu, dass die DDR den Spielen von Helsinki fern bleiben musste.¹¹ So nahmen nur Athleten aus der Bundesrepublik und das provisorische Team des Saarlandes teil.

Gemeinsame Olympiamannschaften 1956 bis 1964

Die deutsche Frage sollte das IOC noch viele Jahre beschäftigen und ging als „Querelle d’Allemagne“ in die Sportgeschichte ein.¹² Die provisorische Anerkennung des NOK der DDR 1955 erfolgte unter der Bedingung, dass nur eine deutsche Mannschaft an den Spielen teilnimmt. Von 1956 bis 1964 traten damit Bundesrepublik und DDR in gemeinsamen Olympiamannschaften an. Für die Aufstellung waren beide NOKs zuständig

und Auseinandersetzungen quasi vorprogrammiert. In Verhandlungen einigte man sich auf die schwarz-rot-goldene Flagge und im Falle eines Sieges auf das Abspielen der „Ode an die Freude“ anstatt der Hymnen. Den offiziellen Repräsentanten der Mannschaft, den Chef de Mission, und auch den Fahnenträger sollte die Seite bestimmen, die den größten Anteil der Sportler stellte. Damit schien der Rahmen für künftige gemeinsame Mannschaften abgesteckt. Die streng nach dem Leistungsprinzip aufgestellte Mannschaft setzte sich 1956 in Cortina d'Ampezzo aus 51 Sportlern aus dem Westen und 12 aus dem Osten zusammen.¹³ Bei den Sommerspielen in Melbourne standen 148 Athleten aus der Bundesrepublik 40 aus der DDR gegenüber.¹⁴ Das Leistungsgefälle war deutlich. An diesem Punkt setzte die weitere Sportförderung der DDR an: Man strebte mit einer breiten Förderstrategie, die besonders Mannschaftssportarten bedachte, nach einem Übergewicht in den gemeinsamen Mannschaften.

Nicht nur die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die politischen Blöcke verhinderte eine Normalisierung der sportlichen Beziehungen. Während das DDR-NOK seine Bemühungen um eine vollständige olympische Anerkennung forcierte, versuchten die Sportfunktionäre der Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch in den internationalen Organisationen zu festigen. Wiederholte Republikfluchten von DDR-Funktionären und Sportlern belasteten das Klima zusätzlich. Trotz der vielfältigen Interessenkonflikte gelang es dem inzwischen zum IOC-Präsidenten gewählten Brundage, den Modus gemeinsamer Olympiamannschaften beizubehalten. Ein neues Konfliktfeld entstand, als der DDR-Ministerrat zum 10jährigen Jubiläum der Staatsgründung 1959 eine eigene Staatsflagge beschloss. Den Vorschlag, dass jede Seite ihre eigenen Symbole zeigen sollte, wies der Westen erwartungsgemäß zurück. Hammer, Zirkel und Ährenkranz wurden von der Bonner Regierung und den westdeutschen Sportfunktionären als Symbole der Spaltung abgelehnt. Die Kompromisslösung bestand letztlich darin, unter schwarz-rot-goldener Flagge mit den olympischen Ringen einzumarschieren.

Die Olympiamannschaft in Rom setzte sich nach umkämpften Ausscheidungswettbewerben und zähen Nominierungsverhandlungen aus 197 Sportlern der Bundesrepublik und 119 DDR-Athleten zusammen.¹⁵ Auch wenn die DDR aufgeholt hatte, behielt der bundesdeutsche Sport die Oberhand.

In den vier Jahren bis zu den Spielen 1964 in Innsbruck und Tokio sollte sich der Ost-West-Gegensatz erheblich verschärfen. So hatte der Bundesgerichtshof den DTSB wegen seiner West-Agitation zu einer verfassungsfeindlichen Organisation erklärt. Mit

dem Mauerbau am 13. August 1961 erreichte die Politik der Abgrenzung einen neuen Höhenpunkt, auf den der Deutsche Sportbund und das NOK der Bundesrepublik mit dem Abbruch der innerdeutschen Sportbeziehungen reagierten.¹⁶ Damit blieben die Gespräche über die gemeinsamen Olympiamannschaften die einzigen Berührungspunkte für die Sportfunktionäre in beiden deutschen Staaten. Ein Verbot des Bundesinnenministeriums, die DDR-Staatssymbole in der Bundesrepublik zu zeigen, spitzte den Flaggenstreit weiter zu und erschwerte die Verhandlungen zusätzlich.¹⁷ Die westdeutschen Sportvertreter sahen sich zudem vor die Herausforderung gestellt, ein Hissen der DDR-Flagge bei internationalen Sportwettkämpfen zu verhindern. Mit steigendem Erfolg der DDR-Athleten wurde dies immer öfter zum Problem und führte sogar zur Weigerung der bundesdeutschen Mannschaft, bei der Eishockey-WM in Genf 1961 gegen die DDR anzutreten.¹⁸ Das NOK der DDR setzte unterdessen konsequent seine Bemühungen um eine volle Anerkennung durch das IOC fort und stellte wiederholt entsprechende Anträge, während die westdeutschen Delegationen erfolgreich versuchten, diese scheitern zu lassen.

Der Anfang vom Ende der gemeinsamen Olympiamannschaften

Aufgrund der immer schärfer geführten politischen und sportpolitischen Auseinandersetzung reifte auch im IOC schließlich die Einsicht, dass gemeinsame deutsche Olympiamannschaften nicht mehr den politischen Realitäten entsprachen. So sollten letztmalig 1964 in Innsbruck und Tokio deutsch-deutsche Mannschaften einmarschieren.

Es gelang den DDR-Sportlern erstmals zu den Sommerspielen in Tokio, den Großteil der deutschen Olympiateilnehmer zu stellen. Die hitzig ausgetragenen Ausscheidungskämpfe führten zu einem knappen Übergewicht von 200 zu 176.¹⁹ Bei den Spielen selbst blieben die Athletinnen und Athleten allerdings hinter den Erwartungen zurück. Durch die kräftezehrenden Ausscheidungskämpfe hatten die meisten Sportler den Saisonhöhepunkt schon vor den olympischen Wettkämpfen überschritten. Neben dem Fahnenträger konnte die DDR erstmals auch den Chef de Mission benennen. Den Posten übernahm kein Geringerer als der DDR-Sportchef Manfred Ewald. Diesem prestigeträchtigen Teilerfolg zum Trotz konnte sich der sportliche Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zumindest bis zu den Olympischen Spielen 1964 auf ein höheres Leistungsniveau berufen (Abb. 1). Dass der westdeutsche Sport diese Führungsposi-

tion aufgrund des rasanten Entwicklungstempos des DDR-Leistungssports gefährdet sah, verdeutlichte die Aussage von DSB- und NOK-Präsident Willi Daume, der bemerkte: „Wir sind noch einmal davongekommen, die Medaillen von Tokio sind nicht die von Mexiko 1968.“²⁰

	DDR			Bundesrepublik		
	G	S	B	G	S	B
1956 Melbourne	1	4	2	5	9	5
1960 Rom	3	9	7	9	10	4
1964 Tokio	3	11	5	7	11	13

Abbildung 1: Medaillenerfolge bei Olympischen Sommerspielen 1956 – 1964

Auf der IOC-Session am 8. Oktober 1965 in Madrid wurde das bis dahin provisorische NOK der DDR vollgültig anerkannt. Der Beschluss beendete die zum allgemeinen Ärgernis gewordenen „Querelles d’Allemagne“. So kam es erstmals im französischen Grenoble anlässlich der X. Olympischen Winterspiele 1968 zu einem Aufeinandertreffen separater deutscher Olympiamannschaften, die um den Siegeslorbeer wetteiferten. Trotz dieser Entscheidung beschloss das IOC, dass die beiden Mannschaften in Grenoble und ein letztes Mal in Mexiko in bewährter Manier antreten, also hinter der schwarz-rot-goldenen Flagge mit den olympischen Ringen einmarschieren sollten. Damit gelang es der bundesdeutschen Sportführung, eines ihrer Horrorszenarien zu verhindern: die offene Verwendung der Hammer-und-Zirkel-Symbolik durch die DDR und das Abspielen der Becher-Hymne „Auferstanden aus Ruinen“.

Skandale vor und während der Spiele in Grenoble

Die sportpolitisch angespannte Lage heizte die sportliche Konkurrenz an. Von den Belastungen der Ausscheidungswettkämpfe befreit, lag der Fokus nun darauf, bei den Spielen besser abzuschneiden als die Athleten aus dem jeweils anderen deutschen Staat. Im Zuge der sportlichen Vorbereitungen reiste die Ski-Nationalmannschaft der DDR im Januar 1968 zu vorolympischen Wettkämpfen in das schweizerische Les Brasus. Unter den Athleten war auch der Klingenthaler Dynamo-Sportler Ralph Pöhlend

als ostdeutsche Medaillenhoffnung in der Nordischen Kombination.²¹ Er hatte bei Wettkämpfen im Ausland den westdeutschen Georg Thoma kennen gelernt, ebenfalls Nordischer Kombinierer und Ski-Weltmeister von 1966. Mit ihm hatte er sich unerlaubt ausgetauscht und bat ihn schließlich um Hilfe. Letztlich half Thoma aber nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Drängen des westdeutschen Ski-Verbandes. Pöhland ging ein großes Risiko ein, denn es hatten schon einige Athletinnen und Athleten vor ihm „Republikflucht“ begangen.²² Mit der Zementierung der innerdeutschen Grenze durch den Bau der Mauer 1961 waren derartige Versuche erheblich erschwert worden. Regelmäßig wurden Flüchtlinge gefasst und als Gesetzesbrecher inhaftiert. Erfolgreiche Fluchten waren für die DDR-Sportführung äußerst unangenehm und schädlich für das aufgebaute Außenbild, insbesondere wenn ehemalige Sport-Ikonen das Land verließen und sich in der neuen Heimat negativ über die DDR äußerten oder im schlimmsten Fall sogar für den Klassenfeind bei Wettkämpfen starteten.

Nachdem ein erster Fluchtversuch von Pöhland gescheitert war, weil er sich bereits im Visier der Staatssicherheit befand und keine Ausreiseerlaubnis für einen Wettkampf in Finnland erhalten hatte, stritt er bei der anschließenden Vernehmung alle Vorwürfe ab, trat in die Partei ein und verhielt sich möglichst unauffällig und angepasst. Aufgrund seiner Leistungen erhielt er trotz dieser Episode als bester Kombinierer der DDR die Nominierung für die Winterspiele 1968. Mit der Teilnahme am Wettkampf in Les Brassus sollte sich eine erneute Gelegenheit zur Flucht bieten. Nach einem harten Trainingstag, am Abend des 19. Januar, bereitete Pöhland seine Flucht vor. Nach dem Abendessen packte er seine Sachen in Koffer und vergrub diese 150 m vom Hotel entfernt im Schnee. Um sich für die eigentliche Fluchtaktion ein Alibi zu beschaffen, beschwerte er sich über sein Bett, in dem er angeblich nicht schlafen könne. Daraufhin wurde er dem Zimmer der Ski-Langläufer Gerd-Dietmar Klause, Gerhard Grimmer und Axel Lesser zugeteilt. Gegen Mitternacht schlich er sich unter dem Vorwand, keinen Schlaf zu finden und sein ursprüngliches Bett aufsuchen zu wollen aus dem Zimmer. Sein prominenter Fluchthelfer Georg Thoma, mittlerweile Betreuer im bundesdeutschen Team, erwartete ihn derweil auf dem Holzablageplatz in seinem startbereiten Porsche. Pöhland kletterte aus einem der Hotelfenster in die kalte Nachtluft, um das Fluchtauto zu erreichen. Plötzlich wurde er von Scheinwerferlicht angestrahlt und erstarrte, weil er in Panik glaubte, seine Pläne seien aufgeflogen. Doch nicht die Staatssicherheit der DDR hatte Wind von seiner Flucht bekommen, sondern der Westdeut-

sche Ski-Verband hatte das ZDF informiert, das nun mit laufender Kamera die Flucht von Pöhland verfolgte. Thoma erlöste den Flüchtenden aus seiner kurzzeitigen Starre, um ihn mitsamt der ausgegrabenen Koffer mit Vollgas in die Bundesrepublik zu fahren. Als die beiden gegen fünf Uhr morgens die Schweizer Grenze passierten, hatte im Hotel noch niemand seine Abwesenheit bemerkt. Die Flucht bedeutete einen schweren Rückschlag für die sich langsam normalisierenden innerdeutschen Sportbeziehungen und sie hatte drastische Auswirkungen auf die Zusammensetzung des DDR-Teams: Der Abwägung zwischen Medaillenchance und Fluchtgefahr fielen 38 Athleten des ursprünglich 95köpfigen Olympiakaders zum Opfer.²³ Zudem zog die Staatssicherheit der DDR das Überwachungsnetz noch enger, um die Rückkehr von international startenden Athleten „abzusichern“. Nur wer als politisch absolut zuverlässig eingestuft wurde, durfte nach Frankreich reisen.

Auch Ralph Pöhland fuhr zu den Olympischen Spielen nach Grenoble. Im Dress der bundesdeutschen Mannschaft bereitete er sich selbstbewusst auf die anstehenden Wettkämpfe vor. Vom bundesdeutschen Ski-Verband war ihm schon vor der Flucht ein Start zugesichert worden.²⁴ Ob man tatsächlich davon ausgegangen ist, diese Zusage einlösen zu können, muss offen bleiben. Verständlicherweise empfand die DDR-Mannschaftsleitung die Nominierung von Pöhland als nicht hinnehmbare Provokation und intervenierte mit Hilfe der sowjetischen Delegation. Die folgende Boykott-Aandrohung der Mannschaften des Ostblocks führte schließlich zu einer Sperre für Pöhland. Dennoch ging die Goldmedaille in der Nordischen Kombination an die Bundesrepublik: Es gewann Frank Keller, Bronze ging an Pöhlands langjährigen Trainingskameraden Andreas Kunz. Der wurde in der Folge sogar zu einem Sporthelden aufgebaut, während die DDR-Presse den republikflüchtigen Pöhland diffamierte.²⁵

	DDR			Bundesrepublik		
	G	S	B	G	S	B
1968 Grenoble	1	2	2	2	2	3
1972 Sapporo	4	3	7	3	1	1

Abbildung 2: Medaillenerfolge bei Winterspielen 1968 und 1972²⁶

Den innerdeutschen Medaillenvergleich entschied letztlich die Bundesrepublik für sich (Abb. 2). Dies lag nicht zuletzt am skandalträchtigen Ausgang des Rodelwettbewerbes der Damen.²⁷ Die DDR-Sportlerinnen Ortrun Enderlein und Anna-Maria Müller hatten den ersten und zweiten Platz belegt, wurden jedoch nach einem Einspruch der italienischen Mannschaftsleitung zusammen mit ihrer viertplatzierten Mannschaftskameradin Angela Knösel disqualifiziert. Den Athletinnen wurde vorgeworfen, die Kufen ihrer Schlitten vor dem Rennen erhitzt zu haben. Dies war vier Jahre zuvor noch erlaubt, inzwischen aber durch eine Regeländerung verboten worden. Obwohl der technische Delegierte die Kufen vor dem Start überprüft und die Schlitten freigegeben hatte, schloss sich die Jury dem Protest an. Daran änderte auch eine eidesstattliche Erklärung von Ortrun Enderlein nichts. Von der zweifelhaften Entscheidung profitierte nicht nur die zur Olympiasiegerin erklärte Erica Lechner (ITA), sondern ausgerechnet die beiden bundesdeutschen Rodelerinnen Christa Schmuck und Angelika Dünhaupt, die auf den Silber- und Bronzerang vorrückten, was letztlich dazu führte, dass die Bundesrepublik in der Medaillenwertung vor der DDR landete. Während der Westen von einem Olympia-Skandal sprach und die Bild-Zeitung forderte: „Werft jetzt alle Zonen-Rodler aus dem Rennen!“²⁸, sprach die DDR-Sportführung von einer westdeutschen Verschwörung. Die ohnehin abgekühlten Sportbeziehungen beider deutscher Staaten erreichten damit einen weiteren Tiefpunkt.

In der Höhe von Mexiko – zweiter Teil der olympischen Auseinandersetzung 1968

Durch die Möglichkeit, mit eigener Mannschaft anzutreten, verschoben sich für die DDR-Sportführung die Prioritäten, was einen massiven Strukturwandel im DDR-Leistungssport nach sich zog, unter anderem die ab 1969 beschlossene Fokussierung auf medaillenintensive Sportarten. Fortan galt es, nicht mehr so viele Athletinnen und Athleten wie möglich zu nominieren, sondern mehr Medaillen als der Klassenfeind zu erringen. Diesen sportlichen „Kampfauftrag“ sollte in Mexiko eine 250köpfige DDR-Olympiamannschaft erfüllen. Das sportliche Wettrüsten wurde dabei im Osten begleitet von einem zunehmenden Fokus auf die politisch-ideologische Erziehung und Vorbereitung der Athleten. Sie sollten optimal für die Auseinandersetzung mit dem „Klassenfeind“ präpariert werden, vor allem eine öffentliche Abgrenzung demonstrieren und jede Form von Kontakt vermeiden, die als Verbrüderung hätte interpretiert werden können. Dass ein Verstoß gegen die verordnete Abgrenzung von den Athleten der Bundesrepublik Konsequenzen nach sich zog, musste der Potsdamer Zehnkämpfer Herbert Wessel

erfahren. Er hatte dem für die Bundesrepublik startenden, späteren Bronzemedailengewinner Kurt Bendlin während einer Besichtigung der Wettkampfstätten im Stadion in einem unbedachten Moment die Hand gegeben, was von der Presse bemerkt und festgehalten worden war. Dies brachte ihm eine Audienz beim Mannschaftsleiter Manfred Ewald ein, der ihn gehörig zurechtwies.²⁹

Die sportlichen Erfolge der DDR bei den Olympischen Spielen 1968 sorgten in der Bundesrepublik für Aufsehen. War es in Grenoble nur denkbar knapp gelungen, die Führungsposition zu behaupten, zeigten sich die DDR-Sportler in Mexiko deutlich überlegen. Sie errangen den fünften Platz in der inoffiziellen Medaillenwertung und lagen vor der Bundesrepublik, die Rang acht erreichte (Abb. 3). Konnte sich die Bundesrepublik auch auf vielen Gebieten, wie der Wirtschaft, der politischen Legitimation und des Konsumangebotes, überlegen fühlen, so zeigte sich mit den Olympischen Winter- und Sommerspielen 1968, dass die DDR in der Loipe wie auch auf der Aschenbahn nicht nur auf Tuchfühlung ging, sondern in der Gesamtschau des Medaillenspiegels sogar die Führung übernahm.

	DDR			Bundesrepublik		
	G	S	B	G	S	B
1968 Mexiko	9	9	7	5	11	10
1972 München	20	23	23	13	11	16
1976 Montreal	40	25	25	10	12	17

Abbildung 3: Medaillenerfolge bei Sommerspielen 1968 – 1976³⁰

Ausblick

Die sportlichen Rückschläge setzten die bundesdeutsche Sportführung unter Druck. Längst sah man sich gezwungen, den vom Osten propagierten Wettstreit der Systeme in Form des leistungssportlichen Vergleichs anzunehmen und trachtete vor allem danach, bei den Spielen 1972 im eigenen Land die DDR-Athletinnen und Athleten wieder auf Distanz zu halten. Die eingeleiteten Reformen in der Bundesrepublik konnten jedoch nicht mit dem Entwicklungstempo des mit massiven staatlichen Mitteln geförderten DDR-Leistungssportsystems mithalten. In Grenoble sollte die Bundesrepublik

letztmalig im olympischen Medaillenspiegel vor der DDR gelegen haben, um bei den Spielen in Mexiko erstmals überholt und in der Folge immer deutlicher übertrumpft zu werden (Abb. 3).

Mit der vollgültigen Anerkennung des NOK der DDR durch das IOC musste sich die bundesdeutsche Sportführung ebenso wie die Bundesregierung abfinden. Der bisher eisern vertretene Alleinvertretungsanspruch und das Bemühen, die DDR-Symbolik bei internationalen Sportveranstaltungen zu unterdrücken ließen sich ebenso wenig aufrecht erhalten wie es gelang, die staatliche Anerkennung der DDR zu verhindern. Den mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln geführten Kalten Krieg im Sport hat das DDR-Leistungssportsystem für sich entschieden, was ein Scheitern des repressiven politischen Systems jedoch letztlich nicht verhindern konnte.

Anmerkungen

- 1 Zur Nachkriegsentwicklung des DDR-Sports: Teichler, Hans Joachim: Die SED und der Sport. In: Teichler, Hans Joachim (Hg.): Die Sportbeschlüsse des Politbüros. Eine Studie zum Verhältnis von SED und Sport mit einem Gesamtverzeichnis und einer Dokumentation ausgewählter Beschlüsse, Köln 2002.
- 2 Braun, Jutta / Teichler, Hans Joachim: „Noch ist Deutschland nicht verloren“. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen. In: Leipzig, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum (Hg.): drüben. Deutsche Blickwechsel, Leipzig 2006, S. 97.
- 3 Pieck, Wilhelm / Grotewohl, Otto / Ulbricht, Walter: Über Körperkultur und Sport, Berlin 1951, S. 158.
- 4 Vgl. Balbier, Uta Andrea: Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte, Paderborn u. a. 2007, S. 29, 60.
- 5 Vgl. Ihmels, Karl: Sport und Spaltung in der Politik der SED, Köln 1965, S. 62 – 64.
- 6 Vgl. Geyer, Martin H., Der Kampf um nationale Repräsentation. Die Deutsch-deutsche Sportbeziehung und die „Hallstein-Doktrin“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1996, S. 55 – 86.
- 7 Zit. nach Balbier 2007, S. 30.
- 8 Vgl. Holzweißig, Gunter: Diplomatie im Trainingsanzug. Sport als politisches Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen, München u. a. 1981, S. 3 – 4.
- 9 Hintergründe bei Balbier 2007, S. 74 – 87
- 10 Kluge, Volker: Olympische Sommerspiele. Die Chronik II: London 1948 – Tokio 1964, Berlin 1998, S. 172.
- 11 Vgl. Balbier 2007, S. 76 – 79.

- 12 Vgl. Kluge 1998, S. 287.
- 13 Kluge, Volker: Winter-Olympia kompakt. Daten, Fakten, Hintergründe der Olympischen Winterspiele von 1924–1992, Berlin 1992, S. 155.
- 14 Balbier, Uta Andrea: Kameraden, Rivalen, Boykotteure – Deutsche Olympioniken im Kalten Krieg. In: Deutschland, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik (Hg.): Wir gegen uns – Sport im geteilten Deutschland, Darmstadt 2009, S. 64.
- 15 Ebenda.
- 16 Vgl. Balbier 2007, S. 120–121.
- 17 Zum Flaggenstreit ebd., S. 83–87.
- 18 Ebenda, S. 160.
- 19 Balbier: Kameraden, Rivalen, Boykotteure, in: Deutschland (Hg.): 2009, S. 64.
- 20 Zit. nach: Der Spiegel 45/1964 (04. 11. 1964), S. 133.
- 21 Zur Flucht von Pöhland vgl. Braun, Jutta / Barsuhn, Michael, Flucht zum Freund, in: Tagesspiegel 24.02.2008; daneben das Interview mit Ralph Pöhland, online unter https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/Af2w_jQ0UU [Stand vom 01.09.2018].
- 22 Braun, Jutta / Wiese, René / Soria, Laura: ZOV Sportverräter. Spitzenathleten auf der Flucht, Berlin 2011, S. 73.
- 23 Braun / Barsuhn: Flucht zum Freund, in: Tagesspiegel 24.02.2008
- 24 Interview mit Ralph Pöhland, online unter https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/Af2w_jQ0UU [Stand vom 01.09.2018].
- 25 Zum Umgang mit Republikflüchtlingen vgl. u.a. Braun, Jutta: Republikflucht im Sport: Merkmale und Forschungsfragen. In: Krüger, Arnd / Wedemeyer-Kolwe, Bernd (Hg.): Vergessen, Verdrängt, Abgelehnt – Zur Geschichte der Ausgrenzung im Sport. Tagungsbericht der 10. Hoyaer Tagung zur Sportgeschichte vom 10. bis 12. Oktober 2008, Berlin 2009 sowie Braun / Wiese / Soria 2011, S. 79.
- 26 Nach Kluge 1992, S. 246, 280.
- 27 Zum so genannten Kufenskandal u. a. Ebd., S. 252.
- 28 Bild-Zeitung, 14.02.1986.
- 29 Auskunft Herbert Wessel, 23.2.2018.
- 30 Vgl. Kluge, Volker: Olympische Sommerspiele. Die Chronik III: Mexiko-Stadt 1968 – Los Angeles 1984, Berlin 2000, S. 152, 369, 588.

Das Denkmal für Zivilcourage in der Lutherstadt Wittenberg zur Erinnerung an die Schmiedeaktion „Schwerter zu Pflugscharen“ im Jahre 1983

Wolfgang Kristof

Erster Ausgangspunkt: 500 Jahre Reformationsjubiläum

Im vergangenen Jahr 2017 wurde das 500-jährige Jubiläum der Reformation begangen, welche an der Schwelle des ausgehenden Mittelalters zur Neuzeit von der Residenzstadt Wittenberg im damaligen Kurfürstentum Sachsen durch das Wirken Martin Luthers ihren Ausgang nahm. Möglich wurde dies insbesondere durch das mutige Eintreten Martin Luthers für seine Überzeugungen sowie durch die schützende Hand, welche sein damaliger Landesherr, Kurfürst Friedrich der Weise, über ihn hielt.

So veröffentlichte Martin Luther im Oktober 1517 in Wittenberg die berühmten 95 Thesen zur Reformation der Kirche. Seine reformatorischen Erkenntnisse und Überzeugungen formulierte er unter anderem in einer seiner zentralen und berühmtesten Schriften „Von der Freiheit eines Christenmenschen“. Dort heißt es unter anderem: „Der Mensch ist ein freier Herr über alle Dinge“ und weiter: „Der Mensch ist zugleich ein dienstbarer Knecht aller Dinge.“ Bei Luther bedeutet die Freiheit nicht ungebändigte Selbstverwirklichung, sondern Verantwortung für die Menschen. Freiheit verwirklicht sich in sozialer Verantwortung, im Einsatz für das Gemeinwohl. Reformation heißt Wiederentdeckung der christlichen Freiheit.

Zweiter Ausgangspunkt: 100 Jahre Gründungsjubiläum Lions Clubs International

Das Jahr 2017 steht zugleich für ein weiteres Jubiläum, nämlich für die 100-jährige Wiederkehr der Gründung einer durch Mitgliederzahl und weltweites Wirken bedeutenden humanitären Nichtregierungsorganisation, dem Lions Clubs International, der durch den Geschäftsmann aus Chicago, Melvin Jones, 1917 gegründet wurde. „Was wäre“, fragte er, „wenn diese Männer“ – gemeint sind Chicagoer Geschäftsleute – „die aufgrund ihres Ehrgeizes, ihrer Intelligenz und ihrer Ambitionen so erfolgreich sind, ihr Talent zum Wohle ihrer Gemeinden einsetzen würden“?



Das Denkmal für Zivilcourage im Innenhof des Lutherhauses in Wittenberg

Auf seine Einladung hin trafen sich Delegierte verschiedener Herrenclubs in Chicago, um den Grundstein für eine derartige Organisation zu legen und am 7. Juni 1917 wurde Lions Clubs International ins Leben gerufen. „We Serve“, das damals gekürte und heute noch gültige Leitmotiv, steht für uneigennütziges Eintreten für das Gemeinwohl, für Freiheit des Denkens und Verständigung der Völker.

Hier wird eine sich über vier Jahrhunderte erstreckende thematische Verbindungslinie zwischen den Vorstellungen Martin Luthers im ausgehenden Mittelalter und dem Leitmotiv einer Nichtregierungsorganisation der heutigen Zeit, dem Lions Clubs International, erkennbar. Die verbindenden Elemente sind das selbstlose Engagement und der Mut zum Eintreten für die eigene Überzeugung. Zusammenfassend kann man von Zivilcourage sprechen, von der Ermutigung zum aufrechten Gang.

Dritter Ausgangspunkt: Symbolische Schmiedeaktion in Wittenberg am 24. September 1983

Ein weiterer Fixpunkt ist die symbolische Schmiedeaktion „Schwerter zu Pflugscharen“ am 24. September 1983 im Innenhof des Lutherhauses in Wittenberg. Der historische Hintergrund für dieses Ereignis war die Formierung der Friedensbewegungen zu Beginn der Achtzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts in beiden Teilen des damals geteilten Deutschlands. Während die Teilnahme an dieser oppositionellen Bewegung im Westteil Deutschlands im Hinblick auf die existierenden freiheitlich-demokratischen Rahmenbedingungen ohne Inkaufnahme wesentlicher nachteiliger Auswirkungen möglich war, konnte davon im Ostteil nicht die Rede sein.

Die Mitglieder der Bewegung in der DDR wählten als äußeres Erkennungszeichen einen Textil-Aufnäher mit der symbolischen Darstellung der Skulptur „Schwerter zu Pflugscharen“ des russischen Künstlers Jewgeni Wutschetitsch. Sie wurde 1957 von der UdSSR als seinerzeitigem „Bruderstaat“ der DDR den Vereinten Nationen geschenkt und befindet sich seitdem an deren Sitz in New York. Die Wahl dieses Erkennungszeichens verstärkte die Überzeugung der Staatssicherheit der DDR, dass es sich hierbei um eine kritische und für das Regime potentiell gefährliche Gruppierung handele und dass gegen sie deshalb mit Unterdrückungsmaßnahmen vorzugehen wäre.

In Folge führte das Tragen dieses Aufnäher zu Verfolgungen durch die Staatsorgane und die Träger wurden gezwungen, diesen zu entfernen. Es wurde mit Schul- oder Universitätsverweis und Aussperrung aus dem Betrieb gedroht. Die Synode der evange-

lischen Landeskirche Sachsens schrieb 1982 in einem Brief an ihre Junge Gemeinde: „Wir müssen Euch aber sagen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Euch vor den Konsequenzen, die das Tragen des Aufnehmers jetzt mit sich bringen kann, zu schützen.“

Im Sinne eines intelligent praktizierten, passiven Widerstandes gegen die staatliche Repression entfernten hierauf viele Jugendliche die beanstandeten Aufnehmer durch Herausschneiden aus dem Kleidungsstück. Damit war der staatlichen Forderung formal Genüge getan, der symbolische Erkennungswert hatte sich jedoch durch die unmittelbar und plakativ erkennbare Nichtexistenz des Aufnehmers im Kleidungsstück noch weiter verstärkt und somit das staatliche Agieren ins Leere laufen lassen.

Vor diesem Hintergrund ist die von dem Wittenberger Pfarrer und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer initiierte, vom Kunstschmied Stefan Nau durchgeführte und mit aktiver Unterstützung durch mehrere hundert Teilnehmer am 24. September 1983 im Innenhof des historischen Lutherhauses wirkungsvoll verstärkte Umschmiedeaktion eines Schwertes zu einer Pflugschar als wirkmächtige Antwort gegenüber der Staatsmacht zu werten.

Möglich war dies nur unter geschickter Ausnutzung der schützenden Präsenz westlicher Medien anlässlich des zugleich stattfindenden Kirchentages zum 500. Geburtstag Martin Luthers, bei welchem der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin und spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Wittenberg als Gast anwesend war. Vor diesem Hintergrund nahm die Staatssicherheit von einem unmittelbaren Zugriff auf die Teilnehmer der Veranstaltung Abstand.

In der zeitlichen Rückschau ist die Umschmiedeaktion als ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zu einer Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR zu werten. Bekanntlich mündete die von den Kirchen und von wachsenden Teilen der Zivilgesellschaft getragene Initiative durch ihr aktives Eintreten für bürgerliche und kulturelle Belange in die friedliche Revolution und steht damit in direktem Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1989. Das Ereignis vom 24. September 1983 in Wittenberg mit zweifelsfrei historischer Dimension fand in der Folge bislang keinen adäquaten Ort der Erinnerung.

Das Projekt: Zeichensetzung für Zivilcourage in Wittenberg im März 2017

Im gemeinsamen Bestreben, die zuvor geschilderten Ereignisse in Wittenberg in ihrer Gesamtheit übergreifend zu thematisieren und damit zugleich einen in Gegenwart und



Einweihung des Denkmals am 17. März 2017

Zukunft reichenden Orientierungspunkt herzustellen, setzten sich die Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt und der Lions Club Wittenberg für das doppelte Jubiläumsjahr 2017 das faszinierende Ziel, eine dauerhafte Zeichensetzung und Würdigung vorzunehmen. Das Ergebnis dieses Findungsprozesses ist das heute an der Stätte des Weltkulturerbes im Innenhof des Lutherhauses befindliche, vom Hallenser Künstler Michael Krenz geschaffene „Denkmal für Zivilcourage“.

Es handelt sich hierbei um eine zwei Meter breite und mehr als drei Meter hohe Installation aus Cortenstahl. Diese nimmt vordergründig unmittelbaren Bezug auf die Schmiedeaktion vom September 1983 und verweist hintergründig in künstlerischer Formensprache auf die erwähnte staatliche Unterdrückung der Friedensbewegung. Damit wird sie zur Zeichensetzung mutigen bürgerschaftlichen Engagements, welches zugleich das Bindeglied darstellt zu Martin Luthers unerschrockenen reformatorischen Bemühungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Bei genauer Betrachtung sind in der drei Zentimeter dicken Stahlplatte Schwert, Schmiedehammer und sämtliche Einzelteile von Ausrüstungsgegenständen einer Schmiedewerkstatt dargestellt. Diese Gegenstände werden in Erinnerung an die seinerzeit zwangsweise ausgeschnittenen Aufnä-



Erläuterungen am Denkmalsockel

her an den Kleidungsstücken symbolisch als Leerstellen im Negativformat dargestellt. Die zugehörigen Positivformen lassen bei gedanklichem Zusammenfügen ein dreidimensionales Modell der Werkzeuge einer Schmiedewerkstatt erstehen. Letzteres wird plastisch ersichtlich und nachprüfbar anhand eines Miniaturmodells, welches vor Ort als Bausatz erhältlich ist.

Die feierliche Einweihung des Denkmals für Zivilcourage fand statt am 5. März 2017 in Anwesenheit des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Rainer Haseloff, des Künstlers Michael Krenz, der Repräsentanten der Kunsthochschule Burg Giebichenstein, Friedrich Schorlemmers und zahlreicher interessierter Besucher. Gäste der Veranstaltung waren außerdem die Repräsentanten und Förderer der internationalen Lions Organisation, durch deren finanzielle Unterstützung dieses Projekt ermöglicht wurde sowie Zeitzeugen der Wittenberger Umschmiedeaktion.

Nach Ablauf des Reformationsjahres 2017, in dem zehntausende Besucher Wittenbergs im Rahmen einer Besichtigung der Weltkulturerbe-Stätten auch vom Denkmal für Zivilcourage Notiz genommen haben, hat sich bei den Projektinitiatoren Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt und Lions Club Lutherstadt Wittenberg der Eindruck

verfestigt, dass der Versuch gelungen ist, den bislang weitgehend reformatorisch-historisch definierten Charakter der Wittenberger Lutherstätten um eine Komponente mit hochaktuellem gesellschaftlichem Bezug zu erweitern.

Ein weiterer, zunächst nicht ins Auge gefasster Aspekt ist, dass gerade viele ältere Besucher aus den neuen Bundesländern dieses Denkmal als ein Identifikationsobjekt wahrnehmen im Sinne eines positiv bewerteten und entsprechend honorierten Beitrags der Bürger Ostdeutschlands zur Wiedervereinigung.

Damit verbunden ist die Hoffnung der Initiatoren, dass die Beschäftigung mit dem Denkmal, dessen Zweck und Intention sich dem Betrachter bewusst nicht von selbst und ohne eigene Anstrengung erschließen, bei möglichst vielen Menschen Denkanstöße setzt zur kritischen Einordnung und Orientierung der eigenen Person im Hinblick auf die elementaren Prinzipien eines menschlichen und verantwortungsbewussten Verhaltens in einer zunehmend disruptiven Gesellschaft.



Staatspräsident Lukašenko sowie die Bundespräsidenten Steinmeier und Van der Bellen (letzterer am Mikrofon) während der gemeinsamen Eröffnungsveranstaltung im Wald von Blagovščina

Das „Auschwitz von Belarusland“ – ein vergessener Ort?

Zur Einweihung der Gedenkstätte Trostenec bei Minsk am 29. Juni 2018

Kai Langer

„Der Schritt wird schwerer und schwerer, je näher man diesem Ort kommt. Das Wissen um das, was an diesem Ort geschehen ist, das wird hier zur tonnenschweren Last.“¹

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
in der Gedenkstätte Trostenec, 29. Juni 2018

Am 29. Juni 2018 wurde unweit der belarussischen Hauptstadt Minsk der zweite Abschnitt des vier Jahre zuvor baulich in Angriff genommenen Memorialkomplexes Trostenec eingeweiht. Die feierliche Zeremonie fand unter großer internationaler Anteilnahme statt. Neben dem gastgebenden Staatspräsidenten von Belarus, Alexandr Lukašenko, sprachen auch die Bundespräsidenten Deutschlands und Österreichs,

Frank Walther Steinmeier und Alexander Van der Bellen, sowie Repräsentanten staatlicher Institutionen Polens und Tschechiens.

Während des deutschen Eroberungsfeldzuges gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945 hatte Belarus² in besonderem Maße unter der deutschen Kriegsführung und Besatzung zu leiden. Deutsche Truppen richteten hier verheerende materielle Zerstörungen an, denen sämtliche Städte des Landes und 628 Dörfer zum Opfer fielen. Darüber hinaus wurden ca. 25 Prozent (!) der Bevölkerung, darunter fast die gesamte jüdische vernichtet. 400.000 belarussische Bürgerinnen und Bürger wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich deportiert.³

Die von dem belarussischen Architekten Leonid Lewin⁴ konzipierte und auch mit deutscher Unterstützung⁵ entstandene Gedenkstätte erinnert an mindestens 60.000 Menschen, die im Kiefernwald von Blagovščina nahe des Dorfes Malyj Trosteneč ermordet, verbrannt und in Aschegräbern verscharrt wurden. Bei den Opfern handelte es sich vor allem um deutsche, österreichische, tschechische und belarussische Jüdinnen und Juden, aber auch um sowjetische Partisanen, Kriegsgefangene und Zivilisten.

Nach dem Krieg diente das Gebiet der nach derzeitigem Kenntnisstand größten NS-Vernichtungsstätte auf sowjetischem Boden zeitweilig als militärisches Übungsgelände. Mit der Zeit gerieten die Massengräber in Vergessenheit, wurden von Bäumen überwuchert und Teil des Waldes. Anfang der 1990er Jahre verwandelte sich das Gelände unter den Augen einer damals noch untätigen Stadtverwaltung gar in eine Müllhalde.⁶

Ganz wie zu Sowjetzeiten und im heutigen Russland standen der „Sieg über den Faschismus“ und die Heldentaten während des „Großen Vaterländischen Krieges“ über lange Zeit im Zentrum der belarussischen Erinnerungskultur. Die Folgewirkungen des Antisemitismus in der späten Stalinzeit waren auch hier der maßgebliche Grund dafür, dass die Opfer der Shoa allenfalls beiläufig berücksichtigt wurden. Zwar wurden „friedliche sowjetische Bürger“ offiziell zu den Kriegsoptionen gezählt, Jüdinnen und Juden als solche fanden aber keinerlei Erwähnung. Vor diesem Hintergrund bezeichnet der Historiker Thomas Bohn, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen, die Errichtung der Gedenkstätte Trosteneč als „historische Zäsur“ und „Revolution“ in der belarussischen Geschichtspolitik.⁷

Dass sich ausgerechnet das autoritär regierte Belarus, das als „letzte Diktatur Europas“ gilt und wegen Menschenrechtsverstößen bis vor kurzem noch mit EU-Sanktionen be-



Bei den Namensschildern an den Bäumen im Wald von Blagovščina handelt es sich um eine Aktion der IM-MER-Initiative, gegründet 2010 in Wien von Waltraud Barton, zur Erinnerung an die österreichischen Juden. Blagovščina ist der Ort mit den meisten, etwa 13.500 in der Nazizeit ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden.

legt wurde, diesem Tabuthema stellt, ist tatsächlich bemerkenswert. Internationale Beobachter werten dies auch als politischen Versuch Lukašenkos, sein Land in Richtung Westen zu öffnen, um nicht völlig abhängig von Russland zu sein.⁸

Während „Auschwitz“ zumindest im Westen geradezu als Sinnbild der Shoa gilt und die Vernichtungslager in Belzec, Chelmno (Kulmhof), Majdanek, Sobibór und Treblinka zum erweiterten kollektiven Gedächtnis zählen, ist der Ortsname Trostenec bis heute nur wenigen Experten ein Begriff. Neben den erwähnten Spätfolgen der sowjetischen Erinnerungskultur gibt es für diesen Umstand eine weitere Erklärung: Anders als bei den vorgenannten Orten handelte es sich hier nicht um ein mit stationären Vergasungsanlagen und Verbrennungsöfen ausgestattetes Vernichtungslager im engeren Sinne, sondern eher um ein buchstäblich aus dem Boden gestampftes Provisorium, das als Vernichtungsstätte fungierte. Trotz dieses Charakteristikums war Trostenec aber eine ebenso effiziente Tötungsfabrik wie die weithin bekannten NS-Vernichtungslager im heutigen Polen.

Zu den wenigen deutschen Autoren, die sich bereits Ende der 1980er Jahre auf die Suche nach den Spuren des deutschen Vernichtungskrieges auf sowjetisches Territorium begaben, um dort Zeitzeugen zu interviewen, war der Berliner Journalist Paul Kohl. Mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit beschrieb er erstmals detailliert die Zustände im Minsker Ghetto und das organisierte Töten in Trostenec, das er als „Auschwitz Belorußlands“ bezeichnete.⁹

Inzwischen hat sich auch die westliche Geschichtsforschung dieses bisher kaum thematisierten Kapitels der Shoa angenommen. Den Gedenkort Trostenec „in das historische Bewusstsein Europas zurückzuholen“, wie es Bundespräsident Steinmeier in seiner Rede in Trostenec forderte, ist ein großes und anspruchsvolles Unterfangen aller beteiligten Seiten. „In dieses historische Gedächtnis der Europäer, vor allem aber in das deutsche, gehört zwingend auch die Geschichte von Belarus.“ Nach fast drei Jahrzehnten Unabhängigkeit sei es endlich an der Zeit, - so Steinmeier - „dass das Land in unserem Bewusstsein und Verständnis aus dem Schatten der Sowjetunion tritt, vor allem aber, dass Belarus wahrgenommen wird als ein Staat mit einer eigenen Geschichte, Gegenwart und Zukunft“.¹⁰

Ganz im Sinne dieses Anliegens widmen sich die nachfolgenden Ausführungen der Geschichte des in Vergessenheit geratenen Ortes sowie den aktuellen Initiativen zur Umwandlung in einen internationalen Erinnerungsort. Um die monströsen Dimensionen der nationalsozialistischen Verbrechen ermessen zu können, ist es unabdingbar, den Blick gerade auch nach Osteuropa zu richten.

Exkurs: Von Eisleben nach Minsk

Wer aufmerksam durch das Zentrum der Lutherstadt Eisleben geht, kann inmitten des gepflasterten Gehwegs vor der örtlichen Thalia-Buchhandlung drei „Stolpersteine“¹¹ entdecken, die in denkbar knappen Worten an die Auslöschung einer hier früher lebenden jüdischen Familie erinnern¹²:

Im Eckhaus Am Markt 47 waren ursprünglich zwei kleinere Geschäfte untergebracht, darunter das Posamenten¹³ - und Wollwarengeschäft von Siegmund Lewin. In unmittelbarer Nachbarschaft, am Markt 49 lebten, seit Anfang der 1890er Jahre die Geschäftsinhaber, das Ehepaar Albert und Amalie Mendelsohn. Beide stammten aus Westpreußen. 1893 erblickte in Eisleben Sohn Gerhard das Licht der Welt, drei Jahre später folgte in Weißenfels der Zweitgeborene Hans Joachim. Die Mendelsohn-Brüder



Stolpersteine für die Familie Mendelsohn

besuchten in Eisleben gemeinsam die Realschule und wurden anschließend Kaufleute. Beide zogen als Soldaten in den Ersten Weltkrieg, aber nur Hans kehrte mit einem Verwundetenabzeichen zurück. Er arbeitete fortan im elterlichen Geschäft, das er nach dem Tod seines Vaters 1925 ganz übernahm.¹⁴

1930 nahm Hans Mendelsohn die vier Jahre jüngere Lina Plaut aus Frankfurt am Main zur Frau. 1935 brachte sie einen Sohn zur Welt, den das Paar zum Andenken an Hans' im Krieg verlorenen Bruder Gerhard nannten. Jenseits des Geschäftslebens engagierte sich Hans in der Israelitischen Gemeinde seines Heimatortes. Im Eislebener Adressbuch von 1936 wird er als deren Repräsentant geführt, 1938 – im Jahr der berüchtigten Pogromnacht – als Tempelvorsteher.

Die weiteren Umstände des tragischen Schicksals der Familie sind nur in Umrissen bekannt: Ab Juni 1940 wurde Hans als Zwangsarbeiter in den Hüttenwerken von Halle-Trotha eingesetzt, vier Monate später im Reichsautobahnbau. Noch im selben Jahr zog die Familie nach Frankfurt am Main um, vermutlich zu Linas Angehörigen. Als letztes Lebenszeichen finden sich die Namen der Eheleute und ihres sechsjährigen Sohnes auf einer ursprünglich 1.042¹⁵ Namen umfassenden Transportliste vom 12. November 1941 wieder, die von Frankfurt nach Minsk deportiert wurden. Im dortigen Ghetto verliert sich ihre Spur...

Das Schicksal der Eislebener Familie war kein Einzelfall: In den Jahren 1941/42 strandeten insgesamt mehr als 22.000 jüdische Menschen aus dem Deutschen Reich¹⁶, dem Protektorat Böhmen und Mähren¹⁷ sowie dem Generalgouvernement¹⁸ in und bei Minsk.

Das Minsker Ghetto

Wie es den Mendelsohns nach ihrer Ankunft im Ghetto erging, welche Szenen sich vor ihren Augen abspielten, welch unvorstellbarem Horror sie ausgesetzt waren, ist nicht überliefert. Anhand der historischen Faktenlage lassen sich die grausamen Umstände allenfalls erahnen: Knapp fünf Monate zuvor, am 21. Juni 1941, hatte das nationalsozialistische Deutschland die verbündete Sowjetunion überfallen. Bereits sechs Tage später war die belarussische Hauptstadt von Wehrmachtstruppen besetzt worden. Vor dem Einmarsch war Minsk die Heimstatt einer der größten jüdischen Gemeinden auf dem Gebiet der Sowjetunion gewesen: rund ein Drittel der etwa 150.000 Einwohnerinnen und Einwohner waren jüdisch.¹⁹

Die örtliche Feldkommandantur befahl ihnen, einen runden gelben Stoffflicken im Durchmesser von zehn Zentimetern auf Brust und Rücken zu tragen. Darüber hinaus wurde ihnen untersagt, nichtjüdische Menschen zu grüßen oder die Hauptstraßen der Stadt zu betreten. Auf allen anderen Straßen blieb Jüdinnen und Juden die Benutzung der Bürgersteige verwehrt. Am 13. Juli 1941 ordnete der Oberbefehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, General Max von Schenkendorff, an, dass sie „innerhalb einer geschlossenen Gemeinde in nur von Juden bewohnten Unterkünften zusammen zu fassen“ seien.²⁰ Auf Weisung des zuständigen Feldkommandanten Eckart von Tschammer und Osten vom 19. Juli 1941 wurde schließlich auf dem Jubilejnaja-Platz nordöstlich des Minsker Stadtzentrums und mehrerer anliegenden Straßenzüge²¹ dann ein sogenannter „jüdischer Wohnbezirk“ errichtet. Die jüdische Bevölkerung der Stadt wurde aufgefordert, sich „innerhalb 5 mal 24 Stunden“ auf das ca. zwei Quadratkilometer große Areal „überzusiedeln“. ²² Ein Verlassen des Zwangsbezirkes sollte den Bewohnerinnen und Bewohnern nur in Kolonnen und ausschließlich zur Verrichtung auswärtiger Arbeiten gestattet sein. Für Zuwiderhandlungen drohte ihnen die Todesstrafe.²³

Obwohl das Minsker Ghetto nach dem Willen des Feldkommandanten mit einer Trockenmauer gegen die Außenwelt abgeschirmt werden sollte, blieben seine durch einheimische Hilfspolizei bewachten Grenzen und Tore faktisch durchlässig. Mit der späteren Umzäunung der Gelände mit vier Reihen Stacheldraht änderte sich dies schlagartig.²⁴ Im Unterschied zu den Ghettos im besetzten Polen waren ihre Pendanten in den besetzten sowjetischen und baltischen Gebieten von Beginn an Orte systematischer Vernichtung.²⁵ Als quellenmäßig verbürgt gilt, dass im Zeitraum Ende August bis Mitte Dezem-

ber 1941 zwischen 14.000 und 16.000 Bewohnerinnen und -bewohner des Minsker Ghettos getötet wurden.²⁶ Zu den ersten Opfern zählten vor allem jüdische Männer im wehrfähigen Alter. In unzähligen Razzien von Polizei und SS wurden viele festgenommen, verschleppt und außerhalb des Ghettos erschossen.

Ab November 1941 brach die Zeit der „Pogrome“²⁷ an. So nannten die Bewohnerinnen und Bewohner die groß angelegten Massaker der Besatzer, denen gezielt Frauen, Kinder, Alte und Gebrechliche zum Opfer fielen, teilweise sogar direkt im Ghetto.²⁸

Nach dem Krieg gab sich der frühere SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der zentral mitverantwortlich war für die Ermordung der europäischen Juden, darüber entsetzt. Er wäre froh gewesen, bei einer Massentötung im Minsker Ghetto zu spät gekommen zu sein: „Als ich hinkam, sah ich gerade noch, wie junge Schützen [...] mit dem Totenkopf auf den Spiegeln, in eine Grube schossen [...] Schossen hinein und ich sehe noch eine Frau, Arme nach rückwärts, und dann sind mir auch die Knie gewankt und ich bin weg.“

Das erste Pogrom am 7. November 1941 forderte über 6.000²⁹ Opfer. Ziel der von den Tätern sogenannten „Aktion“ war es, Platz für die erwarteten Deportationszüge aus dem erweiterten Reichsgebiet zu schaffen. Außer dem im Vorkapitel erwähnten Transport aus Frankfurt am Main, der Minsk am 17. November 1941 erreichte, trafen zwischen dem 11. November und 5. Dezember 1941 sechs weitere Deportationszüge aus Hamburg, Düsseldorf, Berlin, Brünn, Bremen und Wien mit insgesamt jeweils rd. 1.000 Menschen ein.³⁰ Aufgrund katastrophaler Nachschubprobleme der Heeresgruppe Mitte sah sich das koordinierende Reichssicherheitshauptamt zunächst gezwungen, von seinen ursprünglichen Planungen, bis Jahresende 1941 insgesamt zwanzig Eisenbahnzüge in Richtung Minsk zu entsenden, Abstand zu nehmen.³¹

Die zuerst aus Hamburg im Minsker Ghetto eingetroffenen Juden mussten hunderte Leichen des zuvor stattgefundenen Pogroms aus ihrer ersten Unterkunft im sogenannten „Roten Haus“ räumen. Alsdann wurden zwei mittels Stacheldrahtumzäunungen separierte „Sonderghettos“ für die Neuankömmlinge eingerichtet. Im Sonderghetto I wurden die Deportierten aus Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt untergebracht, im etwas kleineren Sonderghetto II die aus Berlin, Brünn, Hamburg, Bremen und Wien.³²

Am 20. November 1941 ordnete der SS- und Polizeiführer Carl Zenner³³ ein weiteres Pogrom an, das zwischen 5.000 und 7.000 Menschenleben forderte. An dieser Mord-

aktion waren neben deutschen Tätern vermutlich auch sogenannte „fremdvölkische“ Schutzmannschaften – Ukrainer, Belarussen, Letten und Esten³⁴ – beteiligt gewesen.³⁵

Am 2. März 1942 – ausgerechnet am Tag des jüdischen Purimfestes – wurden nach Angaben der Minsker Sicherheitspolizei 3.412 Menschen umgebracht.³⁶ In der Folgezeit gab es weitere Massaker, so z. B. am 31. März, am 3., 15. und 23. April 1942.

Ende Juli 1942 erreichten die organisierten Tötungen eine noch verheerendere Dimension. Betroffen waren erstmals auch die Insassen des Sonderghettos II. Dabei wurden etwa 3.500 reichsdeutsche und 6.500 weißrussische Jüdinnen und Juden im nahe gelegenen Malyj Trosteneč oder auf dem Weg dorthin umgebracht. Dadurch verringerte sich schlagartig die Anzahl der im Ghetto lebenden Menschen auf weniger als 9.000. Von den ursprünglich 7.000 deportierten „Reichsjuden“ waren im Sommer 1942 noch knapp 3.000 am Leben.³⁷ Bei einem späteren Massaker am 8. Mai 1943 wurde ein Großteil von ihnen ausgelöscht.³⁸

Am 21. Juni 1943 befahl Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, die Auflösung aller Ghettos im „Reichskommissariat Ostland“³⁹. Die noch arbeitsfähigen Bewohner sollten in Konzentrationslager verbracht, „der Rest“ ermordet werden. Ab September wurde mit der Auflösung des Minsker Zwangsbezirks begonnen. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner wurden auf Transporte in die Vernichtungslager Auschwitz, Majdanek und Sobibór geschafft, von denen nur die wenigsten überlebten. Im Oktober 1943 wurde das Ghetto restlos geräumt. Dabei wurden die vermutlich 1.000 Verbliebenen in Blagovščina ermordet.⁴⁰

Nur knapp 50 Deutsche haben das Ghetto überlebt, darunter sechs Männer und zwei Frauen, die im selben Zug wie die aus Eisleben stammende Familie von Frankfurt aus nach Minsk gelangt waren.⁴¹

Der Vernichtungskomplex Malyj Trosteneč

Nach den Vorstellungen des Reichssicherheitshauptamtes sollte im belarussischen Mogilev ein großes Vernichtungslager entstehen, für das im November 1941 bereits mehrere Verbrennungsöfen bestellt worden waren. Von diesen Planungen nahm man jedoch wieder Abstand.⁴² Stattdessen beauftragte SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich⁴³ seinen Minsker Statthalter Eduard Strauch, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD⁴⁴ (KdS) für „Weißruthenien“⁴⁵, im Frühjahr 1942 mit der kurzfristigen Einrichtung eines Vernichtungszentrums.

Als Standort dafür bot sich das Dorf Malyj Trosteneč an, das vor dem Krieg 55 Bauernhöfe und die Kolchose „Karl Marx“ mit einer Gesamtfläche von 200 bis 250 Hektar umfasste. Auf diesem, nunmehr als Gut des KdS firmierenden Gelände, wurde ein Zwangsarbeitslager errichtet, das die Aufgabe hatte, den Verpflegungsbedarf der Kommandantur und der Ordnungspolizei in Minsk zu decken. Bis zu 1.000 sogenannte „Arbeitsjuden“ waren hier sowohl in der Landwirtschaft als auch in diversen Handwerksbetrieben eingesetzt.

Als Standort zur Durchführung der geplanten Massenexekutionen wurde in nur einem Kilometer Entfernung des Gutes, im dichten Waldmassiv von Blagovščina, eine Lichtung ausgewählt. Am 22. April begann ein aus elf Männern bestehender Zug von Angehörigen der Waffen-SS hier mit dem Ausheben erster Leichengruben. Mit Datum vom 17. Mai 1942 notierte der zuständige Zugführer in seinem Tätigkeitsbericht: „Am 11. Mai traf ein Transport mit Juden (1000 Stück) aus Wien in Minsk ein, und wurden gleich vom Bahnhof zur [...] Grube geschafft.“⁴⁶ Wie dieser Eintrag zeigt, wurden die Neuankömmlinge jetzt gleich nach ihrer Ankunft getötet. Damit entfiel der Umweg über das Ghetto.

Bis zum 9. Oktober trafen weitere 15 Transporte aus dem im Krieg erweiterten Reichsgebiet ein: weitere acht Züge aus Wien, fünf aus Theresienstadt, je einer aus Königsberg bzw. Berlin und Köln.⁴⁷ Seit dem 10. August 1942, nach der Wiederinbetriebnahme eines stillgelegten Gleisanschlusses in unmittelbarer Nähe der Exekutionsstätte, kamen die Züge an einem provisorischen Haltepunkt in Blagovščina zum Stehen. Die Ankömmlinge wurden auf einer Wiese zusammengepfercht, wo sie sich vermutlich entkleiden und ihre letzten Habseligkeiten abgeben mussten. Noch arbeitsfähige Menschen, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation dringend im Arbeitslager gebraucht wurden, durften am Leben bleiben. Alle anderen führte man direkt zu den Gruben, wo sie mittels Maschinengewehren und Pistolen erschossen wurden.⁴⁸

Neben den Erschießungen kamen ab Juni 1942 die schon erwähnten Gaswagen zum Einsatz. Dabei handelte es sich um speziell umgebaute Lastkraftwagen der Fabrikate „Saurer“ oder „Diamond“ mit einem luftdichten Aufbau, in die zwischen 50 und 100 Menschen gezwängt und über die eingeleiteten Motorabgase vergast wurden.⁴⁹ Eine Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener oder jüdischer Häftlinge musste die Leichen der Erstickten ausladen und zu den Gruben schaffen. Eine zweite Gruppe Gefangener wurde gezwungen, den mit Blech ausgekleideten Wagen zu reinigen.⁵⁰ Der



Mahnmal „Pforte der Erinnerung“ auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Trostenec, geschaffen durch den Bildhauer Konstantin Kostjučenko

Einsatz dieser mobilen Gaskammern diene nicht allein dem Ziel, die Effektivität des Tötens zu erhöhen. Vielmehr ging es den Anwendern dieser Tötungsmethode darum, die befürchtete psychologische Belastung der deutschen Exekutionskommandos zu verringern.⁵¹

Ab dem 27. Oktober 1943, eine Woche nach der Ermordung der letzten Ghetto-Gefangenen, begann ein mindestens 75-köpfiges Sonderkommando 1005⁵² mit der Beseitigung der Spuren im Wald von Blagovščina. Die exhumierten Leichen wurden von einheimischen Arbeitern zu Scheiterhaufen gestapelt und anschließend verbrannt. Die Aschereste wurden nach Zahn- und Schmuckgold durchsiebt. Spätestens am 16. Dezember 1943 wurde die Spurenverwischung beendet. Dazu wurden die daran beteiligten Gefangenen ebenfalls in einem Gaswagen ermordet und anschließend verbrannt.⁵³

Da das Waldmassiv von Blagovščina während der Exhumierungen nicht als Exekutionsort zur Verfügung stand, wurde im Wald von Šaškovka, etwa 500 m westlich des Lagers, eine weitere, kleinere Exekutionsstelle eingerichtet. Anfang 1944 wurde hier eine Verbrennungsgrube als provisorisches Krematorium genutzt, in der die Leichen

aus den Gaswagen verbrannt wurden. Ab März 1944 wurden in Šaškovka auch Exekutionen durchgeführt. Dabei kamen auch nichtjüdische Zivilisten ums Leben, die im Zusammenhang mit Partisanen-Aktionen in den belarussischen Dörfern gefangen genommen und als arbeitsunfähig eingestuft worden waren, d.h. hauptsächlich Frauen mit Säuglingen und Kleinkindern, Alte und Gebrechliche.⁵⁴

Am 28. Juni 1944, unmittelbar vor dem Einmarsch der Roten Armee in Minsk, wurden mutmaßlich auf Befehl Heinrich Seetzens⁵⁵, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, mehrere tausend Kriegsgefangene und Häftlinge aus Gefängnissen des SD nach Trostenec verschleppt, um dort zusammen mit den letzten Häftlingen umgebracht zu werden. Weil das Krematorium in Šaškovka dafür zu klein war, wurden sie mit LKWs in eine Scheune auf das zum „Wehrdorf Kl. Trostenietze“ umdeklarierte Gut Malyj Trostenec gefahren und dort erschossen. Anschließend wurde der Holzbau mit den bis an die Decke aufgestapelten Leichen in Flammen gesteckt. Als die ersten Einheiten der Roten Armee drei Tage später in Trostenec eintrafen, brannten die Leichenberge noch immer. Ebenso brannten alle Baracken und Holzbauten des Lagers.⁵⁶

Am 3. Juli 1944 wurde Minsk von der Roten Armee zurückerobert. Rund zwei Wochen später, am 14. Juli, traf eine Außerordentliche Staatliche Kommission der UdSSR zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Blagovščina ein. Sie stieß auf 34 Massengräber voller menschlicher Überreste und Asche. Den Schätzungen der Kommission zufolge, waren hier 150.000 Menschen ermordet worden, bei Šaškovka 50.000 und in der Scheune des Lagers Malyj Trostenec 6.500. Die Gesamtzahl der auf dem Gebiet der Vernichtungsstätte Trostenec Ermordeten betrug demnach 206.500. Diese Angaben, die nicht zu den Materialien des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals hinzugefügt wurden, werden bis heute von der belarussischen Geschichtsschreibung aufrechterhalten. Demgegenüber geht der deutsche Historiker Christian Gerlach in seinem erschienenen 1999 Buch „Kalkulierte Morde“ über die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland zu einer Schätzung von etwa 60.000 Toten aus. Aufgrund der vor allem für die belarussischen Opfer schlechten Quellenlage und des insgesamt noch dürtigen Forschungsstandes lassen sich die Opferzahlen zumindest derzeit nicht genauer bestimmen.

Auf dem Weg zu einem europäischen Erinnerungsort

Seit dem Ende der Sowjetunion wurden in Belarus diverse kleinere Abhandlungen veröffentlicht, die erstmals die Aussagen von Zeitzeugen berücksichtigten. Wichtige Im-

pulse für die Durchsetzung dieses Trends in der nationalen Geschichtswissenschaft leistete das 1991 in Minsk gegründete Internationale Bildungs- und Begegnungszentrum, das sich nach eigener Einschätzung zu einer wichtigen internationalen Dialogplattform in den deutsch-belarussischen Beziehungen entwickelt hat. Bei dieser Einrichtung handelt es sich um den als Joint Venture konzipierten Ableger des 1986 gegründeten Internationalen Bildungs- und Begegnungswerkes Dortmund (IBB). Letzteres wurde 2015 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Zentralstelle für internationale Gedenkstättenfahrten anerkannt.⁵⁷

Mit Unterstützung des IBB und in Zusammenarbeit mit dem nationalen Verband der jüdischen Gemeinden und Organisationen wurde 2003 auf dem Gelände des ehemaligen Minsker Ghettos die erste Geschichtswerkstatt Osteuropas eingerichtet. Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Einrichtung stand von Anfang an die Beschäftigung mit der Geschichte des Ghettos und der Vernichtungsstätte Trosteneć. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes wurden hier systematisch Zeitzugeberichte erstellt, gesammelt und archiviert.

Mittlerweile ist die Minsker Geschichtswerkstatt Teil eines dichten Netzes von Kooperationen mit belarussischen Opferverbänden, Bildungseinrichtungen, Behörden und Vereinen sowie ausländischen Universitäten und Museen.⁵⁸ Nach Darstellung des IBB hat sie entscheidend dazu beigetragen, dass „der Holocaust kein Tabu-Thema mehr in Belarus ist und die Stigmatisierung der ‚nicht-heroischen‘ Opfergruppen in der belarussischen Öffentlichkeit zurückgegangen ist“⁵⁹.

Darüber hinaus fungierte die Minsker Bildungs- und Begegnungsstätte, die nach dem verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau benannt ist, auch als Initiatorin des Austauschs zwischen in- und ausländischen Forscherinnen und Forschern. Im Ergebnis internationaler Kooperationen entstanden u. a. Übersetzungen thematisch relevanter Fachbücher, z. B. der von Paul Kohl oder die 2001 verlegte Dissertation von Petra Rentrop, der ersten Monografie zur Geschichte der Vernichtungsstätte Trosteneć.

Als deutsch-belarussisches Gemeinschaftsprojekt sieht sich das IBB verpflichtet, „einen Raum für das Gedenken und die Versöhnung zu schaffen“. Vor diesem Hintergrund machte es sich ab 2013 für die Verwirklichung der Pläne des belarussischen Architekten Leonid Lewins stark. Diese sahen die Schaffung einer weitläufigen Gedenkanlage in Malyj Trosteneć sowie die Einbeziehung bereits bestehender Gedenkzeichen an verschiedenen Standorten der einstigen Todesfabrik vor.

Im Rahmen einer ersten, vom IBB Minsk ausgerichteten internationalen Konferenz im März 2013 konnte Lewin seinen Vorschlag einer erweiterten Öffentlichkeit präsentieren. Die Stadt Minsk zeigte sich seiner Gestaltungsidee gegenüber aufgeschlossen und integrierte den Entwurf in ihre bisherigen Planungen für die Gestaltung des historischen Lagergeländes. Die Aktivitäten in Sachen Gedenk- und Erinnerungskultur fanden auch die ausdrückliche Billigung des Staatspräsidenten. Bereits am 20. Oktober 2008, in einer Gedenkrede in der sogenannten „Jama“⁶⁰, auf dem Territorium des ehemaligen Ghettos, hatte er sich dafür ausgesprochen, Trosteneč zu einem Ort europäischer Erinnerung ausbauen zu wollen.⁶¹ Am 8. Juni 2014, dem 70. Jahrestag der Befreiung von Belarus, wurde in seinem Beisein mit dem Bau der neuen Gedenkstätte begonnen.

Diente der am 22. Juni 2015 fertig gestellte erste Bauabschnitt dem Ziel, das weitläufige ehemalige Lagergelände für Besucherrundgänge zu erschließen, wendet sich der zweite Bauabschnitt dem tödlichen Geschehen im Wald von Blagovščina zu. Im Zentrum der künstlerischen Gestaltungsidee steht jener „Weg des Todes“, den die Opfer auf dem Weg zur Hinrichtungsstätte zurücklegen mussten. Entlang dieses Weges soll eine Reihe bisher noch nicht realisierter Skulpturen entstehen, die das Paradoxe des Krieges verdeutlichen: zerstörte Häuser, eine zerbrochene Menora, mit den Wurzeln nach oben gedrehte Bäume u. a. m.

Der „Weg des Todes“ windet sich zickzackartig zwischen zwei runden Plätzen: einem weißen Platz, der die Hoffnung der Menschen auf ein Überleben versinnbildlichen soll sowie einem schwarzen Platz, der das Nichts als Ende aller Hoffnungen symbolisiert. Direkt hinter dem schwarzen Rund erstrecken sich die von Bäumen befreiten Flächen der Massengräber. Zwischen beiden Plätzen passieren die Besucherinnen und Besucher vier stilisierte Eisenbahnwaggons, an deren Wänden Gedenktafeln mit den Namen der Todesopfer angebracht werden sollen.⁶²

Als weitere Schritte zum Ausbau des Geländes sind geplant: Skulpturen für den Platz der Paradoxe, ein von den kirchlichen Partnern vorgeschlagener interreligiöser Platz sowie ein Informationszentrum mit elektronischem Gedenkbuch. Parallel zur weiteren Ausgestaltung der Gedenklandschaft um das ehemalige Lager Malj Trosteneč entwickelte das IBB die Bildungsarbeit zur Geschichte des Vernichtungsortes weiter. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde 2016 die Wanderausstellung „Vernichtungsort Malj Trosteneč. Geschichte und Erinnerung“



Begehbare Skulptur von Leonid Lewien auf dem „Weg des Todes“ durch die Gedenkstätte

erarbeitet, die bisher in vier Ländern zu sehen war. 2017 initiierte das IBB einen Oral-History-Wettbewerb, an dem sich über 200 Jugendliche aus Belarus beteiligten. Die Aktivitäten des IBB sind darauf gerichtet, den historischen Ort bei Minsk als einem Raum für neue grenzüberschreitende Verständigungsprozesse zu nutzen. Dr. Astrid Sahm, Geschäftsführerin des IBB, betonte in einem Statement für die internationale Presse, dass man den Erinnerungsort Malyj Trosteneč „als neuen europäischen Lernort etablieren und zum Ziel von Gedenkstättenfahrten und Jugendbegegnungen“ machen wolle.⁶³

Unter dem Titel „Gedenken für eine gemeinsame europäische Zukunft“ richtete das IBB flankierend zu der internationalen Gedenkveranstaltung in Blagovščina am 29. Juni 2018 eine zweitägige Konferenz aus. Unter den Teilnehmenden aus Belarus, Deutschland, Österreich und Tschechien, die auch bei der feierlichen Einweihung der Gedenkstätte zugegen waren, befanden sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, Repräsentanten der Religionsgemeinschaften, Zeitzeugen des Minsker Ghettos sowie vier Jugendgruppen aus Deutschland. Unter den Mitgliedern der deutschen Delegation waren auch zwei Vertreter aus Sachsen-Anhalt anwesend:

Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, und Dr. Kai Langer, Direktor der Gedenkstättenstiftung.

In ihrem gemeinsamen Abschlusskommuniqué sprachen sich die rund 200 Teilnehmenden für die Initiierung vielfältiger internationaler Projekte aus, „um die Entwicklung einer dialogischen Erinnerungskultur zu befördern, welche das Leid der jeweils anderen in die eigene Erinnerung integriert. Dabei ist es wichtig, dass das Gedenken an den Holocaust seinen berechtigten Stellenwert erhält und zugleich andere Opferschicksale, wie z. B. die Schicksale belarussischer Dorfbewohner, Zwangsarbeiter, Partisanen oder Kriegsgefangener, gleichermaßen wahrgenommen werden. [...] Zudem muss das historische Umfeld, in dem diese Verbrechen möglich wurden, in die Lernprozesse einbezogen werden, um ein Lernen für die Zukunft zu ermöglichen. Dies schließt die Beschäftigung mit Tätern, Kollaborateuren, Mitläufern, aber auch mit Verweigerung und Widerstand ein. Dabei sollte auch eine Verständigung über die schmerzhaften Anteile von Erinnerung erfolgen. Denn der Einblick in die Aufarbeitung weißer Flecken der Geschichte in anderen Gesellschaften kann Mut machen, sich den offenen Themen im jeweils eigenen Land zu stellen.“⁶⁴

Anmerkungen

- 1 Text der Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier vom 29. Juni 2018, online unter: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/06/180629-Belarus-Trostenez.html> [Stand vom 19. 07. 2018].
- 2 „Belarus“ ist die Eigenbezeichnung von Weißrussland. Sowohl die offiziellen Stellen des Landes als auch die deutsche Diplomatie verwenden in offiziellen deutschsprachigen Texten den Namen Belarus.
- 3 Vgl. Am Anfang steht die Erinnerung, in: Der Vernichtungsort Trostenez in der europäischen Erinnerung, Materialien zur internationalen Konferenz vom 21. – 24. März 2013 in Minsk, hrsg. von Peter Junge-Wentrup und dem Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund und Minsk 2013, S. 54 f.
- 4 Der belarussische Architekt Leonid Lewin (1936 – 2014) schuf bedeutende Mahnmale für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen in Belarus und anderen Nachfolgestaaten der UdSSR. Seit 1991 stand er dem Verband belarussischer jüdischer Vereine und Gemeinden vor. Daneben war er einer der Mitinitiatoren der Geschichtswerkstatt Minsk, die seit 2015 seinen Namen trägt.
- 5 Die Gesamtsumme der Baukosten beläuft sich auf 5,2 Mio., von denen die belarussische Seite 4,2 Mio. Euro (90 Prozent davon durch die Stadt Minsk) beisteuerte, die deutsche 1 Mio. Euro: Das Auswärtige Amt

stellte 500.000 Euro zur Verfügung, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 100.000 Euro, mehrere deutsche Städte sowie private und kirchliche Spender zusammen 250.000 Euro die Bethe-Stiftung 150.000 Euro.

- 6 Vgl. Kozak, Kuzma: Vernichtungsort Trostenez. Geschichte und Erinnerungskultur, in: Junge-Wentrup, Peter: Der Vernichtungsort Trostenez in der europäischen Erinnerung, S. 12 – 15, hier: S. 13.
- 7 So Thomas Bohn in seinem Resümee zum Abschluss der internationalen Konferenz „Gedenken für eine gemeinsame europäische Zukunft“ in Minsk vom 29. – 30.06.2018.
- 8 Siehe z. B. Süddeutsche Zeitung und Wiener Zeitung vom 29. Juni 2018.
- 9 Siehe Kohl, Paul: Sowjetische Augenzeugen berichten, Gütersloh 1990; Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941 – 1945. Sowjetische Überlebende berichten, Frankfurt am Main 1995.
- 10 Siehe Rede des Bundespräsidenten.
- 11 Die Stolpersteine sind ein Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig. Mit im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln wird an das Schicksal jener Menschen erinnert, die in der NS-Zeit verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Diese quadratischen Messingtafeln werden meist vor den letzten frei gewählten Wohnhäusern der Opfer in den Belag des jeweiligen Gehwegs eingelassen.
- 12 Die drei Stolpersteine für die Familie Mendelsohn wurden am 9. November 2010 am Markt 47 in Eisleben verlegt.
- 13 Posamente (frz. passement) ist eine Sammelbezeichnung für schmückende Geflechte wie Zierbänder, gewebte Borten, Fransenborten, Spitzen aller Art, überzogene Knöpfe und Ähnliches.
- 14 Siehe Förderverein Eislebener Synagoge e.V. Memorandum zur Verleihung der Stolpersteine. Für Lina, Hans Joachim und Gerhard Mendelsohn vor ihrem letzten Wohnort am Markt 47 in Eisleben, Eisleben, den 9. November 2010, online unter <http://data.synagoge-eisleben.de/item/Stolpersteine-Mendelsohn-Eisleben.pdf> [Stand vom 16.07.2018].
- 15 Gottwaldt, Alfred / Schulle, Diana Die „Juden deportierten“ aus dem Deutschen Reich 1941 – 1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 91 f.
- 16 Das „Deutsche Reich“ umfasste zu diesem Zeitpunkt neben dem „Altreich“ auch das im März 1938 als „Ostmark“ angeschlossene Österreich.
- 17 Dabei handelt es sich um eine nationalsozialistische Bezeichnung für eine von 1939 bis 1945 bestehende Verwaltungseinheit auf dem Gebiet der Tschechoslowakei.
- 18 Als „Generalgouvernement“ wurden die von Deutschland 1939 militärisch besetzten und nicht annektierten polnischen Gebiete bezeichnet.
- 19 Vgl. Rentrop, Petra: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez (Reihe DOKUMENTE – TEXTE – MATERIALIEN, Bd. 80, Berlin 2011, S. 113

- 20 Ebenda, S. 75 f.
- 21 Ebenda, Dok. 72, in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 - 1945, Bd. 7: Sowjetunion mit annektierten Gebieten I: Besetzte sowjetische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung, Baltikum und Transnistrien, bearbeitet von Bert Hoppe und Hiltrun Glas, hrsg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte, des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und des Lehrstuhls für Geschichte Ostmitteleuropas an der Freien Universität Berlin, München 2001, S. 274 - 279, hier: S. 278.
- 22 Siehe Dok. 31, ebenda, S. 193 f.
- 23 Siehe Rentrop, Petra: Tatorte der Endlösung, S. 81.
- 24 Ebenda, S. 80.
- 25 Ebenda, S. 139.
- 26 Ebenda, S. 114.
- 27 Pogrom (russisch: Verwüstung, Zerstörung, wörtlich: nach dem Donner) = Der Begriff steht für die gewalttätige Ausschreitung gegen Menschen, die von den Tätern einer realen bzw. vermeintlichen gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden.
- 28 Siehe Rentrop, Petra: Tatorte der Endlösung, S. 114.
- 29 Ebenda, S. 177.
- 30 Vgl. Gottwaldt, Alfred: Logik und Logistik von 1300 Eisenbahnkilometern, in: Ermordet in Maly Trostinec - Die österreichischen Opfer der Shoa in Weißrussland, hrsg. von Barton, Waltraud, Wien 2012, S. 54.
- 31 Siehe Rentrop, Petra: Tatorte der Endlösung, S. 167.
- 32 Ebenda, S. 177 f.
- 33 Carl Peter Zenner (1899 - 1969) war ein deutscher Nationalsozialist und SS-Führer, zuletzt SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei. Am 12. Juni 1961 wurde er vom Landgericht Koblenz zu 15 Jahren Haft verurteilt. Verfahrensgegenstand war die Ermordung von über 6.000 Menschen aus dem Ghetto gewesen, die zwischen dem 7. und 11. November 1941 erschossen wurden, um Wohnraum freizumachen für die eintreffenden „Judentransporte“.
- 34 Vgl. Rentrop, Petra: Tatorte der Endlösung, S. 140.
- 35 Ebenda, S. 141 f.
- 36 Ebenda, S. 143 ff.
- 37 Ebenda, S. 149.
- 38 Ebenda, S. 183.
- 39 Reichskommissariat Ostland = Das so bezeichnete Gebiet entstand im Juni 1941 nach dem Angriff des Deutschen Reichs auf die Sowjetunion im Baltikum und Teilen von Belarus. Die politische Organisation des

- Gebiets übernahm neben einer Militärverwaltung durch die Wehrmacht eine Zivilverwaltung, die unter der Leitung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete stand.
- 40 Ebenda, S. 151 f.
 - 41 Ebenda, S. 184.
 - 42 Gerlach Christian: Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilev, Belarussia, in: Holocaust and Genocide Studies 11/1997, S. 60–78.
 - 43 Der aus Halle (Saale) stammende Reinhard Heydrich (1904 – 1942) war Chef des Reichssicherheitshauptamtes und einer der Hauptorganisatoren der Shoa. Er kam infolge eines Attentats in Prag ums Leben.
 - 44 SD = Sicherheitsdienst des Reichsführers SS.
 - 45 Weißruthenien = Während des Zweiten Weltkriegs wurde dieser Begriff verwendet, um die Weißrussen sprachlich möglichst stark von den Russen zu unterscheiden
 - 46 Zit nach: Gottwaldt, Alfred / Schulle, Diana: Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich, Wiesbaden 2007, S. 238.
 - 47 Ebenda, S. 206.
 - 48 Siehe Kozak, Kuzma: Vernichtungsort Trostenez, S. 14
 - 49 Siehe Rentrop, Petra: Tatorte der Endlösung, S. 575 f.
 - 50 Vgl. Hoffmann, Jens: „Aktion 1005“ – Die Auslöschung der Spuren von Massenverbrechen in Malyj Trostenez durch deutsche Täter, in: Junge-Wentrup, Peter: Der Vernichtungsort Trostenez in der europäischen Erinnerung, S. 16 – 22, hier S. 16.
 - 51 Vgl. Kozak, Kuzma: Vernichtungsort Trostenez, S. 13.
 - 52 In den Jahren 1942–1944 wurde unter Leitung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete die „Sonderaktion 1005“ durchgeführt. Dabei handelte es sich um das Exhumieren der Massengräber zuvor ermordeten Menschen sowie die Verbrennung exhumierter Leichen, die während der „Aktion Reinhardt“ und parallel stattgefundenen Massenmorde verscharrt worden waren. Alle an der Aktion beteiligten Einheiten erhielten die Bezeichnung „Sonderkommando 1005“.
 - 53 Siehe Hoffmann, Jens: „Aktion 1005“, S. 17.
 - 54 Siehe Rentrop, Petra: Tatorte der Endlösung, S. 232.
 - 55 Heinrich Otto Seetzen (1906 – 1945) war ein deutscher Jurist, der zur Zeit des Nationalsozialismus bis zum SS-Standartenführer und Oberster der Polizei befördert wurde. Er war maßgeblich für Massenmorde an Zivilisten in der Ukraine und in Belarus verantwortlich.
 - 56 Vgl. Hoffmann, Jens: „Aktion 1005“, S. 22.
 - 57 Vgl. Presseinformation des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund vom 26.06.2018: Gedenkstätte Trostenez wird zentraler Lernort europäischer Erinnerungsarbeit. Gedenklandschaft in Minsk

wird Ziel für Studienreisen, Gedenkstättenfahrten und Jugendbegegnungen.

- 58 Siehe 20 Jahre IBB Minsk, o. O. (Minsk) o. J. (2012), S. 29 ff.
- 59 Zit. nach Presseinformation des IBB Dortmund vom 26. 06. 2018.
- 60 Jama (russisch: Grube) = In einer Senke am Rande des Gettos führten die Deutschen während der Getto-Razzien Erschießungen durch. Zu den Opfern zählen auch die Kinder eines Waisenhauses. Die Jama ist heute Standort einer von Leonid Lewin geschaffenen Figurengruppe zum Gedenken an die Opfer des Ghettos
- 61 So Peter Junge-Wentrup und Viktor Balakirev in ihrem gemeinsamen Beitrag „Etappen auf dem Weg zur Entstehung der Gedenkstätte Trostenez“ auf der internationalen Konferenz „Gedenken für eine europäische Zukunft“, gehalten am 28. 06. 2018 im IBB Minsk.
- 62 Vgl. Lewin, Leonid, in: Junge-Wentrup 2013, S. 50 ff.
- 63 Siehe Presseinformation des IBB vom 26. 06. 2018.
- 64 Aus dem Abschlusskommuniqué der Konferenz „Gedenken für eine gemeinsame europäische Zukunft“, Stand vom 18. 07. 2018.

Die Reichspogromnacht in Wittenberg¹

Reinhard Pester

Das Novemberpogrom von 1938 muss sicher als eines der symbolisch aufgeladensten Ereignisse im „Dritten Reich“ betrachtet werden. Kaum ein anderer Begriff ist – neben Auschwitz – so stark mit der antijüdischen Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten verbunden wie die sogenannte Reichskristallnacht. Auch in Wittenberg, einer kleinen Stadt, die auf eine lange und ruhmreiche Geschichte zurückblicken kann, blieb die jüdische Bevölkerung nicht von Übergriffen verschont. Hier, wo Martin Luther predigte und begraben liegt, wurden zwei Frauen – Mutter und Tochter – öffentlich misshandelt und gedemütigt, indem man sie mit einem Schild durch die Straßen trieb, das dazu aufforderte, sie zu bespucken. Wie aber konnte es zu diesen Ausschreitungen kommen?

Erste, gegen die jüdische Bevölkerung gerichtete Aktionen können bereits für März 1933 nachgewiesen werden. Das Wittenberger Tageblatt berichtet dazu: „[...] sämtliche jüdischen Geschäfte in Wittenberg geschlossen. Wie in fast sämtlichen deutschen Städten, so schlossen heute Vormittag SA.- und SS.=Leute [sic] die hiesigen jüdischen Geschäfte.“² Auch am 1. April³ wurden in Wittenberg jüdische Geschäfte boykottiert. Hierzu fand eine umfangreiche Kundgebung zur ideologischen Rechtfertigung des Boykotts auf dem Marktplatz statt. Im Wittenberger Tageblatt ist dazu Folgendes zu lesen: „Der Abwehrkampf gegen die ungeheuren Verdächtigungen des deutschen Volkes, die von gewissenlosen Menschen im Auslande verbreitet werden, setzt nun mit aller Schärfe auch bei uns ein. Alle Warnungen maßgebender Versöhnlichkeit, alle Hinweise in den deutschen Zeitungen haben nicht gefruchtet, unentwegt setzen die Hetzer im Auslande ihr Werk fort. [...] Das deutsche Volk lässt sich solches nicht länger gefallen, die Geduld ist zu Ende. Das bewies die Kundgebung gestern Abend auf dem Marktplatz. Obgleich die Nachricht von der Veranstaltung erst spät durch Handzettel verbreitet wurde, fanden sich doch mehr als 1200 Einwohner auf dem Marktplatz ein [...]. Gegen 7.30 Uhr betrat Reichstagsabgeordneter Liebel das Portal des Rathauses, um von dort oben eine packende Ansprache an die Versammelten zu richten, die oft von Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde. Reichstagsabgeordneter Liebel ging von dem Gedanken

aus, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der der deutsche Mensch wieder sein eigener Herr im Hause sein muss, darum, weil das deutsche Volke leben will. [...] Morgen (Sonnabend) um 10 Uhr werden alle jüdischen Geschäfte, alle jüdischen Unternehmungen, Aerzte und Rechtsanwälte bewacht, bis die Welt erkennt, dass die Juden machtlos sind. [...] So wollen auch wir in Wittenberg getreu unsere Pflicht tun, auch hier wollen wir den Juden zeigen, dass wir auf dem Posten sind, um ein Deutschland zu erhalten, das ein Deutschland der Ehre ist. [...] Heute bauen wir uns ein Deutschland auf, dem sich niemand in den Weg stellen darf. Wer dies tut, der wird zertrampelt.“⁴

Wenige Tage später zieht dieselbe Zeitung folgendes Resümee: „Der Boykott jüdischer Geschäfte und Aerzte ist auch in Wittenberg programmäßig durchgeführt worden. Zu irgendwelchen bedeutsamen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. [...] Verhaftet wurde lediglich am Sonnabendnachmittag die [...] Ehefrau Else Kampf, die trotz des Boykotts in einem jüdischen Geschäft einkaufte und es sich beim Verlassen des Ladens nicht verkneifen konnte, den auf der Straße stehenden Boykottwachen ‚Heil Moskau‘ zuzurufen.“⁵

Außer dieser Meldung gibt es keinerlei Anzeichen, dass die Aktionen der Partei auf Widerstand innerhalb der Bevölkerung gestoßen wären. Frau Kampf war sozusagen die Ausnahme von der Regel. Dass auch in Wittenberg die Ächtungen noch nach dem 1. April und dem offiziellen Ende des staatlich organisierten Boykotts anhielten, kann einer Randnotiz vom 5. April entnommen werden, in der es heißt, dass: „auf dem Jahrmarkt [...] ein großer Teil der Bevölkerung gegenüber den jüdischen Geschäften eine bedrohliche Haltung ein[nahm]. Im Interesse der eigenen Sicherheit der jüdischen Händler wurden diese seitens der Polizei aufgefordert, ihre Stände zu räumen.“⁶

Interessant ist im Zusammenhang mit den Ausschreitungen des Jahres 1933 die öffentliche Proklamation von Verhaftungen jüdischer Bürger in Wittenberg. So meldete das Wittenberger Tageblatt am 20. Juni 1933, dass „verschiedene in Schutzhaft genommene Personen aus dem Stadt- und Landkreis Wittenberg [...] in das Konzentrationslager Lichtenburg⁷ bei Prettin an der Elbe eingeliefert worden [sind].“⁸ Nur wenige Wochen später berichtete die Zeitung erneut, dass „in das Sammellager Lichtenburg bei Prettin an der Elbe [...] weitere 18 Schutzhäftlinge, die sich bisher in hiesigen Amtsgerichts- bzw. Polizeigefängnis befanden, [...] eingeliefert worden sind.“⁹

Im Jahr 1935 flammten die antisemitischen Proteste und Repressionen reichsweit wieder auf. Es kam neben Synagogenschändungen und Zuzugsverboten auch zu Boykotten gegen noch existente jüdische Geschäfte und Arztpraxen. Bereits im Jahr davor kann in Wittenberg die sukzessive Vertreibung eines jüdischen Dentisten vergleichsweise gut dokumentiert werden. Wie in den Unterlagen zu lesen ist, „[wurde] dem Zahnarzt Dr. Erwin, Gustav Gold, wohnhaft in Wittenberg, Lutherstraße 17 a, [...] die laut Urkunde vom 29. 11. 1921 durch Einbürgerung verliehene preußische Staatsangehörigkeit wieder aberkannt.“¹⁰ Gold flüchtete 1938 nach Holland; wurde dort aber später verhaftet und verstarb am 2. September 1941 im Konzentrationslager Groß-Rosen.¹¹

In einem Artikel vom 30. Juli 1935 heißt es dann zum Thema „Judentum“: „Einstmals wurden die Juden in den Orten nur zugelassen, wenn sie sich in der Judenstraße niederließen. [...] Als dann in der neuen Zeit der ‚Hofjude‘ mit seinen Geldgeschäften immer mehr Freiheit erschacherte, wurde auch das zwangsweise Wohnen in bestimmten Straßen aufgegeben. Der ‚Kaftan‘ verschwand und der Jude wurde langsam, aber stetig, ein sogenanntes ‚gleichberechtigtes Mitglied im Volke‘, wie es so schön hieß. Heute haben wir uns von dieser Periode der unglücklichen völkischen Gleichmacherei endlich befreit und der Jude wird wieder in seine Schranken zurückgewiesen.“¹²

Diesem Zeitungsartikel war am 23. und 24. Juli eine Aktion gegen die jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner vorausgegangen. Die NS-Kreisleitung hatte 1000 Zettel mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ drucken lassen, welche in die Fenster der „arischen“ Geschäfte, Kaffeehäuser und Gaststätten geklebt wurden. Ziel war es, auf die „Ereignisse der letzten Tage“ zu reagieren und die wirtschaftliche Ausgrenzung der Juden voranzutreiben. Man erhoffte sich, durch die wirtschaftliche Vernichtung der Juden eine steigende Auswanderungsbereitschaft erzwingen zu können. Letztlich zielte jede Aktion der örtlichen NSDAP darauf ab, dass „Judenproblem“ zu lösen und die Stadt „judenrein“ zu machen.

Im August desselben Jahres ordnete die Reichsleitung der NSDAP an, die „wilden Einzelaktionen gegen Juden“ einzustellen.¹³ Doch dies war nur eine Verschnaufpause, denn der Terror gegenüber Juden wurde sukzessive gesteigert. Hetzpropaganda, Aufenthaltsverbote, Verhaftungswellen und die Registrierung des jüdischen Vermögens kennzeichnen die zunehmend repressiveren Maßnahmen des NS-Regimes. Einen beispielhaften Eindruck erhält man durch die Berichterstattung über die Verhaftung des Wanderarbeiters Rudolf Philipp wegen „Rassenschande“. In einem entsprechenden

Artikel heißt es: „Der 1. Großen Strafkammer Torgau wurde jetzt der 29 Jahre alte Volljude Rudolf Martin Philipp aus Wittenberg aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der er sich seit dem 15. 1. 1937 im Gerichtsgefängnis Torgau befindet. Die Anklage legte Ph. zur Last, im Jahre 1936 durch zwei selbstständige Handlungen, fortgesetzt in Lammsdorf und in Zahna als Jude mit zwei Staatsangehörigen deutschen Blutes au-
ßerehelichen Verkehr gehabt zu haben und sich damit des Verbrechens gegen §§ 2 und 5 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 und bezüglich eines Falles auch des Verbrechens im Sinne der §§ 176 Ziff. 2 und 73 StGB. schuldig gemacht zu haben.“¹⁴

Philipp wurde am 28. Juni durch das Gericht wegen „Rassenschande“ in zwei Fällen verurteilt. Der Urteilsurkunde kann hierzu entnommen werden, dass er für die Tat eine Gesamtstrafe von zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus bekam.¹⁵ Philipp wurde am 3. Juli 1939 in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht und starb dort neun Monate später, am 6. März 1940, im Alter von nur 32 Jahren.¹⁶

In Wittenberg kam es wie in anderen größeren Städten im Reichsgebiet zu weiteren „Feldzügen“ gegen Juden. In diesem Zusammenhang hatte u. a. „nach [...] zwei vorangegangenen Großkundgebungen der Ortsgruppen ‚Ost‘ und ‚Mitte‘ [...] die Ortsgruppe Wittenberg-West zu einem letzten Appell [...] aufgerufen.“ Dabei wurde durch verschiedene Parteifunktionäre die „Judenfrage“ erörtert und unmissverständlich klargestellt, dass „die Juden [...] stets unser Unglück [waren].“¹⁷

Die Hintergründe der Reichspogromnacht sind – sowohl was ihren Anlass anbelangt als auch in den politischen Zusammenhängen – weitestgehend erforscht und geklärt. Dennoch hat jede Kommune, die davon unmittelbar betroffen war, ihre ganz eigene Geschichte zu erzählen. So auch Wittenberg, wo in diesen Tagen besonders des Reformators Martin Luther gedacht wurde. In einer Mitteilung des Wittenberger Tageblatts vom 11. November 1938 heißt es dazu unter der Überschrift „Martin Luthers Geburtstag wurde gefeiert“: „Die Feier von Luthers Geburtstag wurde gestern 7.30 Uhr durch Glockengeläut und das Blasen des Lutherliedes ‚Eine feste Burg‘ vom Turm der Stadtkirche eingeleitet. Die Stadtverwaltung legte am Denkmal des Reformators auf dem Marktplatze einen großen Lorbeerkranz nieder, dessen Schleifen in den Reichsfarben in Goldbuchstaben die Widmung tragen: ‚10. November 1938 – Lutherstadt Wittenberg‘. Auf dem Kaffeetisch unserer Volksgenossen erschienen als traditionelles Gebäck die beliebten Martinshörnchen. Um 17 Uhr veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der

Luthergesellschaft in Verbindung mit der Lutherhalle in der historischen Lutherstube des Lutherhauses eine sehr zahlreich besuchte Luthergedenkfeier. [...] Die Feier leitete der Sängerkhor [...] ein [...]. Dann ließ Direktor Lic. [Oskar] Thulin Luther zu den Zuhörern sprechen. [...] Mit dem Liede ‚So Gott der Herr nicht bei uns hält‘ klang die stimmungsvolle Gedenkfeier aus. Bei dem um 20 Uhr in der Stadtkirche veranstalteten zahlreich besuchten Gemeindeabend hielt Generalsuperintendent D. Eger einen Vortrag über Luthers Bedeutung für die Gegenwart.“¹⁸

Ob dabei zu einer konkreten Aktion aufgewiegelt wurde, ist nicht bekannt. Dennoch lässt die Thematik des Vortrags darauf schließen, dass auf die ahistorischen Rückbesinnungen auf Luthers Antijudaismus Bezug genommen wurde, denn nur wenige hundert Meter von der Stadtkirche entfernt entlud sich der „Volkszorn“ gegenüber den Juden. Symptomatisch hierfür ist der Artikel „Ganz Deutschland ist empört“, der in derselben Zeitungsausgabe erschien: „Nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt. Die tiefe Empörung des deutschen Volkes machte sich dabei auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft. [...] Nach dem Erlass des Ministers ist es in Wittenberg an keiner Stelle zu weiteren Demonstrationen und Aktionen gekommen.“¹⁹ Damit wird deutlich, dass es bis zu jenem Erlass unmittelbare „Demonstrationen und Aktionen“ gegen die jüdische Bevölkerung in Wittenberg gegeben hat.

Ergänzend meldete die Kursächsische Tageszeitung, dass „in der Lutherstadt Wittenberg [...] einige Juden im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen [wurden]. Die neue jüdische Schandtat in Paris hat auch in der Lutherstadt Wittenberg begreiflicherweise unter der Bevölkerung ungeheure Empörung hervorgerufen, die sich in mehreren Ausschreitungen gegen jüdische Geschäftsinhaber und deren Läden Luft machte. Die erbitterte Volksmenge versammelte sich vor den jüdischen Geschäften und zerstörte die Schaufenster und Ladeneinrichtungen.“²⁰

Im Wittenberger Tageblatt wurden die Ereignisse ebenfalls thematisiert: „Auch in unserer Stadt kam es gestern zu spontanen Protest=Kundgebungen [sic] gegen die Juden. Die von einem gerechten Zorn getriebenen und empörten Volksgenossen waren aber so diszipliniert, dass keinem Juden auch nur ein Haar gekrümmt wurde. Bis zum späten Abend hielt die Erregung der Bevölkerung an, zu Hunderten bewegten sich die Volksgenossen durch die Straße und machten mit lauten Protestrufen kein[en] Hehl

aus ihrem Abscheu gegen die jüdische Weltpest. Ueberängstliche Juden wurden durch die Polizei in Schutzhaft genommen. Plünderungen und Brandstiftungen wurden nicht festgestellt.“²¹

Alle hier zitierten Artikel transportieren genügend Sub-Text, um Rückschlüsse auf die tatsächlichen Ereignisse ziehen zu können. Nachdem auch in Wittenberg die Meldung verbreitet worden war, dass antisemitische „Aktionen“ durchgeführt werden sollen, versammelten sich Wittenberger SA-Angehörige und randalierten vor bzw. in den jüdischen Häusern und Geschäften in der Innenstadt. Dabei wurden jüdische Geschäfte und Wohnungen sowie Arzt- und Anwaltspraxen zerstört. Entsprechende Dokumente liegen für das Schuhgeschäft von Alfred Seligmann²² in der Mittelstraße 16, die Zahnarztpraxis von Dr. Erwin Gold und das Haus der Familie Wiener vor, welche in besonderer Weise von den Aktionen des Nazimob betroffen waren.²³ In einer zeitgenössischen Chronik heißt es daher auch: „Judenkrawalle auch in W., Fensterscheiben und Inneneinrichtungen der Juden zertrümmert, Juden in Schutzhaft genommen.“²⁴ Was die Zerstörung der Besitztümer der Familie Wiener anbelangt, kann der Schadensersatzantrag des „arischen“ Hausbesitzers Erich Dölitzsch herangezogen werden. Darin heißt es: „Soeben wird mir berichtet, dass in dem Haus Lutherstraße 22 a in der Wohnung Wiener gestern erheblicher Schaden angerichtet worden ist. Soweit nun der Schaden das Grundstück betrifft, melde ich hiermit denselben an. [...] Weiter teile ich mit, dass dem Mieter Wiener die Wohnung gekündigt ist.“²⁵

Unterstützt wurden die SA-Männer in ihren Aktionen von Sympathisanten und Schau lustigen. Dass die Pogrome in Wittenberg überschaubar blieben, kann aus der Tatsache erklärt werden, dass hier nur relativ wenige Juden ansässig waren und daher keine jüdische Gemeinde im klassischen Sinne existierte. Ebenso gab es hier weder eine Synagoge noch ein Gemeindehaus. Die immer wieder gern beschworene Existenz einer privaten Betstube im Haus von Isidor Preminger²⁶ am Markt 14 muss nach Abwägung aller bekannten Fakten stark in Zweifel gezogen werden.²⁷ So es diese Betstube tatsächlich gegeben haben sollte, wäre sie mit der erzwungenen Emigration Premingers bereits ab 1933 nicht mehr existent und somit kein vorhandenes Ziel gewesen.

Einen eindrücklichen Bericht von den Ereignissen um die Pogromnacht in Wittenberg, gibt der 1923 geborene Günther Reich, der sich später wie folgt erinnerte: „Wir wohnten damals im Haus des Kaufmanns Richard Hirschfeldt auf der Mittelstraße 51 in der 2. Etage. Mein Vater war seit etwa 1920 als Zuschneider im Hirschfeldtschen



Milli und Lilly Hirschfeldt (jeweils außen stehend) mit ihrer Mutter und einer weiteren, unbekanntem Frau

Konfektionsgeschäft tätig, um an der Herren- und Knabenbekleidung den Wünschen der Kunden entsprechende Änderungen vorzunehmen. Wohnungen waren damals in Wittenberg schwer zu bekommen, und so war mein Vater froh, im Hause seines Arbeitgebers preiswert wohnen zu können. Die Hirschfeldts, zu deren Familie noch vier erwachsene Kinder gehörten, waren freundliche und umgängliche Leute. Ich kann mich an keine Ärgernisse mit ihnen erinnern. Am 10. November brachen die Tumulte vor den jüdischen Geschäften und Wohnungen in Wittenberg aus. Überall versammelten sich die Leute, um zu schauen, was da vor sich geht. Als ich nach Hause kam, standen vor Haus und Geschäft, das seine Front zur Collegienstraße [hatte], SA-Posten in Uniform. Nur mit Schwierigkeiten gelang es mir, in unsere Wohnung zu kommen. Im Geschäft bemühte sich der neue Geschäftsinhaber Arthur Höller, den in Zivil gekleideten ‚zornigen Volksgenossen‘ klar zu machen, dass das Geschäft bereits ‚arisiert‘ ist und nicht zerstört werden braucht. Von der Familie Hirschfeldt war nur die Mutter mit einer der beiden Zwillingstöchter [Lilly²⁸ – Anm. des Autors] in der Wohnung. Den Vater hatte man – wie wohl auch eine Reihe anderer männlicher Juden der Stadt – schon vorher verhaftet. Während der ‚Visitation‘ der Wohnung wollte man, wie ich dem Wortwechsel entnehmen konnte, die beiden ‚Judenweiber‘ nicht dabei haben. So zwang man Arthur Höller, ein Schild zu malen mit der Aufschrift: ‚Ich bin eine Judensau! Bitte spuckt auf

mich!' Das hängte man einer der beiden Frauen um den Hals und trieb dann johlend beide die Collegienstraße auf und ab. Währenddessen ‚beschäftigte‘ man sich mit der Wohnung. Man kann sich die folgende Verwüstung nicht vorstellen. Die Möbel wurden umgestürzt und mit einem Beil zertrümmert. Den Lüster riss man von der Decke und zerschlug ihn. Die Betten wurden aufgeschlitzt, das Geschirr zerschlagen, die Lebensmittel in der Wohnung verstreut. Nur die Gardinen ließ man unversehrt, so dass die Verwüstungen von der Straße aus nicht zu erkennen waren. Nachdem man so innen ein Abbild von Sodom und Gomorrah geschaffen hatte, rief einer der Vandalen: ‚Lasst die Judenweiber wieder rein!‘ Die beiden total verzweifelten Frauen wurden von ihrem Pranger erlöst. Schluchzend betraten sie die Wohnung und ließen sich entsetzt in dem sie umgebenden Trümmerfeld nieder, mühsam nach wenigen unversehrten Habseligkeiten Umschau haltend.“²⁹

Ergänzt und gestützt wird dieser Bericht durch das Zeitzeugnis Richard Wieners³⁰, der in seinem Buch „Meine Reise ins Überleben“ dazu Auskunft gibt. Auch sein Vater war – ebenso wie sein Onkel – verhaftet worden. Da man den Eltern Gas und Strom abgestellt hatte, befand sich die Familie bei seiner Tante in der Lutherstraße 17, als das Unheil über sie hereinbrach: „Ein Stein krachte durchs Erkerfenster. Hunderte von Menschen schoben sich unten in die finstere Straße. Einige drohten mit der Faust, manche trugen brennende Fackeln, andere schrien zu uns hinauf ‚Ihr Judenschweine ... Eure Stunde hat geschlagen ...‘. [...] Es klingelte an der Tür. Ein Gestapo-Mann wollte die Wohnung nach Waffen durchsuchen. Er ging von Raum zu Raum, schlitzte Matratzen mit seinem Messer auf, drehte Stühle um und zog Schreibtischschubladen auf. Natürlich fand er nichts. Zu der Zeit, als er fertig war, wummerte der Mob bereits gegen die Haustür. ‚Aufmachen, ihr Schweine!‘ Ich sehe den Gestapo-Mann noch immer vor mir, wie er gelassen durch den Korridor in Richtung Eingangstür geht, wie sich die Mutter an ihn klammert, ihn anfleht, nicht zu gehen. Und er sagt: ‚Ich bin durch hier‘, und die Tür öffnet. Nun drangen etwa ein Dutzend Schläger in die Wohnung. Sie trieben uns in den Korridor, wir wussten sofort, dass unser Leben in ihren Händen lag. Einer von ihnen – der Sohn unseres Bäckers – schwang eine Axt über meinem Kopf und schrie: ‚Wir sind gekommen, um euch ein für alle Mal loszuwerden, ihr dreckigen Juden ...‘ Und dann gingen sie von Raum zu Raum, zerschlugen jedes Möbelstück mit ihren Äxten, schlitzten die Ledersessel mit ihren ‚Blut und Ehre‘-Messern auf, verwüsteten alles, wessen sie habhaft wurden. Ich kann immer noch das Geräusch hören, als die große Vitrine auf



Blick in die Collegienstraße, Schauplatz der Ereignisse vom 10. November 1938

den Boden krachte, sehe noch die zerbrochenen Stielgläser und das gebrochene teure Porzellan verstreut im Esszimmer liegen.

Während der Zerstörung hörten wir unablässig Drohungen und Beleidigungen [...]. Aber schließlich verließen sie die Wohnung [...]. Und die Angst, dass sie zurückkommen, ‚um ganze Arbeit zu leisten‘, lag über uns. [...] Am nächsten Morgen blickten wir in die Verwüstung, nicht nur die der Wohnung, sondern auch unseres Lebens. [...] Schließlich entscheiden unsere Mütter, Manfred [Richards Cousin – Anm. des Autors] und mich loszuschicken, um zu erfahren, was mit den anderen Juden geschehen war. Bestimmt würden die Nazis den Kindern nichts tun. So machten wir uns auf den Weg, schauten ängstlich von links nach rechts, gingen in Richtung Collegienstraße, der Geschäftsstraße, wo sich mehrere jüdische Bekleidungsgeschäfte befanden. Die Menschen wendeten ihre Gesichter ab, als wir an ihnen vorbeiliefen. Die meisten von denen kannten uns zu gut, um sich bei den Gedanken an die Ereignisse der vorangegangenen Nacht wohlzufühlen. Jedes jüdische Geschäft und jeder jüdische Wohnsitz (mit einer einzigen Ausnahme [...]) wurden zerstört. Gasscherben lagen verstreut vor den jüdischen Bekleidungsgeschäften. Überall war geplündert worden. Frau Hirschfeldt [...] wurde zu-



Richard Wiener, Aufnahme von 2013

sammen mit ihrer Tochter durch die Collegienstraße getrieben. Sie mussten Schilder um den Hals tragen, auf denen stand: ‚Ich bin Jüdin, spukt auf mich.‘ Und es gab eine Menge, die diese Einladung annahm. [...]“³¹

Im Verlauf des Pogroms wurde – wie bereits mehrfach betont – eine große Zahl jüdischer Wittenberger in „Schutzhaft“ genommen. Das waren Eugen Fuhrmann (53 Jahre), Richard Hirschfeld (62 Jahre), Gerhard Kuhn (39 Jahre), Hans Ledien (51 Jahre), Simon Schwarz (60 Jahre), Alfred Seligmann (41 Jahre), Max Wiener (49 Jahre) und Robert Wiener (38 Jahre). Alle Inhaftierten wurden in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht; nach qualvollen Wochen der Haft mit der Auflage entlassen, das Deutsche Reich sofort zu verlassen.³² Einzig Robert Wiener blieb bis zum 11. Februar 1938 inhaftiert.³³ Die noch verbliebenen jüdischen Geschäfte in Wittenberg wurden bis zum Ende des Jahres 1938 aufgelöst bzw. „arisiert“, wodurch die Juden ihre letzte Existenzmöglichkeit verloren.

Auch in Wittenberg wurde nach dem Pogrom angewiesen, dass „die entstandenen Schäden von den jüdischen Inhabern [...] zu beseitigen“ seien und dass „die Kosten der Wiederherstellung der Betroffene“ zu Tragen habe. Darüber hinaus würden „Versiche-

rungsansprüche von Juden [...] zugunsten des Reichs beschlagnahmt.“³⁴ Ferner fiel es den Behörden angesichts der Ereignisse des Novembers besonders leicht, Juden unter Druck zu setzen und deren Auswanderung zu erzwingen. Als letzte Quelle sei an dieser Stelle ein Genehmigungsbescheid vom 1. Juli 1939 zitiert, wonach „Herrn Hermann Scholz, Wittenberg Lutherstadt, Lützowstraße 11, die Genehmigung zur Überweisung von RM: 500,- [...] an die Stadtparkasse Wittenberg Lutherstadt, zur Gutschrift auf das Auswanderungskonto des Max Israel Wiener, früher Wittenberg, jetzt Bolivien [zu erteilen ist].“³⁵

Anmerkungen

- 1 Der folgende Artikel stellt eine stark verkürzte, aktualisierte bzw. ergänzte Version der Bachelorarbeit von Sören Scherg dar, der zu diesem Zeitpunkt eng mit der Initiative Stolpersteine Wittenberg zusammenarbeitete, vgl. dazu: Scherg, Sören: Die „Reichskristallnacht“ in Wittenberg, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Potsdam 2009.
- 2 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 11. 03. 1933.
- 3 Am 1. April 1933 wurden reichsweit jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Banken, Arztpraxen und Kanzleien boykottiert. Die Aktion wurde bereits seit März von den Nationalsozialisten geplant.
- 4 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 01. 04. 1933.
- 5 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 03. 04. 1933.
- 6 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 05. 04. 1933.
- 7 Vgl. Zur Geschichte des historischen Ortes, online unter <https://gedenkstaette-lichtenburg.sachsen-anhalt.de/geschichte/> [Stand vom 20. 09. 2018].
- 8 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 20. 06. 1933.
- 9 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 09. 08. 1933.
- 10 Stadtarchiv Wittenberg, FB I c, Kap. I, Nr. 126, Bd. X 1932–1938, 118.
- 11 Vgl. Kabus, Ronny: Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich, Wittenberg 2003, S. 113 und 146.
- 12 Stadtarchiv Wittenberg, Kursächsische Tageszeitung vom 30. 07. 1935.
- 13 Bundesarchiv Koblenz, NS 6, 220.
- 14 Stadtarchiv Wittenberg, Kursächsische Tageszeitung vom 28. 06. 1937.
- 15 Vgl. Landesarchiv Merseburg, Rep. C 144, Coswig Nr. 1989.
- 16 Vgl. Pester, Reinhard: (Un)vergessene Nachbarn, Wittenberg 2016, S. 75.
- 17 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 09. 04. 1938.

- 18 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 11. 11. 1938.
- 19 Ebenda.
- 20 Stadtarchiv Wittenberg, Kursächsische Zeitung vom 11. 11. 1938.
- 21 Stadtarchiv Wittenberg, Wittenberger Tageblatt vom 11. 11. 1938.
- 22 Die Familie Seligmann (Alfred, Ehefrau Gertrud und Tochter Johanna sowie Alfreds Schwester Elfriede) musste nach der Pogromnacht in eines der Wittenberger „Judenhäuser“ ziehen. Eine Auswanderung nach England scheiterte. Von Berlin wurden sie ins Ghetto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, von wo keiner von ihnen zurückkehrte. Vgl. dazu: Pester, Reinhard: (Un)vergessene Nachbarn (wie Anm. 16), S. 76 ff.
- 23 Vgl. Kabus, Ronny: Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich (wie Anm. 11), S. 97.
- 24 Ebenda, S. 99.
- 25 Stadtarchiv Wittenberg, FB I d, Kap. XIII, Nr. 151.
- 26 Der aus Bohorodczany stammende Geschäftsmann Isidor Preminger siedelte sich während des Ersten Weltkriegs in Wittenberg an. 1932 muss er Insolvenz anmelden, was die neuen Machthaber bereits 1933 umgehend zu seiner Ausweisung nach Polen nutzen. Vermutlich kam Preminger beim „Blutsonntag von Stanislaw“ am 12. Oktober 1941 ums Leben. Vgl. dazu Pester, Reinhard: (Un)vergessene Nachbarn (wie Anm. 16), S. 37 ff.
- 27 Vgl. Pester, Reinhard: (Un)vergessene Nachbarn (wie Anm. 16), S. 37 f.
- 28 Ebenda, S. 54.
- 29 Zitiert nach: Kabus, Ronny: Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich (wie Anm. 11), S. 100.
- 30 Richard Wiener wurde als Sohn einer Schuhfabrikantenfamilie am 7. August 1927 in Wittenberg geboren und konnte über die Kindertransporte nach England ausreisen. Der heute in den USA lebende Patentanwalt ist seit 2010 Ehrenbürger der Lutherstadt Wittenberg.
- 31 Wiener, Richard: Meine Reise ins Überleben, Wittenberg 2014, S. 36 ff.
- 32 Fuhrmann emigrierte 1940 in die USA, Hirschfeld 1939 nach Palästina, Ledien 1939 nach Shanghai, Max Wiener 1939 nach Bolivien und Robert Wiener 1939 nach Großbritannien. Gerhard Kuhn und Simon Schwarz fielen dem Holocaust in Majdanek und Sobibor zum Opfer. Alfred Seligmann verstarb im Ghetto von Lodz. Vgl. dazu Vgl. Kabus, Ronny: Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich (wie Anm. 11), S. 146 ff.
- 33 Ebenda, S.103 f.
- 34 Stadtarchiv Wittenberg, FB I d, Kap. XIII, Nr. 151.
- 35 Vgl. Kabus, Ronny: Juden der Lutherstadt Wittenberg im III. Reich (wie Anm. 11), S. 113. (Hervorhebung im Original.)



Das Logo des Vereins zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft / Salzbergwerk Neu-Mansfeld / Georgi e. V.

Gedenk- und Begegnungsstätte Wansleben am See. Vom Außenlager des KZ Buchenwald zum Zwischenlager des NKWD

Hartmut Lauenroth unter der Mitarbeit von Maria Hahn und Andreas Tautrim

An der B 80, zwischen Halle (Saale) und der Lutherstadt Eisleben, liegt der kleine Ort Wansleben am See, ein Ortsteil der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land. In den letzten acht Jahren hat der Verein zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft / Salzbergwerk Neu-Mansfeld / Georgi e. V. mit Hilfe von Fördermitteln der EU, des Landes Sachsen-Anhalt und des Landkreises Mansfeld-Südharz auf dem ehemaligen Gelände des Salzbergwerks Neu-Mansfeld die Gedenk- und Begegnungsstätte Wansleben am See errichtet.

Der Verein möchte mit seinen Aktivitäten auf ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte aufmerksam machen. Auf dem Gelände der heutigen Gedenk- und Begegnungsstätte Wansleben am See vollzog sich Unrecht. Die hier vorhandenen Ka-

Geldrent.

K.L. Buchenwald, den 13. März 1944

Transport Wilhelm

25864	Baschkowakij, K.	26821	Kartaschew, N.
25861	Dumov, B.	26884	Kaschuk, H.
25993	Dizenko, I.	26962	Ajcow, N.
25961	Iwanow, A.	27009	Schischkow, J.
25969	Waszkrenenski, A.	27204	Babitsch, W.
25912	Konjatschenko, I.	27409	Iwanow, A.
25922	Legeo, I.	27570	Ibrahikow, D.
25950	Kapljuga, G.	30566	Gonin, L. ←
25977	Karschko, A.	31100	Feiten, W.
26004	Schischmarjina, A.	31874	Kedlicke, F.
26061	Ingotschow, I.	31833	Chomanko, I.
26161	Krotenko, P.	31700	Kowalenko, N.
26119	Tkatsch, F.	33669	Kubiatowicz, H.
26152	Kozlikin, W.	34273	Waschtschenko, I.
26174	Bidanko, G.	34774	Petrow, A.
26187	Gewitschaj, S.	34883	Petrow, I.

Transportliste vom 13. März 1944 mit dem Namen des französischen Gefangenen Lucien Gonin

lischächte „Georgi“ (in Wansleben) und „Neu-Mansfeld“ (an der Pumpstation) wurden in der Zeit des Nationalsozialismus von 1942 bis 1945 von der Heeresmunitionsanstalt (HMA) genutzt. Im April 1944 wurde im Bereich der beiden Schächte ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald errichtet. Die unterirdischen Grubenräume der beiden Kalischächte wurden zu Produktionsstätten für Flugzeugteile, Granatzünder, hydraulische Pumpen für Messerschmitt-Flugzeuge und andere Waffensysteme umfunktioniert. In diesem KZ-Außenlager waren ca. 2000 Menschen unterschiedlicher Nationalität interniert, darunter Russen, Polen und Franzosen.

Mit Fördermitteln aus dem Lokalen Aktionsplans (LAP) wurde bis Ende 2009 die Dokumentation „Quellen zur Geschichte Sachsen-Anhalts. KZ Buchenwald - Außenlager Wansleben am See. Ein historischer Abriss“ erarbeitet. Mehrere Nachauflagen zeugen für das breite Interesse an den historischen Geschehnissen dieser Zeit.

Das KZ-Außenlager Wansleben am See

Zu den französischen Staatsbürgern, die in das KZ-Außenlager Wansleben am See verschleppt wurden, gehörte Georges Lotard, der unter dem Tarnnamen Lucien Gonin

Wansleben, am See b. Halle 4. 9. 45
 Liebe Mamma, lieber Friedel!
 Kusterhufen geht es mir soweit noch gut und
 hatte von Euch meine lieben am gleichen
 Hochfesten. Ich bin bereit zu nach hier
 nicht, da man auch nicht weiß wie lange wir hier
 sind, ich hätte die Frankenkasse aufbehalten! Wenn
 der Chef nicht weiter Anzahl dann für alle die
 zweitens die Hälfte weiter. Ich hoffe, das wir uns
 zumit wiedersehen, und verbleibe mit dem
 besten Grüßen
 Karl Apels
 Die 3 Gefangenengenossen von 4. sind auch hier alle
 zusammen. In welchem Lager sind sie, - Macht
 sich keine Sorgen, von 2 Franken haben wir und
 sind auch alle gesund. Das Lager ist nicht
 eine große, Putzsch, etwas Holz & Fett. Vielleicht kann
 das jemand bringen. Welche Katerhufe & Komet
 kommt ich auch zuhause, - Kommt aber nicht
 nach hier, warum ich es nicht weiß.
 Freundlich zu mir sein!

Kassiber Karl Apels, geschrieben am 4. September 1945

aktiv in der französischen Resistance kämpfte. Er wurde am 30. September 1943 in Périgneux verhaftet und nach Deutschland gebracht. Am 30. Oktober 1943 wurde er im KZ Buchenwald als „Schutzhäftling“ mit der Häftlingsnummer 30.566 interniert. Auf der Transportliste „Wilhelm“ (Baukommando) vom 13. März 1944 taucht die Häftlingsnummer 30.566 mit dem dazugehörigen Namen Gonin, L. auf. Georges Liotard war vom 13. März 1944 bis zum 13. April 1945 in Wansleben. Nach der Befreiung durch die amerikanischen Truppen am 14. April 1945 kehrte Georges Liotard am 26. Mai 1945 nach Frankreich zurück.¹ Das Außenlager Wansleben wurde am 14. April 1945 gegen 14.00 Uhr von den Truppen der 1. US-Army besetzt. Wie in vielen anderen Lagern fanden die amerikanischen Soldaten auch im Lager Wansleben Tote und Entkräftete. Wenige Tage zuvor, am 11. und 12. April 1945, hatte die Evakuierung der Häftlinge be-

1. Фам.	Штримберг		Германия
2. Имя	Освальд		Отец Штримберг
3. Отц.			Мать Штримберг
4. Год рожд.	1887	5. Место рожд.	Вост.-Приморский край Маньчжурская железная дорога
6. Адрес	по месту рождения		Отдел 7. Губ. след.
7. Проф. (служ.)			Мать ана
8. Место работы, адрес	Земельный отдел		Сл. _____
9. Место рождения	4. 18	10. Национал.	Арх. _____
11. Ст. п. р. к.	Освальд, Штримберг		Сл. _____
	1950		Арх. К 943223
			МЛБ СССР

Oswald von Strombergs Karte aus der sowjetischen Gefangenenkartei

gonnen. Etwa 2000 Häftlinge wurden auf einen Todesmarsch gezwungen. Gefangene, die nicht mehr laufen konnten, wurden von den Bewachern erschossen. Bei Hinsdorf wurden die Überlebenden am 14. April 1945 durch amerikanische Truppen befreit.

Als Zwischenlager des NKWD umfunktioniert

Nach der Niederlage Deutschlands im 2. Weltkrieg wurde das Außenlager Wansleben des KZ Buchenwald zeitweilig zur Internierung von deutschen Bürgern verwendet. Von August 1945 bis in den Herbst desselben Jahres hinein wurde es als Sammellager des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) genutzt. Der Historiker Dr. Jan Lipinsky schreibt dazu: „Zudem bestanden kurzzeitig provisorische Übergangssammelpunkte, wie Weesow und Wansleben am See bei Halle.“²

Zu den deutschen Internierten gehörte der am 6. August 1945 verhaftete Karl Apel (16. 3. 1897 – 17. 4. 1947). Er wurde in Gotha verhört und danach in das Lager Wansleben am See gebracht. Karl Apel berichtete am 4. September 1945 mittels einer geschmuggelten Botschaft auf einem kleinen Stück Papier (Kassiber) seiner Familie, dass

es ihm „soweit noch gut gehe“. Der Kassiber ist mit dem Ort Wansleben am See bei Halle ausgewiesen. Ende September 1945 wurde er im NKWD-Speziallager Nr. 8 Torgau zunächst im Fort Zinna und ab März 1946 in der Seydlitz-Kaserne interniert. Seine Verlegung in das Speziallager Nr. 2 Buchenwald erfolgte Ende 1946, wo er am 17. April 1947 verstarb.

Auch Karl Korb aus Klostermansfeld, der am 28. August 1945 verhaftet wurde, kam in das Lager Wansleben am See. Wie sich sein Sohn erinnert, fuhr seine Mutter einige Tage nach der Verhaftung nach Wansleben, um ihrem Mann Wäsche und Essen zu bringen. Sein Vater winkte und signalisierte ihr, dass sie nicht näher kommen solle. Der sowjetische Wachsoldat drohte schon mit der Waffe.

Oswald Baron von Stromberg wurde am 15. Juli 1887 geboren. Nach dem Tod seines Vaters 1908 übernahm er das Rittergut Welfesholz. Seit 1937 war er Mitglied der NSDAP. Oswald Baron von Stromberg wurde am 4. September 1945 von Mitarbeitern der operativen Gruppe des NKWD für Eisleben verhaftet. Er wurde als „aktiver Nazi“ eingestuft und ihm wurde vorgeworfen, er habe sowjetische Kriegsgefangene ausgebeutet. Über die Zwischenstation Wansleben am See kam er in den „Roten Ochsen“, seit 1945 sowjetischer Haft- und Internierungsort in Halle (Saale). Danach wurde Oswald Baron von Stromberg in das Speziallager Nr. 8 Torgau (Fort Zinna) verlegt, wo er wenige Wochen nach seiner Einlieferung am 7. Februar 1946 an einer Lungenentzündung verstarb. Bis zum heutigen Tag wurde er nicht rehabilitiert.

Die Gedenk- und Begegnungsstätte

Zwischen 2007 und 2013 wurde das Fördermaschinenhaus vor dem völligen Zerfall gerettet und in dem sanierten Gebäude die Gedenk- und Begegnungsstätte Wansleben am See errichtet, um so auf den Missbrauch des Bergwerks während der NS-Zwangsherrschaft aufmerksam zu machen. Die wachsenden Besucherzahlen in den letzten zwei Jahren, darunter viele Schulklassen aus der Region, zeugen von dem Interesse an dem Projekt. Insbesondere die historisch angelegten Schülerprojekte stoßen auf große Resonanz, auch über die Region hinaus. Hier sind die zwei Ausstellungen „Zur Geschichte des KZ Wansleben“ und „Vom Außenlager zum Zwischenlager“ zu besichtigen. Weiterhin zeugt die Einbeziehung von Künstlern, Grafikern und Musikern von der gestiegenen Aufmerksamkeit für das ehemalige Außenlager des KZ Buchenwald. Inzwischen wurde das ehemalige Förderhaus grundlegend erneuert und als Schulungs- und



Das sanierte Fördermaschinenhaus wurde zu einem Ort der Begegnung und der Erinnerung



Die Erinnerungssteine wurden während eines Projekttagges von Schülern der Levana-Schule Eisleben gestaltet

Beratungsraum umfunktioniert. Zusätzlich wird das sanierte Gebäude Vereinen und Organisationen zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Hier seien der Verein zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft, der Heimatverein Wansleben und andere Vereine der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land genannt. Aber auch Organisationen, politische Vereine, Schulen und andere gesellschaftliche Organisationen nutzen die Begegnungsstätte.

Inzwischen wurde der ehemalige Luftschutzbunker des KZ mit der darauf befindlichen Kalisalzaufschüttung (Kleine Halde) saniert und für die Besucher zugänglich gemacht. Zurzeit wird die Außenanlage gestaltet und die Gesamtanlage des Geländes gesichert. So wurden die ehemaligen Lagergrenzen durch Betonsäulen sichtbar gemacht. In die Gestaltung der Außenanlage wurde auch die Baumgruppe, die anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung 2015 von Persönlichkeiten der Region und unter Teilnahme des Konsuls der USA gepflanzt wurde, einbezogen. Derzeitig werden die Zuwegung gestaltet, Parkplätze gebaut und eine Beschilderung des Außenlagers Wansleben installiert.



Modell des Kalibergwerks Neu-Mansfeld, gebaut von Auszubildenden aus dem Mansfelder Land

Die pädagogische Arbeit

1) Schülerprojekte

Eine der ersten Bildungseinrichtungen, die ihre Schüler zu Projekttagen nach Wansleben schickte, war die Levana-Schule Eisleben. Mit großem Engagement wurden Aufräumarbeiten erledigt und Erinnerungssteine für getötete Häftlinge gestaltet, die im Fördermaschinenhaus ausgestellt sind.

2) Lehrlings-Projekt zum Kalibergwerk Neu-Mansfeld

Im Rahmen ihrer praktischen Ausbildung fertigten Auszubildende des Mansfelder Bildungszentrums ein Modell des ehemaligen Kalibergwerks Neu-Mansfeld an. Dieser Gebäudekomplex wurde später zu einem Teil des Außenlagers Wansleben umfunktioniert. Das Modell fand in der Ausstellung seinen Platz.

3) Schülerprojekte zur inhaltlichen Profilierung der Gedenkstätte

Im Jahr 2015 beschäftigten sich Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums Eisleben, der

Sekundarschule „Martin Luther“ Mansfeld und des Vöhlin-Gymnasiums Memmingen mit dem Projekt „Vom Außenlager des KZ Buchenwald zum Zwischenlager des NKWD Wansleben am See“. Ziel war es, Einzelschicksale von Menschen aus dem Gebiet des heutigen Landkreises Mansfeld-Südharz aufzuzeigen, die in der Zeit des Nationalsozialismus, später durch die sowjetischen Besatzungsorgane und danach von den Staatsorganen der DDR verfolgt und interniert wurden. Das Projekt wurde maßgeblich unterstützt durch die Lutherstadt Eisleben, die Berliner Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt sowie private Förderer. Die publizierte Dokumentation fand öffentliche Aufmerksamkeit.

Der Verein zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft Mansfelder Land / Salzbergwerk Neu Mansfeld / Georgi e.V. bietet neben Führungen durch die Gedenk- und Begegnungsstätte auch Projektstage für Schulen und (Jugend)-Gruppen an. Ergänzt wird das Programm durch verschiedene kulturelle und musikalische Angebote.

In der Gedenk- und Begegnungsstätte Wansleben bestehen somit für eine immer wichtiger werdende Demokratie-Erziehung der (jungen) Menschen günstige Bedingungen. Die beiden Dauerausstellungen „Zur Geschichte des KZ Wansleben“ und „Vom Außenlager zum Zwischenlager“ ergänzen den besonderen Lernort, der für die Region ein Alleinstellungsmerkmal ist, das auch künftig weiter profiliert werden soll.

**Verein zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft/
Salzbergwerk Neu-Mansfeld/Georgi e. V.**

Pumpstation 1 a
06317 Seegebiet Mansfelder Land
Telefon: 034601 30803
Mobil: 0177-8665876
info@kz-wansleben.de
<http://www.kz-wansleben.de/>

Öffnungszeiten

Mittwoch bis Sonntag: 12 – 17 Uhr (und nach Vereinbarung)

Anmerkungen

- 1 Das Manuskript der Lebenserinnerungen Georges Liotards liegt handschriftlich beim Verein vor.
- 2 Lipinsky, Jan: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, in: Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1999.



Jochen Leibel (4. v. re.) inmitten seiner Familie bei der Einweihung der Erinnerungstafel an das Ehepaar Koch am 21. 4. 2018 in Halle

Edgar und Ernestine Koch, stille Helden aus Halle – eine überfällige Ehrung

Heidi Bohley

Über dem Eingang zum Haus Nr. 5 in der halleischen Schmeerstraße erinnert seit April 2018 eine Gedenktafel an den persönlichen Widerstand zweier Hallenser in einer Zeit, aus der nur wenig Gutes zu berichten ist. Die Tafel trägt die Aufschrift: „Zur Erinnerung an EDGAR und ERNESTINE KOCH, die in diesem Haus ein vegetarisches Restaurant führten. 1943 – 1945 haben sie unter Lebensgefahr eine jüdische Mutter und ihren kleinen Sohn versteckt und beider Leben gerettet.“

Der gerettete jüdische Junge, Jochen Leibel, lebt heute in Südfrankreich und hat die Anbringung der Tafel angeregt. Der halleische Verein Zeit-Geschichte(n) hat seinen



Stille Helden: Ernestine und Edgar Koch versteckten zwei Juden

Wunsch mit Hilfe einer Spende aus der katholischen Pfarrei Carl Lampert realisiert. Es ist die erste öffentliche Würdigung für Edgar und Ernestine Koch.

Ernestine und Edgar Koch, ein kinderloses, katholisches Ehepaar, betrieben in der 1. Etage des Hauses Schmeerstraße Nr. 5 das vegetarische Speisehaus „Deutsche Volkskraft“. Edgar Koch (1905–1978) und Ernestine Koch, geborene Scherber (1893–1982), hatten sich über die „Wandervögel“ kennengelernt. Diese „Jugendbewegung“ suchte nach neuen Lebensidealen in freier Natur. Damit verbunden war die „Reformbewegung“, die u. a. eine vegetarische Ernährung propagierte.

Nach der Heirat lebten die jungen Leute in der Hardenbergstraße 3 in Halle (Saale), einem geräumigen Eckhaus, das Edgars Vater, dem Kaufmann Alfred Koch gehörte. Edgar Koch führte als gelernter Obstbautechniker einen Gartenbaubetrieb. Er praktizierte biologisch-dynamische Anbaumethoden, deren Produkte dann in seinem vegetarischen Restaurant verarbeitet wurden. Weil er mit seiner Gärtnerei „kriegswichtige“ Lebensmittel produzierte, wurde Edgar Koch vom Kriegsdienst freigestellt. Anfang 1943 erreichte die Kochs aus dem Dominikanerkloster Leipzig die konspirative Anfrage, ob sie bereit wären, eine Leipziger Jüdin und ihren kleinen Sohn, die beide schon auf einer Deportationsliste standen, in Halle zu verstecken. Die Kochs sagten zu, wohl wissend, dass sie sich damit selbst in Lebensgefahr brachten.

Die 29-jährige Leipzigerin Käthe Leibel lebte mit ihrem zweijährigen Sohn Jochen schon seit einiger Zeit in einem „Judenhaus“. Das war die Nazi-Bezeichnung für Häuser, in denen Juden bis zur Deportation auf engstem Raum leben mussten. Käthe stand bereits auf einer Transportliste „nach Osten“ und wusste keinen Ausweg. Jochens Vater war an der Front und konnte ihr nicht helfen, aber ihre Freundin Johanna Landgraf, die zu einem Widerstandskreis um den Sozialdemokraten Erich Zeigner gehörte, versprach, ein Versteck für Käthe und das Kind zu finden. Am 14. Februar 1943 verließ Käthe Leibel mit ihrem Sohn Jochen das „Judenhaus“. Um Nachforschungen zu verhindern, hinterließ sie einen fingierten Abschiedsbrief mit der Ankündigung eines Selbstmords.

Zunächst fanden Mutter und Kind Aufnahme im Dominikanerkloster St. Albert in Leipzig-Wahren. Auch Pater Aurelius Arkenau unterhielt Kontakte zu Widerstandskreisen. Er versteckte die beiden über mehrere Tage in einem Dachzimmer des Pfarrhauses, das nur über eine Leiter erreichbar war. Johanna Landgraf suchte nach weiteren Unterkünften. Zwei Monate lang kamen die Leibels bei Landgrafs Freunden und Familienmitgliedern in verschiedenen Teilen Deutschlands unter. Im Mai hatte Pater Aurelius Arkenau über Berliner Kontakte dann die rettenden Papiere. Fortan waren die Leibels „Helga und Richard Rousseau, Berliner Bombenopfer“.

Pater Arkenau taufte den kleinen Jochen. Pate standen Erich Zeigner und Johanna Landgraf. Er vermittelte auch den Kontakt nach Halle zu dem katholischen Ehepaar Koch, bei dem die Leibels nun eine dauerhafte Bleibe fanden. Im Gartenbaubetrieb gab es einen Geräteschuppen, wo ein Gärtnergeselle vor seinem Gestellungsbefehl zur Wehrmacht gelebt hatte. Diesen Schuppen bezogen Mutter und Kind fürs Erste und



Erich Zeigner (1886 - 1949), Johanna Landgraf (1908 - 2012) und Pater Aurelius Arkenau (1900 - 1991) halfen rassistisch und politisch Verfolgten (v. l.)

„Helga Rousseau“ arbeitete in der Gärtnerei. Niemand außer den Kochs war eingeweiht. Nicht einmal Edgars Eltern kannten die wahre Identität der Gäste. Als der Winter nahte, zogen Mutter und Kind in eine Bodenkammer der Hardenbergstraße 3, wo Edgar Koch sie ganz offiziell als Untermieter anmeldete. Der inzwischen 3-jährige Jochen gewöhnte sich bald an den neuen Namen und nannte die Kochs Onkel und Tante. Am 18. November 1944 wurde auch Käthe Leibel alias Helga Rousseau in der katholischen Propsteikirche St. Franziskus und St. Elisabeth getauft. Patin war Ernestine Koch.

Im April 1945 eroberten amerikanische Truppen Halle und Leipzig. Jetzt mussten sich die Leibels nicht mehr verstecken und auch Erich Zeigner (ab 1944 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald inhaftiert) hatte überlebt. Der Amerikanischen folgte die sowjetische Besatzung und Erich Zeigner wurde von den neuen Machthabern als Leipziger Oberbürgermeister eingesetzt. Er starb 1949.

Jochens Vater hatte den Krieg nicht überlebt und alle echten Papiere waren aus Sicherheitsgründen vernichtet worden. Damit aus Helga und Richard Rousseau wieder Käthe und Jochen Leibel werden konnten, bürgten Johanna Landgraf und Erich Zeigner mit eidesstattlichen Erklärungen. Am 29. Mai 1945 wurden die Geretteten ins halleche Melderegister aufgenommen. Zusätzlich nahmen die Kochs auch noch zwei verwais-

te Flüchtlingskinder aus Ostpreußen, die Geschwister Maria und Heinz Gehrman, bei sich auf.

Am 28. September 1947 bestätigte Käthe Leibel durch eine Firmung ihren Übertritt zur katholischen Kirche. Jochen besuchte die Grundschule. Edgar Koch warb als Mitglied der „Fachgruppe Vegetarier-Union im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ mit Vorträgen für biologisch-dynamische Bodenbearbeitung und vegetarische Ernährung.

Aber die neue Freiheit war trügerisch. 1951 sahen sich Käthe Leibel und das Ehepaar Koch gezwungen mit den drei Kindern die DDR zu verlassen. Edgars Eltern blieben allein zurück.

Jochen Leibel: „Meine Mutter Käthe Leibel war in den Augen der Kommunisten ja ein ‚Opfer des Faschismus‘ und wurde bevorzugt behandelt. Ende 1950 bekam sie deshalb den ‚Ehrenauftrag‘, im Haus Hardenbergstraße 3 die Bewohner zu überwachen und zu bespitzeln. Meine Mutter lehnte ab. Einige Zeit später kam erneut die Aufforderung, diesmal mit der offenen Drohung: ‚Liebe Genossin, du willst doch nicht, dass Dein Sohn in Moskau erzogen wird?‘ Meine Mutter bekam den Auftrag sich vor allem für das ‚streng katholische Ehepaar Koch‘ zu interessieren und Berichte über die beiden zu liefern. Noch am selben Abend setzten sich meine Mutter und die Kochs zusammen. Die Situation erschien gefährlich, man beschloss in den Westen zu flüchten. Das war damals noch relativ einfach. Nach Ost-Berlin fahren, dann mit der S-Bahn nach Westberlin und sich dort als Flüchtling melden.“

Mit einem Flüchtlingstransport gelangten Käthe Leibel, die Kochs und Maria Gehrman per Flugzeug nach Westdeutschland. Der 11-jährige Jochen und Gerhard Gehrman folgten per Bahn.

Jochen Leibel: „Ich wurde für drei Tage in eine Westberliner Schulklasse gesteckt, die per versiegeltem Waggon für die Ferien quer durch Ostdeutschland nach Westdeutschland fuhr. Ich bekam einen neuen Namen (ich erinnere mich nur an meinen Vornamen Holger) und die Warnung, gegenüber eventuellen ostdeutschen Kontrolleuren mit keinem Wort zu verraten, dass ich aus Halle kam. Mein Endziel in Westdeutschland war Hamm an der Sieg im Westerwald, wo Heinz Gehrman und ich von Jugendfreunden der Kochs aufgenommen wurden.“

Ohne Arbeit und feste Bleibe musste sich Käthe Leibel für die nächsten zwei Jahre von ihrem Kind trennen. Jochen glaubte, die Mutter habe ihn nun für immer verlassen. Erst Ende 1953 fand Käthe Leibel eine Anstellung beim Caritas-Verband Hamburg und konnte das Kind zu sich holen. Sie starb 2008 in Hamburg. Die Kochs arbeiteten in der Bundesrepublik für verschiedene katholische Einrichtungen und lebten bis zu ihrem Tod in finanziell schwierigen Verhältnissen.

Dominikanerpater Aurelius Arkenau, der Juden, Deserteuren, Fremdarbeitern, Kommunisten und Sozialdemokraten das Überleben ermöglicht hatte, passte nicht ins SED-Propagandabild vom „antifaschistischen Widerstandskämpfer“. Erst nach der Friedlichen Revolution und sieben Jahre nach seinem Tod wurden in Leipzig seine Verdienste gewürdigt. Seit 1998 trägt der Platz vor dem Rathaus Leipzig-Wahren seinen Namen. 1999 ehrte ihn die Internationale Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum Yad Vashem mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“. In Jerusalem steht sein Name auf der Gedenkmauer im „Garten der Gerechten“.

Johanna Landgraf war bis 1946 Sekretärin von OB Erich Zeigner, wurde Mitglied der KPD, später der SED/PDS/DIE LINKE. In der DDR arbeitete sie im Bereich Jugendhilfe/Heimerziehung und im „Stadtbezirkskabinett für Kulturarbeit“ mit Sitz im ehemaligen Wohnhaus Erich Zeigners. Dort bezog sie 1984 auch eine Wohnung. Sie starb 2012 im Alter von 103 Jahren. 2014 wurde für sie eine Gedenktafel am jetzigen „Erich-Zeigner-Haus“, angebracht.

Käthe Leibel wollte lange nicht über die Zeit der Verfolgung sprechen. Auch für ihren Sohn waren andere Dinge wichtiger geworden, aber 1987 erlebte er als Journalist den Lyoner Prozess gegen den Nazi-Verbrecher Klaus Barby. Das war der Anstoß für eine Spurensuche zur eigenen Familiengeschichte. Anlässlich des 95. Geburtstages von Johanna Landgraf im Jahr 2003 erreichte Käthe und Jochen Leibel eine Einladung aus Leipzig und es gab ein Wiedersehen der drei schicksalhaft miteinander verbundenen Menschen.

Die halleche Erinnerungstafel wäre eigentlich am Haus Hardenbergstraße 3 (damals im Besitz der Familie Koch) am richtigen Ort gewesen, aber der die derzeitigen Eigentümer verweigerten die dafür erforderliche Genehmigung. Der Hausverwalter schrieb

dem Verein Zeit-Geschichte(n) am 8. 12. 2016 aus Sarstedt bei Hannover: „Die Gesellschafter haben sich einstimmig gegen die Anbringung des Schildes ausgesprochen. Damit soll keinesfalls die Leistung der Eheleute Koch geschmälert oder nicht gewürdigt werden, es ging hier um ganz pragmatische Abwägungen (Schmutzfahnen an Fassade, Farbunterschied unter Schild, ggfls. Reparaturen in Zukunft, Löcher in Fassade).“

Jochen Leibel antwortete mit einem offenen Brief an die Eigentümer: „Jede Heldentat verdient Bewunderung und Erinnerung. Und das Haus Nummer Drei in der Hardenbergstraße in Halle war vor Jahrzehnten Schauplatz einer solchen bewunderungswürdigen Heldentat, einer lebensgefährlichen Rettungsaktion. [...] Dank des Mutes von Edgar und Ernestine Koch konnten alle Beteiligten die unmenschliche Epoche überleben. Heute allerdings ist nur noch der einstige kleine Junge am Leben. Er wohnt in Frankreich, ist ein betagter alter Herr, möchte aber, dass die Heldentat des furchtlosen Ehepaars Koch in Halle nicht unvergessen bleibt. Deshalb die Idee einer diskreten kleinen Gedenktafel an der Außenmauer des Hauses, in dem Edgar und Ernestine Koch einst selbstlos ihr Leben aufs Spiel setzten und zwei ihnen bis dahin völlig unbekannte Menschen vor dem sicheren Tod retteten. Eine Erinnerung an zwei großartige, bis jetzt aber unbekannte Helden in Halle.“ Die Hauseigentümer haben nicht geantwortet. Glücklicherweise gab dann der Eigentümer des Hauses Schmeerstraße 5, wo die Kochs ihr Restaurant betrieben hatten, seine Einwilligung zur Anbringung der Tafel.

Fahrten in Gedenkstätten im Profil der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Peter Wetzel

Im Profil der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung nimmt der Bereich der historisch-politischen Bildung einen sehr breiten Raum ein. Die Landespolitik unterstützt das Engagement der Landeszentrale in Kooperation mit Schulen, freien Trägern, Gedenkstätten und sichert die Rahmenbedingungen auch finanziell ab. Gedenkstättenfahrten haben also in Sachsen-Anhalt, wie auch in anderen Bundesländern, Tradition.

Zentraler Ansatz unserer Arbeit ist die Initiierung und Förderung von Fahrten zu Gedenkstätten. Unterschiedliche Förderungen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Schulen und offene Jugendgruppen ihre individuellen Konzepte zum Besuch der Gedenkstätten mit den Richtlinien zur Förderung abgleichen. Als Landeszentrale unterstützen wir diesen Prozess durchgängig. Unsere gesamte Arbeit hat Schnittstellen zur Zeitgeschichte und damit auch den angesprochenen Gedenkstättenfahrten. Trotz der bereits erwähnten Kontinuität unterliegt unsere Arbeit immer wieder sich verändernden Förderpartnerschaften. Eine wichtige Aufgabe unseres Wirkens besteht deshalb darin, die Informationskanäle zu den Interessenten und Nutzergruppen zu speisen. Mit allen medialen Möglichkeiten, Fachtagungen, den Jahresprogrammen der Weiterbildung, Biografiegesprächen und Aktionen (Stolpersteinputzen zur „Meile der Demokratie“ in Magdeburg) und der Präsenz der Literaturstelle vermitteln wir unsere Gedenkstättenangebote.

Der Besuch von Gedenkstätten im Bundesland Sachsen-Anhalt durch Schulen wird mit einer einhundertprozentigen Förderung der Fahrtkosten unterstützt. Dazu wurde durch die Direktoren der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Befinden sich die Gedenkstätten außerhalb Sachsen-Anhalts, wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel eine bis zu sechzigprozentige Förderung über die Förderrichtlinie der Landeszentrale ermöglicht. Auf der Grundlage dieser Förderrichtlinie können hier Mittel ganzjährig beantragt werden. Das Antragsverfahren ist ein-

fach und die notwendige fachliche Beratung wird über die zuständigen Mitarbeiter gern ermöglicht.

Einen besonderen Stellenwert hatten und haben Gedenkstättenfahrten im internationalen Rahmen. In den Jahren der Förderpartnerschaft 2016/2017 der Landeszentrale für politische Bildung mit der Bethe-Stiftung haben Gedenkstättenfahrten in unserem Bundesland einen spürbaren Aufschwung erfahren. Die Fahrten in ehemalige deutsche Vernichtungslager auf polnischem Territorium haben den zeitgeschichtlichen Diskurs deutlich, auch emotional, belebt. Allein 2017 fuhren 18 Gruppen Jugendlicher nach Auschwitz oder Treblinka.

Dem Bund ist dieses Interesse an den Fahrten und deren Bedeutung für Demokratiebildung nicht verborgen geblieben. Folgerichtig bündelte das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Mittel aus dem Bundesjugendplan und ernannte das Institut für berufliche Bildung Dortmund (IBB) zur bundesweiten Netzwerkstelle für internationale Gedenkstättenfahrten nach Osteuropa und in das Baltikum.

Lassen Sie uns dieses Aufgabenfeld für die Landeszentrale in Sachsen-Anhalt etwas näher unter die Lupe nehmen. Bezüglich der Gedenkstättenfahrten können Interessenten auf unserer Website lesen: „Im Rahmen einer Kooperation unterstützen die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (LpB) und das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) gGmbH aus Dortmund 2018 Gedenkstättenfahrten Jugendlicher aus allen weiterführenden Schulen Sachsens-Anhalts sowie der offenen Jugendarbeit. Die finanziellen Mittel kommen hälftig vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Land Sachsen-Anhalt. Reiseorte sind ehemalige deutsche Vernichtungslager in Polen (Auschwitz, Majdanek, Sobibor, Treblinka, Chelmno nad Nerem und Belzec), in Weißrussland (Maly Trostinez), in der Ukraine (Babij Jar) sowie in Lettland (Bikernieki). Die Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e. V. unterstützt als dritter Kooperationspartner bei der pädagogischen Vorbereitung, organisatorischen Beratung sowie der verwaltungstechnischen Abwicklung, Begleitung der Gruppen und der Nachbereitung (...).

Die Erarbeitung und Gestaltung des Programms der Gedenkstättenfahrt obliegt der antragstellenden Schule bzw. Organisation. Im Sinne des partizipativen Konzeptes sollten die Jugendlichen bereits hier unterstützend tätig werden. Die Reisedauer beträgt fünf bis acht Tage. Davon ist an vier Tagen das pädagogische Konzept am Gedenkort/der



Jugendliche aus Polen und Sachsen-Anhalt im September 2018 am zentralen Monument der Gedenkstätte Treblinka anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung, die von Schülern des Wettiner Burg-Gymnasiums gestaltet wurde

Gedenkstätte mit mindestens sechs Zeitstunden umzusetzen. 80 % der gesamten Programmzeit sind in der Gedenkstätte zu realisieren. Eine thematische Verknüpfung mit Landeskunde/Regionalgeschichte ist in begrenztem Umfang möglich (z. B. Jüdisches Leben in Kraków oder Warschau, Museen zum Warschauer Aufstand oder Oskar Schindler, jüdische Friedhöfe oder das Museum POLIN in Warschau. Das ist bereits im Antrag erklärend darzustellen.“

Der mit Abstand am häufigsten besuchte Ort internationaler Erinnerungsfahrten ist die Gedenkstätte Auschwitz. Im Oktober 2016 besuchten im Rahmen der o. g. Förderung Jugendliche des Wettiner Burg-Gymnasiums die Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Treblinka. Die intensive konzeptionelle Vorbereitung durch Pädagoginnen und Pädagogen der Schule und die Geschichtswerkstatt Merseburg e. V. führten während und nach dem Gedenkstättenbesuch jeweils zu einer schöpferischen Phase der Nachbereitung.

Ein zusätzlicher Besuch in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg zur Problematik Täterbiografien motivierte die Gruppe, ihre gesammelten Erfahrungen und Eindrücke in einer Ausstellung anderen Jugendlichen der Schule zugänglich zu



Schülerinnen und Schüler des Merseburger Domgymnasiums unterstützen die Ausstellung in der Willi-Sitte-Galerie Merseburg

machen. Die Tatsache, dass es sich beim Wettiner Burg-Gymnasium um eine Schule mit speziellem Kunstzweig handelt, war dem Vorhaben sehr zuträglich. Die beiden Pädagoginnen verstanden es im gesamten Prozess des Projektes die Jugendlichen zu motivieren. Es entstanden in kleineren Gruppen Entwürfe für einzelne Arbeiten und Installationen. Der Gestaltungsbreite der Arbeiten waren dabei keine Grenzen gesetzt. In regelmäßigen Treffen wurden die entstehenden Arbeiten vorgestellt und diskutiert. Es entstanden letztlich Skizzen, Zeichnungen, Ölgemälde, biografische Abrisse (Porträt / Text), eine übergroße Litfaßsäule zur Biografie Janusz Korczaks, eine Power-Point-Präsentation, persönliche Texte und eine Fotoserie (siehe Beispiele).

Im Verlaufe der Projektdiskussion führten die Jugendlichen einen intensiven Austausch dazu, wie sie für die Besucher der Ausstellung die unfassbare Dimension des Holocausts in Treblinka darstellen sollten. Letztlich führte diese Diskussion zu einer „Installation der Knöpfe“. Die Aktion „Wir knöpfe(n) uns Geschichte vor“ verdeutlicht auf der einen Seite den erinnerungspädagogischen Aktionsansatz und macht mit der Anzahl der gesammelten 17.000 Knöpfe die Dimension der industriellen Tötung von Menschen im Vernichtungslager deutlich. Die Zahl 17.000 stellt die an einem Tag im Vernichtungs-

lager Treblinka ermordeten Menschen dar. Die öffentliche Sammlung der Knöpfe (in der Schule, im Privatbereich und in Vereinen) war zugleich ein wichtiger Werbefaktor für die entstehende Ausstellung. Die Resonanz war überwältigend. Da mehr als 17.000 Knöpfe eingesammelt wurden, konnten die Jugendlichen ihre Idee in zwei parallelen Aktionen umsetzen. Während in der Ausstellung 17.000 Knöpfe in zwei alten Koffern die Dimension des Massenmordes verdeutlichten, wurden Besucherinnen und Besucher in der Ausstellung zu einer Nähaktion an einem überdimensionalen Leinentuch animiert. Mit einem persönlich angenähten Knopf sollte eine Situation des Erinnerns möglich werden. Knöpfe an Kleidungsstücken waren etwas Verbindendes zwischen den Opfern und sollten mit der Nähaktion Emotionen bei den Besuchern ansprechen. Zur Ausstellungseröffnung nähten Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, und Dr. Edward Kopówka, Direktor der Gedenkstätte Treblinka, sowie die „Gerechte unter den Völkern“ Jadwiga Stankiewicz Jóźwik je einen Knopf an. Nachdem die Ausstellung im Gymnasium in Wettin von fast 600 Jugendlichen besucht wurde, kam die Idee der regionalen Präsentation dieser Exposition in Sachsen-Anhalt auf. Neben der Darstellung der Ergebnisse der Gedenkstättenfahrt sollten Impulse für weitere Anträge aus dem Programmangebot 2018 mit einer Werbung für den Besuch dieser relativ unbekanntes Gedenkstätte verknüpft werden. Mit der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg gewonnen wir einen interessierten und erfahrenen Kooperationspartner. Die Kuratierung der Ausstellung durch den Halleschen Künstler Knut Müller und Frau Langhammer, Leiterin der Stiftung Willi-Sitte-Galerie, erbrachte eine sehr ansprechende Ausstellungsstruktur. Damit wurde die Ausstellung zum außerschulischen Lernort für mehr als 600 Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt. Lesungen, Konzerte, u. a. mit Esther Bejarano & Microphone Mafia und Gruppe „Foyal“, vermittelten die Botschaften der Ausstellung aus einem sehr breiten Blickwinkel heraus. Bereits während der Eröffnung der Ausstellung (15. April bis 22. Juli) machte der anwesende Direktor der Gedenkstätte Treblinka, Dr. Edward Kopówka, deutlich, dass diese Ausstellung auch in Polen der Öffentlichkeit gezeigt werden sollte. Nachdem in Merseburg mehr als 1800 Besucherinnen und Besucher die Ausstellung gesehen hatten, wurde sie am 13. September 2018 im Museum der Gedenkstätte Treblinka in Anwesenheit des Direktors der Landeszentrale für Politische Bildung eröffnet. Während sie in Merseburg die Funktion als Lernort erfüllte, ist sie in Treblinka Bestandteil des Museums. Sie erzählt den Besuchern davon, wie sich deut-



Der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Maik Reichel, der Direktor der Gedenkstätte Treblinka, Dr. Edward Kopówka und Jadwiga Stankiewicz Jóźwik bei der Ausstellungseröffnung in der Merseburger Willi-Sitte-Galerie

sche Jugendliche aus Sachsen-Anhalt mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Sie ist für deutsche Jugendgruppen bei ihren Besuchen dort – bereits vier Gruppen waren im September 2018 zu Gast – ein Baustein des inhaltlichen Programms. Mit der Ausstellung haben die Besucher auf der einen Seite eine interessante thematische Zusammenfassung, andererseits aber auch einen thematischen Kompass, wie man dieses schwere Thema deutscher Geschichte aufarbeiten kann.

Sowohl die Infrastruktur, als auch die technische und materielle Ausstattung laden zu einer intensiven Arbeit im Museum und am Gedenkort ein. Die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt unterstützte die Erweiterung der dortigen Bibliothek mit deutschsprachiger Literatur. Mehr als 80 Bücher und DVD's ermöglichen ein intensives Arbeiten an und mit der Fachliteratur. Damit, so hoffen wir, kompensieren wir das Fehlen von Dokumenten und größeren Mengen authentischer Materialien und Gegenstände aus dem Bereich des Vernichtungslagers. Zunehmend haben die Besuche in den europäischen Gedenkstätten auch eine gegenwartsbezogene Funktion. Dazu bemerkt Laura Wölbing, eine der Autorinnen der Ausstellung und ehemals Schülerin im Wettiner Burg-Gymnasium: „Wir leben in einer Zeit, in welcher zunehmend Spaltungstendenzen

in der Gesellschaft unsere Demokratie bedrohen. Indem wir die Vergangenheit aufarbeiten und aufklären tragen wir dazu bei, nachzudenken, überlegt zu handeln und vor allem unvoreingenommen in die Zukunft zu blicken“.

Zusammenfassend möchte ich mit Blick auf die internationalen Gedenkstättenfahrten folgende drei Gedanken formulieren:

- 1) Es ist eine klare Botschaft an die politische Bildung, dass der Bund und das Land Sachsen-Anhalt der Förderung von Gedenkstättenfahrten große Bedeutung beimessen. Damit werden sie Teil unserer inhaltlichen Arbeit; haben Priorität in der Werbung, bei der Zusammenarbeit mit Schulen und NGOs und bei der Entwicklung spezieller Programmdokumente.
- 2) Zunehmend stehen uns Zeitzeugen immer seltener zur Verfügung. Aufgabe der Landeszentralen in Kooperation mit den Gedenkstätten, Museen und Archiven ist es daher, das besuchsbegleitende Instrumentarium weiterzuentwickeln, damit die Emotionalität der Besuchsprogramme nicht verloren geht.
- 3) Neben der Organisation der Förder- und Verwaltungsprozesse von Gedenkstättenfahrten rücken Weiterbildung, Erfahrungsaustausch und pädagogische Programmentwicklung immer stärker in den Fokus unserer Verantwortung. Gemeinsam mit unseren Partnern (u. a. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt), vor allem natürlich den Schulen, werden wir 2018 und 2019 Weiterbildungsveranstaltungen und Workshops zu Gedenkstättenfahrten im Allgemeinen und Gedenkstättenfahrten in die Ukraine und nach Treblinka im Besonderen anbieten. In Kooperation mit unseren ukrainischen und polnischen Partnern werden dann flexibel anwendbare Programmbausteine entwickelt. Der Artikel wäre aus unserer Sicht unvollständig, wäre er nicht mit einem besonderen Dank an alle Förderer, Gedenkstätten, Archive, Schulen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Begleiter und Begleiterinnen sowie Schülerinnen und Schüler verbunden. Sie alle haben sich diesem pädagogischen Format verschrieben und nehmen in Kauf, dass ein zusätzlicher Aufwand an Zeit und Organisation notwendig ist. Die Berichte und Dokumentationen im Anschluss an Gedenkstättenfahrten bringen aber immer wieder den Mehrwert und die Nachhaltigkeit der Fahrten zum Ausdruck, wofür sich all dieser Aufwand letztlich lohnt.

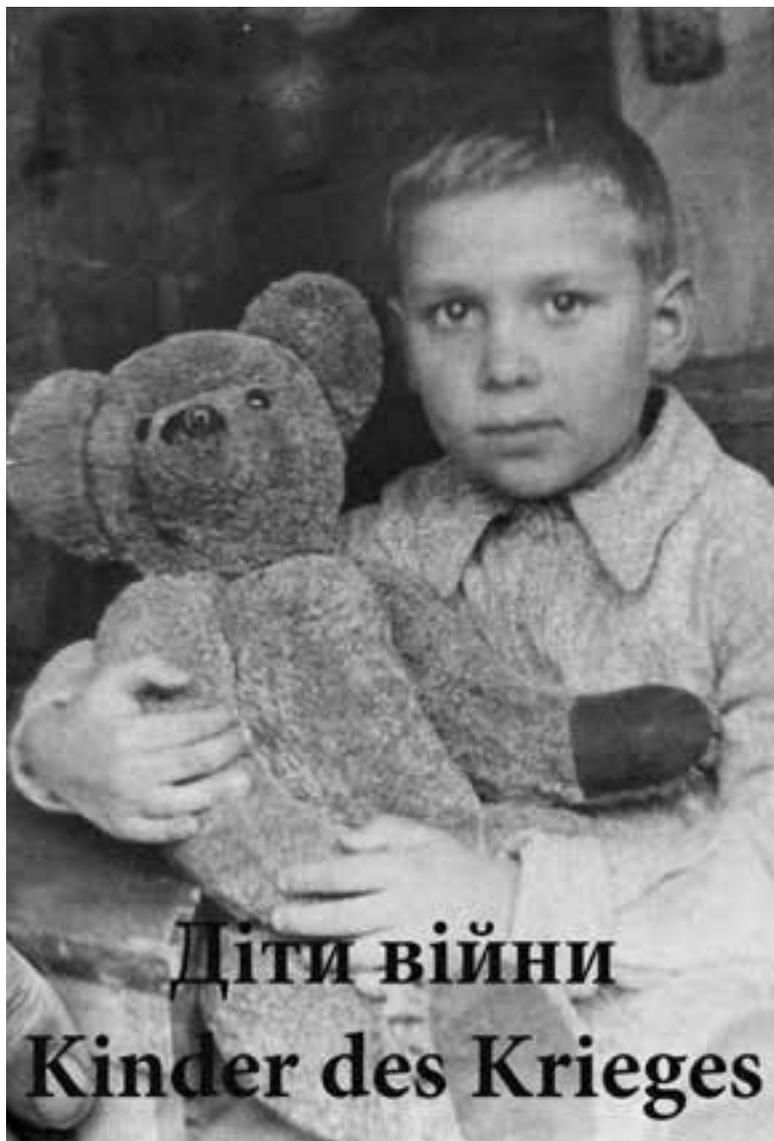
„Kinder des Krieges – Deutsch-Ukrainische Erinnerungen“ – Ein wichtiges Buch für den transnationalen zeitgeschichtlichen Dialog der Generationen

Peter Wetzel, Maik Reichel und Kai Langer

Anastasija Gulej wird die tiefschwarzen Rauchschwaden und den unerträglichen Gestank verbrannter menschlicher Körper nie vergessen. Tag für Tag musste sie mit ansehen, wie ahnungslose Menschen in Auschwitz-Birkenau kolonnenweise in den Tod getrieben wurden. Bei der Ankunft hatte man ihr die Nummer 61369 in den Arm tätowiert. Anastasija Gulej, 1925 im zentralukrainischen Poltawa geboren, in der Zeit des „Großen Terrors“ aufgewachsen, hat den Zweiten Weltkrieg und drei deutsche Konzentrationslager überlebt. Als Zeitzeugin und Präsidentin der „Ukrainischen Organisation der Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes“ setzt sie sich trotz ihres hohen Alters dafür ein, dass die Schrecken der Vergangenheit nicht vergessen werden. Auf Einladung der Geschichtswerkstatt Merseburg und mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) sowie der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt ist sie seit mehreren Jahren regelmäßig in Sachsen-Anhalt zu Gast. Sie würdigte das Engagement der deutschen Partner zur regionalen Aufarbeitung der Schuld an den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg auch damit, dass sie 2015 Patin einer Schule mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in der Stadt Mücheln wurde.

Bei einem Treffen im Mehrgenerationenhaus Merseburg kam Frau Gulej 2016 mit gleichaltrigen Deutschen ins Gespräch, mit denen sie sich über ihre schockierenden Erlebnisse während der Kriegszeit austauschte. Daraus erwuchs die Idee, gemeinsam mit ukrainischen und deutschen Partnern ein Buch zu machen, das erstmals eine Zusammenschau der unterschiedlichen biografischen Erfahrungen von „Kindern des Krieges“ aus beiden Ländern ermöglicht. Dafür wurden finanzielle Mittel der Stiftung EVZ mit Mitteln der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt gebündelt.

Dass Anastasija Gulej persönlich kein Problem darin sieht, die eigenen Erfahrungen in deutschen Konzentrationslagern und die Erfahrungen vieler ihrer ukrainischen Landsleute direkt neben die der ehemaligen Feinde zu stellen, mag Leserinnen und Leser



Buchcover „Kinder des Krieges“; Phönix-Verlag Kiew



Kinder des Krieges: Anastasia Gulej (geb. 15. 12. 1925) und Viktor Sosow (geb. 2. 12. 1933)

überraschen. Denn angesichts des Ausmaßes der auf ukrainischem Territorium begangenen deutschen Kriegsverbrechen ist ein solches Maß an Toleranz keine Selbstverständlichkeit. In der ihr eigenen Gelassenheit äußerte Anastasija Gulej dazu in einem Gespräch: „Es liegt an unserer ukrainischen Mentalität. Wir sind nicht nachtragend!“ Auf Anregung Anastasija Gulejs und mit Hilfe der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft entwickelte die Geschichtswerkstatt Merseburg ein internationales Sozial- und Publikationsprojekt, für das sie neben der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auch die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt begeistern und als Mitherausgeberin gewinnen konnte. Die multilaterale Zusammenarbeit ist das Ergebnis guter Kooperationsbeziehungen zwischen sachsen-anhaltischen und ukrainischen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen. Im Prozess der Realisierung des von allen Beteiligten getragenen Vorhabens wurden kreative Ideen freigesetzt und Ressourcen gebündelt. Darüber hinaus hat es aber auch zu einer Vertiefung des bestehenden Vertrauensverhältnisses beigetragen.

In der heutigen Ukraine sind die beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – sowohl die des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion als auch die des

stalinistisches Terrors in der Sowjetunion – allgegenwärtige Bestandteile des kollektiven Gedächtnisses. Beide haben tiefe Spuren im Leben Anastasija Gulejs aber darüber hinaus in der Erinnerung mehrerer Generationen hinterlassen.

Ende der 1920er Jahre hatte die kommunistische Führung der Sowjetunion radikale Schritte eingeleitet, um das Land und die Gesellschaft entsprechend ihrer ideologischen Vorstellungen umzuformen. Um den Widerstand der wohlhabenden Bauern gegen die staatlich verordnete Zwangskollektivierung auf dem Lande zu brechen, propagierte sie die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“. In der Folge einer menschengemachten Hungersnot (Holodomor genannt) kam es 1932 und 1933 zu einem Massensterben in der Ukraine, dem nach Schätzungen mindestens 3,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen, das entsprach einem Zehntel der Bevölkerung.

Wenige Jahre später erfasste eine zweite Gewaltwelle das Land. Während des „Großen Terrors“ 1937 und 1938 fanden in der gesamten Sowjetunion politische „Säuberungen“ statt, denen ca. 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. In der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik waren von den Repressalien insbesondere die kommunistische Führung sowie die einheimischen Eliten (Ingenieure, Lehrer, Wissenschaftler, Offiziere, Priester) betroffen, aber auch Angehörige nationaler Minderheiten, insbesondere Polen, Deutsche und Juden. Der Bund zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, besiegelt durch die Unterzeichnung des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939, führte Osteuropa und schließlich die ganze Welt in den Abgrund. Das geheime Zusatzprotokoll legte „für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung“ Europas deutsche und sowjetische Interessensphären fest. Wenige Tage später besetzte die Wehrmacht den westlichen und die Rote Armee den östlichen Teil Polens. Der Abschluss des Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages am 28. September 1939 bekräftigte die faktische Aufteilung des Landes zwischen den beiden diktatorisch regierten Ländern. Mit der Eingliederung der 1939 annektierten Gebiete Ostpolens in die Sowjetunion waren die Vertreter der alten Eliten, vor allem Polen, Juden und Westukrainer, verhaftet und in mehreren Wellen in den Osten des Landes umgesiedelt worden. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begann am Morgen des 22. Juni 1941 der größte Vernichtungskrieg in der Geschichte der Neuzeit. Von der Gewalt in den vom Deutschen Reich besetzten sowjetischen Territorien – einschließlich der 1939 von der Sowjetunion annektierten polnischen und rumänischen Gebiete sowie der ehemaligen drei baltischen Staaten – waren nahezu alle Bevölke-



Ein Kind des Krieges: Esther Bejarano wurde 1924 in Saarlouis geboren. Das Bild wurde 1938 aufgenommen. Fünf Jahre später wurde sie nach Auschwitz deportiert.

rungsgruppen betroffen. Keine wurde jedoch so erbarmungslos und gezielt verfolgt wie die jüdische. Im Sommer 1941 begannen Einsatzgruppen der SS im Zusammenspiel mit Einheiten der Ordnungspolizei, der Waffen-SS und der Wehrmacht mit Unterstützung einheimischer Helfer mit der systematischen Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen. Zu den grauenvollsten Kriegsverbrechen an Zivilisten zählt das Massaker in der Schlucht von Babyn Jar bei Kiew. Hier erschoss ein Sonderkommando am 29. und 30. September 1941 über 33.700 jüdische Männer, Frauen und Kinder. Dieser Massenmord ereignete sich kurz nach dem Einmarsch der 6. Armee und der Einsatzgruppe C der SS in Kiew.

Die nationalsozialistischen Kriegspläne sahen jedoch nicht nur die Auslöschung der jüdischen Bevölkerung vor. Darüber hinaus sollten ganz Polen und die Sowjetunion erobert und dann kolonialisiert, ihre gesellschaftlichen Eliten liquidiert und viele Millionen Slawen vertrieben, umgebracht, assimiliert oder versklavt werden. Die Deutschen brachten im Osten ebenso viele Juden wie Nichtjuden um, beispielsweise durch das verhungern lassen von Kriegsgefangenen und Einwohnern belagerter Städte oder durch wahllose Erschießungen von Zivilisten im Rahmen sogenannter Vergeltungsmaßnahmen.

Einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkriegs war die Ukraine, deren Territorium bis zum November 1941 vollständig besetzt wurde. Zu Kriegsende 1945 lagen die meisten Städte des Landes in Schutt und Asche. Lediglich 19 % der ukrainischen Industrieanlagen waren noch intakt. Die Industrieproduktion betrug noch ein Viertel des Vorkriegsstandes. Die Bevölkerungsverluste waren gewaltig. Aktuelle Schätzungen gehen von sechs bis acht Millionen Toten aus.

Die am 15. Dezember 1925 im zentralukrainischen Poltawa zur Welt gekommene Anastasija Gulej stellte wie ihre ukrainischen Landsleute kurz nach dem Einmarsch der Deutschen schnell fest, dass diese nicht als die ersehnten Befreier vom stalinistischen Joch, sondern als rücksichtslose Eroberer und Unterdrücker gekommen waren. 1943, im Alter von siebzehn Jahren, geriet Anastasia zusammen mit vier Freundinnen ins Räderwerk des deutschen Verfolgungs- und Vernichtungsapparates. Weil sie wegen Missachtung von Auflagen des Besatzungsregimes denunziert wurden, schickte man die fünf Mädchen zum Arbeitseinsatz in die oberschlesische Stadt Chorzów. Gleich die erste Gelegenheit nutzten sie zur Flucht. Der Festnahme folgten Gefängnisaufenthalte in Rzeszow¹⁴ und Tarnau (heute Tarnow-Opolski / Polen). Von dort aus wurden sie an



Die Aufnahme aus Viktor Sosows Kindheit wurde für die Einbandgestaltung verwendet.

einen Ort gebracht, der heute als Synonym für die Ermordung der europäischen Juden gilt, ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Anastasija Gulej wurde in gestreifte Kleidung und Holzschuhe gesteckt, man schor ihren Kopf und tätowierte ihr eine Nummer in den Arm. Die Erlebnisse in den Lagern brannten sich ihr tief ins Gedächtnis. Anastasija und ihre Freundinnen wurden dem nur wenige Kilometer von Birkenau entfernten Landwirtschaftskommando Budy zugeteilt. Zusammen mit einigen Hundert anderen weiblichen Häftlingen trugen sie nicht mehr nutzbare Gebäude ab, besserten Wege aus und entwässerten den sumpfigen Boden. Am 27. Januar 1945, zum Zeitpunkt der Befreiung des Lagers durch sowjetische Truppen der 322. Infanteriedivision der I. Ukrainischen Front, befand sich Anastasija nicht mehr dort. Angesichts des erwarteten Vorrückens der Roten Armee gelangte sie auf einen sogenannten Evakuierungstransport Richtung Westen. Nach einem kurzen Aufenthalt im Konzentrationslager Buchenwald endete der Transport schließlich im Konzentrationslager Bergen-Belsen. Erst mit der Befreiung des Lagers am 15. April 1945 durch britische Truppen endete das Martyrium der von Hunger und Krankheiten gezeichneten Häftlinge.

Die vorliegende Anthologie „Kinder des Krieges – Deutsch-Ukrainische Erinnerungen“ enthält 29 biografische Texte aus der Ukraine und aus Deutschland, vorwiegend aus Sachsen-Anhalt, die zwischen 2014 und 2018 aufgezeichnet wurden. Die Verfasserinnen und Verfasser (die älteste wurde 1924 geboren, die jüngste 1944) wurden jeweils von einzelnen am Projekt beteiligten Institutionen ausgewählt und um eine Mitarbeit gebeten. Die biografischen Beiträge stammen in der Regel von den Autorinnen und Autoren selbst. In einigen Fällen wurden sie mit Hilfe Dritter (z. B. Studierender am Historischen Institut der Universität Kiew) im Ergebnis zeitgeschichtlicher Befragungen verfasst. Viele Darstellungen stützen sich auf mündliche Überlieferungen naher Verwandter und Bekannter der Autoren und Autorinnen. Manches davon wurde nachträglich anhand von Dokumenten rekonstruiert.

Für den Abdruck in diesem Buch wurden die muttersprachlichen Textversionen (Ukrainisch, Russisch, Deutsch) von den Autorinnen und Autoren gesondert autorisiert. Bei ihren Beiträgen handelt es sich um subjektiv gefärbte Darstellungen komplexer Sachverhalte aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, um Beschreibungen einzelner Episoden oder Erinnerungsfragmente. Nicht jedes Detail davon ist historisch verbürgt. In allen Texten scheinen Ohnmachtsgefühle, abgrundtiefes Entsetzen sowie

seelische und körperliche Verletzungen auf. Bei den Schilderungen aus kindlicher Perspektive handelt es sich mitunter um traumatische Szenen, die das Leben der Betroffenen bis heute prägen.

Durch die Vielzahl und Vielfalt der geschilderten Erinnerungen erhalten die nachgeborenen Leserinnen und Leser Zugang zu einem Kaleidoskop von Perspektiven, die bei aller Unterschiedlichkeit eine einschneidende Erfahrung verbindet: die existenzielle Bedrohung des eigenen Lebens oder nahestehender Menschen inmitten des Krieges. Die Abfolge der Texte im Buch basiert weder auf inhaltlichen noch dramaturgischen Überlegungen. Sie ergibt sich vielmehr zufällig aus der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Da ukrainische und deutsche Erinnerungen aufeinander folgen, gilt die Buchstabenfolge des jeweils zugrunde gelegten Alphabets. Das Nebeneinander ukrainischer und deutscher Sichtweisen auf Kriegseignisse ist zwar gewollt, jedwede Gleichsetzung oder Nivellierung aber nicht beabsichtigt. Die deutsche Verantwortung für den Vernichtungskrieg wird nicht infrage gestellt. Im Interesse einer besseren Verständlichkeit wurden die meisten Texte behutsam redigiert, gelegentlich auch gekürzt und nach Bedarf mit zusätzlichen Informationen versehen. Weitergehende Erklärungen zu zeitgenössischen Begriffen finden sich in einem Glossar am Ende des Buches. Um den Verfasserinnen und Verfassern buchstäblich „ein Gesicht zu geben“, sind die Beiträge mit aktuellen Porträtfotos und zum Teil auch Kindheitsaufnahmen illustriert.

Im Verlauf der Herstellung dieser Publikation entwickelte das Projekt jenseits vereinbarter Kooperationsleitlinien eine ungeahnte Eigendynamik. Kooperationspartner wurden zu Freunden, Förderer entwickelten ungeahnte Kreativität und Zeitzeugen und Nachgeborene handelten angesichts des hohen Alters einiger Zeitzeugen (eine ukrainische Zeitzeugin verstarb leider vor der redaktionellen Endfassung des Buches) gemeinsam.

Die öffentliche Präsentation dieses Buches wird im Beisein des deutschen Botschafters am 2. November 2018 in der Deutschen Botschaft in Kiew stattfinden sowie am 8. November 2018 in Magdeburg. Aus diesem Anlass wird der Bildungsminister Sachsen-Anhalts erwartet.

Dieses Buch wird zukünftig für die pädagogische Bildungsarbeit von großem Nutzen sein, vor allem im Rahmen des Schulnetzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dessen Landeskoordination bei der Landeszentrale für politische Bildung liegt. Interessierte Leser und Leserinnen wenden sich bitte an die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt oder an die Landeszentrale für politische Bildung.

Historisch-politische Bildungsangebote und Gedenken entlang der Erinnerungslandschaft

Vortrag im Rahmen der Tagung „Eiserner Vorhang und Grünes Band. Netzwerke und Kooperationsmöglichkeiten in einer europäischen Grenzlandschaft“

Berlin, 17. – 19. Juni 2018

Mira Keune

Ich bedanke mich für die Einladung zu dieser Tagung und die Möglichkeit, Ihnen das Netzwerk „Stätten des Eisernen Vorhangs“ vorzustellen. Dabei soll es um Erfahrungen und Ideen für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs und heutigen Grünen Bandes gehen.

Das Netzwerk „Stätten des Eisernen Vorhangs“ – Träger des Europäischen Kulturerbesiegels

Das Netzwerk „Stätten des Eisernen Vorhangs“ – kurz: Netzwerk Eiserner Vorhang – verbindet zwölf Einrichtungen und Orte miteinander, die beispielhaft Aspekte der einstigen Systemkonfrontation in der Zeit des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands und Europas verkörpern. Der Verbund wurde im Jahre 2011 mit dem Europäischen Kulturerbesiegel ausgezeichnet. Die Initiative für ein Europäisches Kulturerbesiegel wurde 2006 ins Leben gerufen. Die Ziele waren die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls der Bürger zur EU, die Vertiefung der europäischen Integration, die bessere Wahrnehmbarkeit der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte und ihre Vermittlung an die Jugend sowie die Förderung des interkulturellen Dialogs und der Ausbau des Kulturtourismus. Im Rahmen dieser zwischenstaatlichen Initiative wurde das Siegel seither an 64 Stätten vergeben. In Deutschland wurden der Verbund „Stätten der Reformation“ und das Netzwerk „Stätten des Eisernen Vorhangs“ mit dem Siegel bedacht.

Der Antrag der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Auszeichnung der „Stätten des Eisernen Vorhangs“ wurde damit begründet, dass die Bedrohlichkeit des Kalten Krieges Jahrzehnte nach seinem Ende gerade für jüngere Generationen kaum mehr fassbar sei. Von der einstigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Trennungslinie sowie von der Realität einer Konfrontation, die täglich die Gefahr eines

weite Teile der Erde zerstörenden nuklearen Infernos in sich barg, vermittelten heute nur noch wenige Orte überhaupt eine Vorstellung. Die beteiligten Stätten sollten den Dreiklang von Entstehung, Existenz und Überwindung des Eisernen Vorhangs abbilden. Darüber hinaus erfolgte eine Einordnung in folgende Bereiche: Orte der politischen Entscheidungen für den Eisernen Vorhang; Orte der Grenze und der Grenzübergänge am Eisernen Vorhang; Orte der militärischen Sicherung der Grenze; Orte, die einen Bezug zu Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg und zum Eisernen Vorhang haben sowie Orte des individuellen und bürgerschaftlichen Widerstandes zur Überwindung von Mauer und Eisernem Vorhang. Dem Verbund war von Beginn an wichtig, nicht in einem Konkurrenzverhältnis etwa zur Initiative Grünes Band oder dem „Iron Curtain Trail“-Projekt zu stehen. Vielmehr versteht sich das Netzwerk als Ergänzung.

So unterschiedlich die Mitglieder des Netzwerkes hinsichtlich ihrer Struktur, Finanzierung oder Arbeitsweise sind, so geeint sind sie in ihren bildungspolitischen Zielen. Fast alle Einrichtungen sind zudem aus zivilgesellschaftlichem Engagement hervorgegangen. Ohne engagierte und couragierte Menschen und ohne lokale Initiativen würde es vermutlich gerade die Orte an der innerdeutschen Grenze nicht geben, weil alle Grenzanlagen und Grenzübergänge sonst abgebaut worden wären. Im Folgenden möchte ich die Mitglieder des Netzwerkes Eiserner Vorhang vorstellen.

1. Orte der politischen Entscheidungen und Entstehung des Eisernen Vorhangs

Das Schloss Cecilienhof wurde im Sommer 1945 weltweit bekannt, als dort vom 17. Juli bis zum 2. August die Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der UdSSR zur Potsdamer Konferenz zusammenkamen. Sie verhandelten über die Zukunft Deutschlands und eine Neuordnung Europas. Zwar beendete das Gipfeltreffen mit dem sogenannten Potsdamer Abkommen den Krieg in Europa. Allerdings trat der Konflikt zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten deutlich zu Tage; das Scheitern einer gemeinsamen Deutschlandpolitik und der Beginn des Kalten Krieges führten schließlich zur Deutschen Teilung und der Errichtung der Sperranlagen entlang des Eisernen Vorhangs. Die Ausstellungen und vielfältige Bildungsangebote, welche die Originalräume einbinden, informieren über die Geschichte des Ortes.

2. Orte des Eisernen Vorhangs und der Grenzübergänge

Die Orte, die eng mit dem Grenzregime der DDR in Verbindung stehen, unterteilen sich in vier Bereiche:

- a) die Orte der Grenze
- b) die Grenzübergänge
- c) die Orte der militärischen Sicherung der Grenze
- d) Orte, die einen Bezug zum Eisernen Vorhang und zu Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg haben

a) Orte der Grenze

Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth

Die Amerikaner nannten es „little Berlin“, dieses 50-Einwohner-Dorf in Thüringen, das ebenso wie die deutsche Hauptstadt zum Symbol der deutschen Teilung wurde. Der Tannbach markierte seit 1949 in der Dorfmitte die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. 1952 entstanden erste Sperranlagen. 1966 folgte die 700 m lange Betonspermauer, die bis zur Grenzöffnung 1989 das Dorf teilte. Die seit 1990 existierende Gedenkstätte verfügt über ein Freigelände mit original erhaltenen Grenzsperranlagen am authentischen Ort.

Notaufnahmelager Marienfelde

Im Westen Berlins gelegen, ist die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde das zentrale Museum zum Thema Flucht und Ausreise aus der DDR. Rund vier Millionen Menschen verließen zwischen 1949 und 1990 die DDR in Richtung Bundesrepublik; 1,35 Millionen von ihnen passierten das 1953 gegründete Notaufnahmelager in Berlin-Marienfelde. Heute erinnert am authentischen Ort eine Ausstellung an Ursachen, Verlauf und Folgen der deutsch-deutschen Fluchtbewegung.

Berliner Mauer

Die Berliner Mauer ist vermutlich für die meisten Menschen das Symbol für die deutsche und europäische Teilung und des Kalten Krieges. Der zentrale Erinnerungsort liegt in der Bernauer Straße. Auf 1,4 km erstreckt sich die Außenausstellung über den ehemaligen Grenzstreifen. Auf dem Areal befindet sich das letzte Stück der Berliner Grenzanlagen, das hier in seiner gesamten Tiefenstaffelung erhalten geblieben

ist. Im Besucher- und Dokumentationszentrum wird u.a. mit einer Dauerausstellung über die Geschichte von Mauer und Teilung informiert.

Villa Schöningen

Als Wohnhaus im 19. Jahrhundert unweit der Glienicker Brücke am Ufer des Jungferensees errichtet, lag die Villa nach dem Bau der Berliner Mauer inmitten der Sperranlagen. Zum zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls wurde 2009 eine Dauerausstellung eröffnet, die an die Zeit der Teilung und die Geschichte des Hauses erinnert.

b) Grenzübergänge

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Am historischen Ort der ehemaligen DDR-Grenzübergangsstelle (GÜSt) Autobahn Marienborn erinnert die Gedenkstätte an all jene Menschen, die durch das DDR-Grenzregime ihre Heimat verloren, Leid und Unrecht erfuhren oder getötet wurden. Zugleich ist sie Schauplatz der Öffnung und Überwindung von Systemgrenzen im Herbst 1989. Bestandteil der Gedenkstätte ist das Grenzdenkmal Hötenleben, das die Grenzbefestigungsanlagen im Zustand von 1989 dokumentiert. Der Besucher findet auf dem Areal zwei Wachtürme, die Grenzmauer, den Signalzaun, Hundelaufanlagen, die „Sichtblendmauer“ und die Kfz-Sperren, die Autos und LKW aufhalten sollten.

Grenzlandmuseum Eichsfeld

Der innerdeutsche Grenzübergang Duderstadt/Worbis wurde 1973 für den „Kleinen Grenzverkehr“ errichtet. Die Ausstellungen in den historischen Gebäuden informieren über die Geschichte der Teilung, das Grenzregime der DDR und das Leben mit der Grenze. Deutsche und europäische Geschichte wird am Beispiel des Eichsfelds, einer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturregion in der Mitte Deutschlands, vermittelt.

c) Orte der militärischen Sicherung der Grenze

Point Alpha Stiftung

Der historische US-Beobachtungstützpunkt in der Nähe zur DDR-Grenze erinnert an die Zeit, als Point Alpha im sogenannten „Fulda Gap“ der wichtigste Vorposten

der NATO war. Im authentisch erhaltenen und denkmalgeschützten Camp wird über den Dienst der Amerikaner an der innerdeutschen Grenze berichtet. Das „Haus auf der Grenze“ erinnert in unmittelbarer Nähe an das Leben der ostdeutschen Bevölkerung im Sperrgebiet der DDR.

d) Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg mit Bezug zum Eisernen Vorhang

Die Glienicker Brücke

Die 1906/07 errichtete Glienicker Brücke überspannt die Havel und verbindet die Bundesländer Berlin und Brandenburg. Während der Teilung Deutschlands lag sie damit an der Nahtstelle zwischen West-Berlin und der DDR. Die Grenzübergangsstelle auf der Brücke wurde 1962, 1985 und 1986 für Austauschaktionen von insgesamt 38 Personen aus Ost und West (darunter auch Agenten) genutzt.

3. Orte des individuellen und bürgerschaftlichen Widerstandes zur Überwindung von Mauer und Eisernem Vorhang

Nikolaikirche Leipzig, Innenstadtring Leipzig

In der Nikolaikirche Leipzig begannen im September 1982 die regelmäßigen Friedensgebete, an die sich 1989 Demonstrationen und Kundgebungen anschlossen. Der 9. Oktober 1989, ein Montag, wurde zum „Tag der Friedlichen Revolution“, als nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche mehr als 70.000 Menschen friedlich um den Innenstadtring zogen und dadurch die politische Veränderung in der DDR unumgänglich machten.

Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig

Das Museum befindet sich seit 1990 in den originalen Räumen der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig. Die Dauerausstellung „Stasi – Macht und Banalität“ mit zahlreichen Exponaten informiert über Geschichte, Struktur und Arbeitsmethoden des DDR-Geheimdienstes.

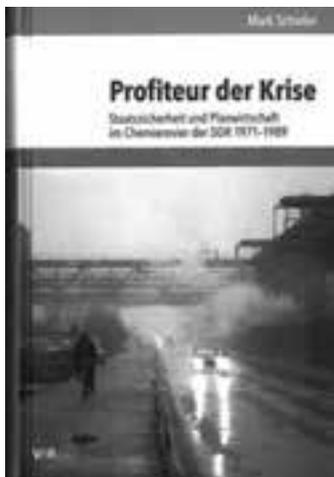
Das Netzwerk Eiserner Vorhang verbindet Einrichtungen miteinander, die beispielhaft Aspekte der einstigen Systemkonfrontation verkörpern. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese einstige Bedrohung, aber auch deren Überwindung, an künftige Gene-

rationen zu vermitteln. Durch ihre pädagogischen Angebote wollen sie zur kritischen Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte einladen und damit für die Bedeutung von demokratischen Grundwerten und Rechtsstaatlichkeit sensibilisieren.

Die Mitglieder des Netzwerks treffen sich zwei bis drei Mal im Jahr zum Erfahrungs- und Informationsaustausch und besprechen mögliche Kooperationsprojekte innerhalb des Verbundes. Eine Herausforderung ist dabei, dass die Mitglieder in verschiedenen Bundesländern ihren Sitz haben. Länderübergreifende Förderungen, d. h. eine länderübergreifende Verteilung von Fördergeldern, ist nicht immer mit Förderrichtlinien vereinbar. Für die Zukunft können sich die Mitglieder eine Europäisierung ihres Netzwerks vorstellen, d. h. unabhängig von der Auszeichnung eine Erweiterung um europäische Partner. Auch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit am einstigen Todesstreifen und heutigem Grünen Band, die Verbindung von Geschichte und Ökologie, könnte ausgeweitet werden. Mit dem Grünen Band kooperieren bereits einige der Netzwerk-Mitglieder. So werden Grenzwanderungen angeboten, in denen es immer auch um die ökologische Vielfalt und den Naturschutz geht. Einrichtungen wie das Grenzlandmuseum Eichsfeld bieten zudem Umweltbildung an und pflegen vielfältige Kontakte zu Naturschutzorganisationen oder stehen im engen Austausch. Für beide Ansätze, die Erweiterung des Netzwerks und die Interdisziplinarität, bietet diese Tagung die Möglichkeit zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch.

Zurzeit arbeitet die Thüringer Landesregierung an einem Gesetz, das die Bereiche Geschichte und Ökologie verbinden soll: die Unterschutzstellung eines Teils des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument (NNM). Eine Unterschutzstellung als Nationales Naturmonument ist dann möglich, wenn ökologische und kulturelle Besonderheiten gleichermaßen gegeben sind, wie hier mit der Geschichte des Eisernen Vorhangs und der innerdeutschen Grenze und dem Grünen Band, das sich in der Zeit der europäischen Teilung entwickelt hat. Mit dem geplanten Gesetz soll entlang der fast 700 km langen ehemaligen Grenze Thüringens – von der Landesgrenze bis zum Kolonnenweg – ein Nationales Naturmonument mit einer Größe von 6.500 Hektar entstehen. Bei dem Gesetz handelt es sich um ein Naturschutzgesetz. Vor diesem Hintergrund sollte auch aus Sicht des Netzwerkes Eiserner Vorhang die Frage konkret beantwortet werden, wie die historisch-politische Dimension und die Auseinandersetzung mit Diktaturerfahrung in das Gesetzesvorhaben eingebunden werden soll. Auf die Gespräche dazu freuen wir uns. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Rezensionen



Mark Schiefer: Profiteur der Krise. Staats-sicherheit und Planwirtschaft im Chemiere-vier der DDR 1971–1989, Göttingen: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Rezensiert von André Gursky

Welche Rolle spielte die Geheimpolizei im SED-Staat, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), in den Industriebetrieben der DDR? Am Beispiel der mitteldeutschen Chemiestandorte Leuna, Buna und Bitterfeld, in denen es eigene, so genannte Objektdienststellen der Geheimpolizei gab, untersucht der Autor unter den Aspekten der Öffnung und Krise detailliert das Wechselverhältnis von MfS und Wirtschaft im zeitlichen Kontext der Honecker-Ära (1971-1989). „Auf der einen Seite erlangte die DDR im Zuge ihrer völkerrechtlichen Anerkennung eine neue Intensität an internationaler Verflechtung, die sich nicht zuletzt in den erweiterten Außenhandelskontakten der drei untersuchten Betriebe widerspiegelte. Auf der anderen Seite zeichnete sich ab Mitte der 1970er-Jahre eine strukturbedingte Finanz- und Wirtschaftskrise ab, die in den drei Chemiekombinaten besonders deutlich zum Ausdruck kam [...]“ (S. 13).

Die in anderen Forschungsarbeiten erwähnte Entwicklung des MfS vom „reinen Kontrollorgan zu einer steuernden Instanz“ – also quasi mit unternehmerischen Zielstellungen und Handlungsweisen – hinterfragt der Autor insbesondere aus der Perspektive einer genauen Analyse operativer Maßnahmen des MfS in der Chemieindustrie.¹ Zudem zählt Schiefer den Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) und die strukturelle und personelle Verflechtung von Geheimdienst und KoKo zur grundlegenden Funktion der Wirtschaftsüberwachung durch das MfS. Der Titel des auf einer umfangreichen Quellenanalyse und empirischen Belegen basierenden Buches beinhaltet zugleich ein wesentliches Resümee, das der Autor bereits einleitend formuliert: „Die Vorstellung, dass das MfS von einem überforderten Kombinat auch profitieren konnte, wird in dieser Arbeit mit dem Begriff des ‚Krisengewinners‘ weiterentwickelt“ (S. 45).

Die in anderen Forschungsarbeiten erwähnte Entwicklung des MfS vom „reinen Kontrollorgan zu einer steuernden Instanz“ – also quasi mit unternehmerischen Zielstellungen und Handlungsweisen – hinterfragt der Autor insbesondere aus der Perspektive einer genauen Analyse operativer Maßnahmen des MfS in der Chemieindustrie.¹ Zudem zählt Schiefer den Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) und die strukturelle und personelle Verflechtung von Geheimdienst und KoKo zur grundlegenden Funktion der Wirtschaftsüberwachung durch das MfS. Der Titel des auf einer umfangreichen Quellenanalyse und empirischen Belegen basierenden Buches beinhaltet zugleich ein wesentliches Resümee, das der Autor bereits einleitend formuliert: „Die Vorstellung, dass das MfS von einem überforderten Kombinat auch profitieren konnte, wird in dieser Arbeit mit dem Begriff des ‚Krisengewinners‘ weiterentwickelt“ (S. 45).

Nach einem Einleitungsteil zur Entstehung und Bedeutung der drei Chemiestandorte – Schiefer verweist völlig zutreffend auf die von Michael Beleites bereits benutzte Beschreibung des „ökologischen Katastrophengebietes“ – (S. 46–57) analysiert der Autor eine Zusammenschau von MfS und Wirtschaft in der DDR in vier inhaltlichen Kapiteln: die Einbindung des MfS in die Planwirtschaft der DDR (Kap. 2, S. 59–172), die ökonomische Öffnung der DDR und Überwachung durch das MfS (Kap. 3, S. 173–234), die Rolle des MfS in der Phase von Verschuldung und Konsolidierung (Kap. 4, S. 235–352) und die Strategiesuche nach Stabilität durch das MfS in der Phase der ökonomischen Überforderung der Chemiekombinate in der Spätphase der DDR (Kap. 5, S. 353–446).

Die ausführlichen Darstellungen Schiefers zur Einbindung des MfS in die Planwirtschaft der DDR erfolgen unter Berücksichtigung grundlegender Aspekte einer offiziellen Zusammenarbeit von Geheimdienst und verschiedenen Institutionen der Wirtschaftsverwaltung (dem so genannten POZW: politisch-operatives Zusammenwirken) und der damit nicht selten einhergehenden Übertragung des „operativen“ Geschäfts auf die staatlichen Organe, die Partner des POZW, wie Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI), Kontroll- und Beratungsgruppen beim Generaldirektor des Kombinats oder die Sicherheitsinspektionen. Wenn in den Objektdienststellen des MfS von „Einflussnahme“ oder von einem „aktiven Handeln“ die Rede ist, so Schiefer, handelte es sich bei näherer Betrachtung nicht selten um ein „Scheinhandeln“ (S. 156). Dennoch: Inoffizielle Mitarbeiter (IM) wurden von der zuständigen „Linie XVIII“ des MfS der Bezirksverwaltung Halle schwerpunktmäßig unter den Reisekadern angeworben. Schiefer beleuchtet minutiös die sozialen und psychischen Befindlichkeiten der IM-Tätigkeit² sowohl von Reise-IM als auch von IM in den verschiedenen Hierarchien des Kombinats, die Rolle des Sicherheitsbeauftragten „als inoffiziellen Mitarbeiter der besonderen Art“ sowie die Handlungsräume der staatlichen Leiter, die gleichermaßen Betroffene und Unterstützer der geheimpolizeilichen Überwachung waren.³

Im Abschnitt 2.6 geht der Autor auf die Repressionsausübung des MfS jenseits von Strafrechtsnormen und basierend auf der MfS-Richtlinie 1/76 („Zersetzung“) in Form von operativen Vorgängen (OV) und operativen Personenkontrollen (OPK) ein.⁴ Zur Frage der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens schreibt der Autor: „Entschieden wurde hauptsächlich nach ‚operativer‘ Nützlichkeit“ (S. 165). Diese Maxime wird nicht zuletzt im Strafrechtslehrbuch des MfS aus dem Jahre 1984 herausgehoben, wo es unter Berufung auf eine Forderung des Ministers auf einer Dienstkonzferenz vom 12. 09. 1984

heißt: „[...] dass die Abschlussart des Operativen Vorgangs stets vom Grundsatz ausgehen muss, wie ein maximaler Nutzen für staatliche und politisch-operative Interessen erreicht werden kann. Das kann im Einzelfall bedeuten, auf die Anwendung strafrechtlicher Maßnahmen zu verzichten, wenn es zur Unterstützung der Partei in einer bestimmten Situation der Klassenauseinandersetzung nützlicher ist.“⁴⁵

Nach einem Überblick über die Wirtschaftspolitik der SED (Konsum- und Sozialprogramm am Beginn der 70er-Jahre) und die ökonomische Situation vor allem im deutsch-deutschen Handel analysiert Schiefer das Wirkungsfeld und Handeln von Reisekadern. Diese ausgewählten Personen waren Sicherheitsüberprüfungen und einer bis ins Ausland reichenden Kontrolle durch das MfS unterworfen, die vor allem durch Verhandlungsdirektiven, Berichtspflichten und eine konspirative Beobachtung durch die Reisestelle ausgeübt wurde (S. 206 ff.) .

Am Beispiel der Wolfener Farbenfabrik arbeitet der Autor Vorbehalte des MfS gegenüber der Teilöffnung der DDR in den 70er-Jahren heraus, was durch das MfS nicht selten am Versagen einzelner Leiter festgemacht wurde. Das Feindbild „Unternehmer“ wurde in der politischen Entspannungsära zunehmend als bedrohlich empfunden. Die SED-Parteführung und das MfS reagierten auf einen bereits von KoKo-Chef Schalck-Golodkowski festgestellten Kontrollverlust des MfS (S. 194) mit einer Verschärfung des politischen Strafrechts und dem Ausbau der Geheimpolizei.

Anfang der 80er Jahre orientierte die Geheimpolizei darauf, die Politik der Westöffnung umzukehren. „Mit ihrer skeptischen Sicht auf die Westkontakte der Kombinate“, urteilt Schiefer, „ihrem handelspolitischen Ideal der Hinwendung zur Sowjetunion und ihren oftmals realitätsfremden Ermittlungen gegen einzelne Kombinatvertreter wirkten die Offiziere teilweise wie Vertreter der 50er-Jahre, die in der Ära der Entspannungspolitik noch lange nicht angekommen waren“ (S. 248).

Doch nach dem Aufschwung kam am Beginn der 80er-Jahre die Krise. Der Autor beleuchtet die Phase zwischen Verschuldung (drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR) und Konsolidierung (1977–1983) unter drei Gesichtspunkten: Steigerung der Westexporte der Betriebe als Folge veränderter Organisationsformen des DDR-Außenhandels (S. 248 ff.), Auf- und Ausbau des Bereichs KoKo (S. 263 ff.) und der Umstellung auf Braunkohleförderung (S. 288 ff.).

Es gehört zu den Stärken der Arbeit, dass der Autor auf konkrete empirische und analytische Befunde im Rahmen der Thematik (hier: Repressionsmaßnahmen des MfS gegen

Einzelne, die so genannte Fehlerquelle „Mensch“ und damit verbundene Strafmaßnahmen) zurückgreift, so auch auf die „Republikflucht“ des Abteilungsleiters für Lizenzen im Kombinat Buna, Peter Fabienke, und die Auswirkungen des Falles auf die Familie und deren persönliches Umfeld (S. 337–348). Über ihre Haftzeiten und persönlichen Lebenswege vor und nach der Inhaftierung durch die Geheimpolizei berichteten Johanna Fabienke-Sachs und ihre Tochter Grit im Juli 2010 in einem Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projektes „Häftlingsgesellschaft im ‚Roten Ochsen‘“. Was im Interview als Problemfragen der Zeitzeugen noch spekulativ im Raum stand, nämlich die Frage nach dem Grund für die lange Inhaftierungszeit der beiden, der nicht erfolgte Häftlingsfreikauf und schließlich der vermeintlich bürokratische Weg bis zur Genehmigung der Ausreise, wird in den Ausführungen Schiefers mit Verweis auf eine „bemerkenswerte Eigenschaft der MfS-Arbeit in den Chemiekombinaten“ nachvollziehbar beantwortet: der „eingengegte Blick der Offiziere auf einige ausgewählte Personen und Organisationen, die oft über Jahre Gegenstand geheimpolizeilicher Überwachung wurden“ (S. 348). Die so genannten „operativen Abschlussvarianten“ in den Ermittlungsverfahren ließen pragmatische Handlungsoptionen offen und in diesem Fall waren Ehefrau und Tochter quasi Faustpfand für eine mögliche Rückkehr des geflüchteten Ehemannes, Vaters und Buna-Abteilungsleiters. Die Hinwendung der Tochter zur entstehenden Oppositionsszene in Halle blockierte demnach die Ausreiseersuchen. „Erst als der Repressionspraxis des MfS gegenüber den Ausreisewilligen mit den Beschlüssen der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz zu einem guten Teil die Grundlage entzogen wurde, stellte die Objektdienststelle Buna der Familie Fabienke eine Ausreise in Aussicht“ (S. 347).

Die Achtzigerjahre werden vom Autor – mit Blick auf eine veränderte weltpolitische und ökonomische Situation – unter dem Aspekt der ökonomisch orientierten Stabilisierungsversuche durch SED und die Geheimpolizei analysiert. Das MfS reagierte auf die katastrophale ökologische Situation in der gesamten Republik mit einer Unmenge von Schriftmaterial und so genannter „Komplexkontrollen“ in den Betrieben. „Mit dem Ehrgeiz einer modernen Bürokratie“, kommentiert Schiefer, „entwickelte sich das MfS zu einem minutiösen Begutachter der einzelnen Branchen und Produktionsbetriebe, in dessen Berichten der ökonomische Niedergang der DDR eindrucksvoll festgehalten wurde“ (S. 382). Dazu zählten auch Analysen zum Einsatz von Häftlingen (Zwangsarbeit) in gerade solchen Produktionsbereichen, in denen kein anderer Beschäftigter mehr arbeiten wollte.

Das MfS trat in unterschiedlichen Rollen auf, resümiert der Autor: „Mal als Stabilisatoren gefährdeter Projekte und mal als Kontrolleure der Inspektoren, mal als Begutachter der Anlagensubstanz und Hinweisgeber für die übergeordneten Stellen und mal als strafrechtliche Ermittler nach schweren Zwischenfällen.“ Es „wird aber ebenso deutlich, dass das MfS auch erstaunlich häufig nicht handelte, dass die Offiziere gerade in den Risikozonen der Kombinate rechtlose Zustände lange duldeten, auf größere Überwachungsvorgänge verzichteten, nur wenige inoffizielle Mitarbeiter warben und [...] den staatlichen Leitern keine praktische Hilfestellung anboten“ (S. 444 f.).

Letztlich verdeutlicht die faktengesättigte und in vergleichender Hinsicht sehr aufschlussreiche Arbeit Schiefers die ambivalente Funktionalität einer Geheimpolizei im parteigebundenen Auftrag. Das Buch basiert auf einem Promotionsprojekt des Autors im Fach Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin aus dem Jahre 2017. Mark Schiefer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die dargestellten Bezüge in der Literatur und im aufgezeigten Forschungsstand, S. 33 – 46.
- 2 bspw. das Motiv des „guten Gewissens“ oder das Motiv der „Rückversicherung“, vgl. im Abschnitt 2.4, Arbeitsmethode I: Die inoffiziellen Mitarbeiter, S. 113 f.
- 3 Vgl. dazu: 2.5 Arbeitsmethode II: Die offizielle Zusammenarbeit im Betrieb, S. 146 – 159.
- 4 Arbeitsmethode III: Die Überwachungsvorgänge des MfS, S. 160 – 172.
- 5 Strafrecht. Allgemeiner Teil für das Studium an der Hochschule des MfS, hrsg. vom Ministerium für Staatssicherheit, VVS-0001 MfS JHS-Nr. 40/85, S. 102.



Jean-Pierre Valantin / Nicolas Bertrand:
Der Todesmarsch der Häftlinge des Konzen-
trationslagers Langenstein-Zwieberge
(Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen,
Lebenszeugnisse der Stiftung Gedenkstätten
Sachsen-Anhalt, Bd. 5)
Halle (Saale), Mitteldeutscher Verlag 2018.
ISBN 978-3-96311-000-9

Rezensiert von Dominique Durand¹

Aus dem Französischen von Gesine Daifi

Eine erste Gruppe von 18 aus Buchenwald kommenden Häftlingen trifft am 21. April 1944 in Langenstein ein. Von Mai 1944 bis April 1945 treiben nahezu 7.000 Häftlinge aus 23 Ländern, unter ihnen an die tausend Franzosen, ein Netz von Stollengängen mit einer Fläche von 67.000 m² in die Thekenberge, die dazu bestimmt sind, Werkhallen für die Produktion von Flugzeugteilen aufzunehmen. Die Arbeit der Häftlinge läuft unter extremen Bedingungen ab und die Folgen sind verheerend. Allein von den insgesamt 953 Franzosen zählen 454 zu den Toten dieses südlich von Halberstadt gelegenen und Malachit genannten Außenlagers.

Jean-Pierre Valantin und Nicolas Bertrand, der heutige Leiter der Gedenkstätte Langenstein, haben vor kurzem ein zweisprachiges Werk in Deutsch und Französisch dem von diesem Lager ausgehenden Todesmarsch gewidmet. Das Lager wird am 9. April 1945 evakuiert. Am Abend des 5. April ist die Arbeit eingestellt worden und angesichts der alliierten Flugzeuge, die Halberstadt bombardieren und immer wieder das Lager überfliegen, schwanken die Häftlinge zwischen Hoffen und Bangen. Alle, die den Marsch nicht aufnehmen können, werden am 9. April ins Krankenrevier gebracht und die Marschfähigen zu sechs Kolonnen mit jeweils 500 Häftlingen zusammengestellt.

Der Bericht stützt sich auf zahlreiche, auch recht frühe Zeitzeugenaussagen wie jene von Paul Le Goupil, Georges Petit und Louis Bertrand. Präzise und einprägsam rekonstruieren die Autoren den Hergang der Evakuierung und die Marschstrecken der verschiedenen Kolonnen. Auch die Zuordnung der Aussagen zu verschiedenen The-



menbereichen (Beziehungen zwischen Häftlingen und Wachposten, Solidarität und Überlebenskampf u. a.) trägt dazu bei, sich ein umfassendes Bild von den Bedingungen des Marsches machen zu können, auf dem ein Großteil der Häftlinge vor Erschöpfung stirbt oder von den SS-Wachen hingerichtet wird. Darüber hinaus verdeutlicht eine beigelegte Karte die von den Häftlingen zwischen den amerikanischen und sowjetischen Frontlinien zurückgelegten Wegstrecken.

Das in der Schriftenreihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt veröffentlichte Werk zeugt von der Gedenk- und Erinnerungsarbeit, die in Deutschland in Bezug auf den Nationalsozialismus und das System der Konzentrationslager geleistet wird. Und es ergänzt auf förderliche Weise das noch fragmentarische Wissen über die 139 Außenlager von Buchenwald.

Anmerkungen

- 1 Durand, Dominique: L'Evacuation de Langenstein-Zwieberge, in: Le Serment Buchenwald-Dora et commandos 369/2018, S. 23. online unter: <https://asso-buchenwald-dora.com> [Stand vom 12. 07. 2018].

Aus der Arbeit der Stiftung





Bei der Verlegung der Zeitkapsel (von links nach rechts): Architekt Bruno Vennes, Gedenkstättenleiter Andreas Froese, Chef der Staatskanzlei und Kulturminister Rainer Robra, Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer und Bürgermeisterin Mandy Zepig

„Ein Meilenstein für die Erinnerungskultur“ – Rückblick auf die Grundsteinlegung für das neue Besucher- und Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Andreas Froese

„Möge diese Zeitkapsel uns alle überdauern und nie wieder ans Tageslicht kommen!“ – Mit diesen feierlichen Worten leitete Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei und Kulturminister von Sachsen-Anhalt, am späten Nachmittag des 4. Juni 2018 auf dem Baustellengelände in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen zu einem besonderen Moment über, den viele Menschen weltweit lange erwartet hatten: zur offiziellen Grundsteinlegung für das neue Besucher- und Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. Bei strahlendem Sonnenschein legte er die zylinderförmige Zeitkapsel aus Kupfer behutsam in die vorbereitete Bo-

denöffnung im Fundament für das neue Besucher- und Dokumentationszentrum. Zu- vor hatten Mitarbeitende der Stadt und der Gedenkstätte Gardelegen die Kapsel mit Dokumenten zum historischen Ort und zum Bauvorhaben befüllt. Dazu zählten neben den Bauplänen der Architekten und den Zuwendungsbescheiden des Landes Sachsen-Anhalt auch mehrere Erinnerungsberichte von Überlebenden des Massakers und von Veteranen der US-amerikanischen Streitkräfte, die das Gelände am 15. April 1945 erreicht und den Tatort des Massakers in der Feldscheune am Stadtrand von Gardelegen entdeckt hatten.

Etwa 250 Teilnehmende aus Nah und Fern waren zum festlichen Großereignis der Grundsteinlegung auf die Baustelle in der Gedenkstätte Gardelegen angereist. Die gespannte Stille im Publikum löste sich schnell in frenetischen Beifall auf, als nach der geglückten Einbettung der Zeitkapsel ins Bodenfundament die Parforcehornbläsergruppe Mildetal aus Gardelegen mit einem lautstarken Tusch aufspielte. „In der Geschichte dieses Ortes gab es selten einen heiteren Anlass zum fröhlichen Feiern“, berichtete Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer dem Publikum in seinen einleitenden Worten. Auch deshalb sei die festliche Grundsteinlegung für das neue Gebäude auf dem Gelände der Gedenkstätte Gardelegen ein besonderes Ereignis. Zusammen mit ihm zählten Gardelegens Bürgermeisterin Mandy Zepig, Bruno Vennes als federführender Architekt der Berliner BHBVT Gesellschaft von Architekten mbH und Gardelegens Gedenkstättenleiter Andreas Froese zu den Ersten, die gemäß der rituellen Zeremonie die traditionellen Kellen Zement auf die ins Fundament eingelassene Zeitkapsel schüteten. Der Gedenkstättenleiter überbrachte den Anwesenden bei dieser Gelegenheit auch internationale Glückwünsche zum Gelingen des Bauvorhabens, die er in den Tagen vor der Grundsteinlegung erhalten hatte: „Viele Menschen weltweit schauen nun mit großer Aufmerksamkeit nach Gardelegen. Sie beobachten aufmerksam, wie wir in Sachsen-Anhalt mit diesem historischen Tat- und Gedenkort umgehen.“ Auch Bauleiter Dyrk Ruffer und Benjamin Burchardt von der mit der Gestaltung der Dauerausstellung beauftragten Agentur Kocmoc aus Leipzig nahmen an der feierlichen Zeremonie teil. Bürgermeisterin Mandy Zepig verwies in ihrem Grußwort auf die regionale Unterstützung aus der Altmark für das Bauvorhaben: „Quasi vor unserer Haustür können wir uns an diesem Ort mit der ganz großen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts kritisch auseinandersetzen.“ Das verpflichtete die Bevölkerung zu einem verantwortungsvollen Umgang



mit dem Ort, gehe aber auch mit Neugier und Vorfreude auf das neue Gebäude einher. Sie erinnerte an mehrere Bürgerinitiativen, die Anfang 2017 auf dem Baufeld für den Bau des Dokumentationszentrums demonstriert hatten: „Es waren mehrere hundert Menschen aus der gesamten Altmark, die sich hier mit Kerzen zu einer Lichterkette versammelt hatten. Dieser Rückhalt in der Region für ein Gedenkstättegebäude ist bemerkenswert.“

Die Unterstützung der Bevölkerung vor Ort wurde auch im organisatorischen Programtablauf der Grundsteinlegung deutlich. Mitglieder der AG Stolpersteine des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Gardelegen hatten ein Kuchenbuffet organisiert, für das viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt in den Tagen zuvor gebacken hatten. Den Tageserlös ihres Kuchenverkaufs widmeten die Schülerinnen und Schüler der zukünftigen Organisation von Stolpersteinen zum Gedenken an die im Nationalsozialismus deportierten Juden der Stadt. Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Gardelegen stellten leihweise ein Zelt mit Tischen und Bänken bereit, die sie vor Ort auf- und abbauten. Weitere Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt liehen Geschirr und Besteck oder kümmerten sich um den Blumenschmuck. Nach der erfolgten Verlegung der Zeitkapsel waren alle Anwesenden zum Betreten der Bodenplatte eingeladen, um selbst eine Kelle Zement in das Fundament zu schütten. Geduldig bildeten sie eine Warteschlange. Freudige Gesichtsausdrücke und heiteres Lachen prägten die fröhliche Stimmung im Publikum. Für manche, die sich zuvor schon seit vielen Jahren zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich für die Gedenkkultur in Gardelegen engagiert hatten, wurde die Grundsteinlegung an diesem Nachmittag zu einem wichtigen persönlichen Moment.

Die internationale Bedeutung und Wahrnehmung der Grundsteinlegung auf dem Gelände der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen prägte auch die anschließende mediale Berichterstattung. „Ein Meilenstein für die Erinnerungskultur“, titelte die Altmark-Zeitung am Tag nach der Veranstaltung. „Die Welt schaut auf Gardelegen“, berichtete die Volksstimme. Sie verwies damit auf den hohen Bekanntheitsgrad des Massakers infolge der weltweit bekannten US-amerikanischen Dokumentaraufnahmen vom Frühjahr 1945, die den Blick vieler Menschen auf die Stadt Gardelegen bis heute prägen. Die Aufmerksamkeit und das über Sachsen-Anhalt hinaus bestehende Interesse an diesem Gedenkort werden wohl auch in Zukunft weiter zunehmen. Nicht nur im Zuge der Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums und der Fertigstellung der Dauerausstellung, sondern auch zum 75. Jahrestag des Feldscheunen-Massakers

im April 2020. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass der weitere Verlauf des Bauvorhabens und der institutionelle Ausbau der Gedenkstättenarbeit vor Ort ohne Zwischenfälle fortgesetzt werden können.



Autorenverzeichnis

Dr. Berno Bahro ist akademischer Mitarbeiter der Professur für Trainings- und Bewegungswissenschaften / Theorie und Praxis der Sportarten an der Universität Potsdam. | **Dr. Susan Baumgartl** ist Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Heidi Bohley** ist Projektkoordinatorin und Mitglied im Vorstand des Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle. | **Dominique Durand** ist Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos. | **Andreas Froese** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. | **Dr. André Gursky** ist Historiker, Philosoph und pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Maria Hahn** ist Mitglied des Fördervereins zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft Neu-Mansfeld/Georgi e. V. | **Mira Keune** ist Leiterin des Grenzlandmuseums Eichsfeld. | **Dr. Wolfgang Kristof** ist Vorsitzender des Fördervereins des Lions Club Lutherstadt Wittenberg. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Hartmut Lauenroth** ist Historiker. | **Siegfried E. Pause** ist Alt-Bürgermeister, Ehrenbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Schöningen. | **Reinhard Pester** ist Projektkoordinator im Fachdienst Jugend und Schule des Landkreises Wittenberg und Mitbegründer der Initiative Stolpersteine Wittenberg. | **Maik Reichel** ist Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. | **Matthias Taatz** ist evangelischer Pfarrer. | **Andreas Tautrim** ist Vorsitzender des Fördervereins zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft Neu-Mansfeld/Georgi e. V. | **Wolfram Tschiche** ist evangelischer Theologe und freischaffend als Projektleiter in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig. | **Peter Wetzel** ist Referent der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Fotonachweis

Titelbild: Dr. Kai Langer, Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen sowjetischen Speziallagers Nr. 1 Mühlberg | S. 1: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, ASt, Nr. 2338 / 68, Bd. 1, S. 57 | S. 24: Matthias Taatz | S. 26: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 43 / 46 / 47: Dr. Wolfgang Kristof | S. 49 / 51: Dr. Kai Langer | S. 53: Rüdiger Seidel | S. 58 / 62: Dr. Kai Langer | S. 74: Ruth Friedman, Tel Aviv, Israel | S. 76: Reinhard Pester | S. 77: Dreikastanienverlag Lutherstadt Wittenberg | S. 80 / 81 / 82 / 83 / 85 / 86 / 87: Verein zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft / Salzbergwerk Neu-Mansfeld / Georgi e. V. | S. 90 / 91 / 93: Zeitgeschichte(n) Halle e. V. | S. 99 / 100 / 102 / 105 / 106 / 108 / 110: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt | S. 122: Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 127: Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein Zwieberge | S. 130: Doreen Schulze, Volksstimme Gardelegen

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaefsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Susan Baumgartl | Melanie Engler | Sven Behrend

Gestaltung | Druck: Matthias Behne und Stefanie Demmel, atelier behnelux Halle | Quedlinburg Druck

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Diese Publikation wurde gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | phone (03941) 56 73 25 | phone/fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Lage der Gedenkstätte: An der Gedenkstätte 1, 39638 Gardelegen | Kontakt: c/o Hansestadt Gardelegen,
Rudolf-Breitscheid-Str. 3, 39638 Gardelegen | phone (03907) 716 176 | fax (03907) 716 111
mail: info-isenschnibbe@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.
Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis
16:00 Uhr sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Grenzdenkmal Hötensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT